

Förderung von Übergangsarbeitsmärkten in Berlin und Brandenburg: eine quantitative Untersuchung

Oschmiansky, Frank; Reissert, Bernd

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Oschmiansky, F., & Reissert, B. (2002). *Förderung von Übergangsarbeitsmärkten in Berlin und Brandenburg: eine quantitative Untersuchung*. (Discussion Papers / Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Forschungsschwerpunkt Arbeitsmarkt und Beschäftigung, Abteilung Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigung, 02-213). Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-113279>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

discussion paper

FS I 02 - 213

Förderung von Übergangsmärkten in Berlin und Brandenburg: eine quantitative Untersuchung

Frank Oschmiansky und Bernd Reissert*

November 2002
ISSN Nr. 1011-9523

* Prof. Dr., Fachhochschule für Technik und Wirtschaft (FHTW) Berlin

e-mail: fosch@wz-berlin.de
reissert@fhtw-berlin.de

Diese Untersuchung wurde durch die Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales und Frauen des Landes Berlin und die Stiftung Bildung und Beschäftigung (Villingen) gefördert. Sie wird parallel auch in der Schriftenreihe der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen, Berlin, Band 52, veröffentlicht.

ZITIERWEISE / CITATION

Frank Oschmiansky und Bernd Reissert
Förderung von Übergangsarbeitsmärkten in Berlin und Brandenburg:
eine quantitative Untersuchung

Discussion Paper FS I 02 –213
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung 2002

Forschungsschwerpunkt:
Arbeitsmarkt und
Beschäftigung

Research Area:
Labour Market and
Employment

Abteilung:
Arbeitsmarktpolitik und
Beschäftigung

Research Unit:
Labour Market Policy and
Employment

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
e-mail: wzb@wz-berlin.de
Internet: <http://www.wz-berlin.de>

Zusammenfassung

Seit Mitte der neunziger Jahre spielt das Konzept der Übergangsarbeitsmärkte in der arbeitsmarktpolitischen Debatte eine wichtige Rolle. Die vorliegende Untersuchung versucht erstmals, die Bedeutung von Übergangsarbeitsmärkten nicht nur für das gesamte Bundesgebiet oder für West- und Ostdeutschland, sondern für eine kleinere Region (Berlin-Brandenburg) zu quantifizieren sowie Strukturen und Potentiale von Übergangsarbeitsmärkten in dieser Region zu beleuchten. Die quantitative Analyse zeigt, dass die geförderten Übergangsarbeitsmärkte sowohl in ihrem Gesamtumfang als auch in ihrer Struktur große regionale Unterschiede aufweisen. Trotz ähnlich schlechter Arbeitsmarktlage in beiden Bundesländern spielen geförderte Arbeitsmarktübergänge in Berlin eine wesentlich geringere Rolle als in Brandenburg. Im Verhältnis zur Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter waren in Brandenburg im Durchschnitt der Jahre 1997-2000 66 % mehr Personen in Übergangsarbeitsmärkten als in Berlin. Von allen tatsächlichen oder potentiellen Arbeitslosen wurden in diesen Jahren in Brandenburg 35 bis 40 % durch die Übergangsarbeitsmärkte aufgefangen, in Berlin nur 25 bis 30 %. Berlin nutzt insbesondere bundesweit geförderte Übergänge zwischen Bildung und Beschäftigung vergleichsweise wenig, obwohl die Berliner Erwerbsbevölkerung im Vergleich zu anderen Regionen erhebliche Qualifikationsdefizite aufweist. Neben einer Qualifizierungsoffensive, die sich insbesondere auf das Modell der Jobrotation stützen könnte, plädiert die Studie u.a. für eine verstärkte Förderung von Teilzeitbeschäftigung und Sabbaticals sowie für eine rasche flächendeckende Einführung der von der „Hartz-Kommission“ vorgeschlagenen PersonalServiceAgenturen (PSA) zur „vermittlungsorientierten Arbeitnehmerüberlassung“.

Abstract

Since the mid 1990s the concept of transitional labour markets plays an important role in the German debate on labour market policies. The study at hand represents the first attempt of quantifying the employment effects of transitional labour markets not only for Germany as a whole, but for a specific region, i.e. Berlin and Brandenburg. It also examines the structural composition and future potential of transitional labour markets in this region. The analysis reveals that the size and structure of transitional labour markets differ strongly across regions and sub-regions. Labour market transitions promoted by (labour market) policy measures are considerably less important in Berlin than in Brandenburg even though the labour market situation is similarly bad in the two Federal

States (*Bundesländer*). In the period 1997-2000, in Brandenburg the average employment in transitional labour markets was 66% higher than in Berlin, relative to the size of working-age population. During the same time period, transitional labour markets took up 35-40% of the unemployed in Brandenburg, but only 25-30% in Berlin. In spite of severe qualification deficits in the Berlin labour force, Berlin has made particularly little use of transitions between training and employment that are promoted by the Federal Employment Institute. The study recommends a qualification offensive based on the model of job-rotation, a further promotion of part-time work and 'sabbaticals' as well as a fast and comprehensive set-up of 'PersonnelServiceAgencies' (PSA) for 'placement-oriented temporary work', as proposed by the "Hartz Commission".

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	4
2. Methodik	6
3. Umfang der Übergangsarbeitsmärkte im regionalen Vergleich.....	9
4. Struktur der Übergangsarbeitsmärkte im regionalen Vergleich.....	12
5. Schlussfolgerungen: Potentiale für Übergangsarbeitsmärkte in Berlin und Brandenburg	19
6. Tabellen und Schaubilder	25
7. Datenquellen und Berechnungsverfahren.....	49
8. Literatur.....	69

1. Einleitung

Seit Mitte der neunziger Jahre spielt das von Günther Schmid (1993, 1994, 2002) entwickelte Konzept der Übergangsarbeitsmärkte in der arbeitsmarktpolitischen Debatte eine wichtige Rolle. Ausgangspunkt des Konzeptes sind zwei Befunde:

- die Erosion des „Normalarbeitsverhältnisses“ (d.h. der abhängigen, unbefristeten Vollzeit-Erwerbstätigkeit), die mit der Zunahme „atypischer“ und flexibler Formen der Erwerbstätigkeit einhergeht, und
- die Stagnation der Arbeitslosigkeit auf hohem Niveau, die es auch bei wirtschaftspolitischen Erfolgen unwahrscheinlich erscheinen lässt, in absehbarer Zeit zur Vollbeschäftigung im Sinne lebenslanger Vollzeit-Erwerbstätigkeit für alle Erwerbspersonen zurückzukehren.

Das Konzept der Übergangsarbeitsmärkte (im Folgenden auch als Beschäftigungsbrücken oder Arbeitsmarktübergänge bezeichnet; vgl. Schmid 2002: 230-232) verknüpft beide Befunde und empfiehlt, die Flexibilisierung der Erwerbsformen und die Pluralisierung der Lebensformen zu nutzen, um die Barrieren zwischen den dauerhaft Vollzeitbeschäftigten einerseits und den Langzeitarbeitslosen und den vielen Personen in prekären Beschäftigungsverhältnissen andererseits zu senken und auf diese Weise für alle Erwerbspersonen die Zugänge zu den Arbeitsmärkten zu öffnen. Es geht darum, die Variabilität der Erwerbsverhältnisse zu fördern und für alle Erwerbspersonen (für die „Outsider“ und die „Insider“) flexible, aber auch sozialstaatlich gesicherte Übergänge zwischen verschiedenen Erwerbs- und Arbeitszeitformen sowie zwischen Erwerbsarbeit und anderen gesellschaftlich oder persönlich nützlichen Aktivitäten (wie Bildung und Weiterbildung, Kindererziehung, unbezahlter kultureller, politischer und sozialer Arbeit) zu schaffen (Schmid 1993, 2002).

Kernpunkt des Konzepts der Übergangsarbeitsmärkte ist der Gedanke, Flexibilität und soziale Sicherheit – im Sinne von „Flexicurity“ – miteinander zu verbinden, um Arbeitsmarktchancen für alle Erwerbspersonen zu eröffnen (Wilthagen 1998, Keller/Seifert 2000, Schmid 2002: 175-176). Mehr Flexibilität auf Arbeitsmärkten mit sozialer Sicherheit verbinden - dieser scheinbare Widerspruch lässt sich mit der Strategie der Übergangsarbeitsmärkte auflösen, wenn sie folgende Bedingungen erfüllt (Schmid 2002: 232, Reissert/ Schmid 1999: 178):

- die Kombination bezahlter mit unbezahlter Arbeit, die gleichwohl nützliche Werte schafft: Eigenarbeit, Weiterbildung, Erziehen, Pflegen, kulturellem Gestalten, politischer Betätigung und sozialem Engagement (Koordinationsprinzip),

- die Kombination von Löhnen mit Transferzahlungen aus solidarischen Beiträgen oder Steuermitteln oder mit Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (Kofinanzierungsprinzip),
- den Erwerb von Rechtsansprüchen auf Nutzung von Übergängen unter Bedingungen, die durch Betriebsvereinbarungen, Tarifverträge oder Gesetz festgelegt und daher verhandelbar und einklagbar sind (sozialstaatliches Prinzip),
- die Finanzierung von Beschäftigung oder nützlichen Aktivitäten statt der Finanzierung von Arbeitslosigkeit mit Geldern, die sonst für Lohnersatzleistungen genutzt werden müssten (fiskalpolitisches Prinzip).

Systematisch lassen sich fünf Arbeitsmarktübergänge unterscheiden, die durch die Arbeitsmarktpolitik zu dauerhaften und in beide Richtungen begehbaren Beschäftigungsbrücken auszubauen sind (Schmid 2002: 232-318):

- I) Übergänge zwischen (Weiter-)Bildung und Beschäftigung oder die Kombination von beiden,
- II) Übergänge zwischen unterschiedlichen Beschäftigungsverhältnissen innerhalb des „ersten Arbeitsmarktes“, insbesondere zwischen verkürzter und vollzeitiger abhängiger Beschäftigung oder zwischen abhängiger und selbständiger Erwerbstätigkeit oder Kombinationen von beiden,
- III) Übergänge zwischen Arbeitslosigkeit und Beschäftigung,
- IV) Übergänge zwischen unbezahlter privater oder sozialer und bezahlter beruflicher Tätigkeit,
- V) Übergänge zwischen zeitweiser Berufs- und Erwerbsunfähigkeit und Beschäftigung sowie flexible Übergänge von der Erwerbsarbeit in die Rente.

Viele der genannten Beschäftigungsbrücken werden bereits durch Instrumente der Arbeitsmarktpolitik oder anderer Politikbereiche (u.a. Bildungs-, Familien- und Rentenpolitik) gefördert. Bislang fehlt jedoch ein gemeinsamer konzeptioneller und institutioneller Rahmen der verschiedenen Instrumente unter dem Aspekt der Übergangsarbeitsmärkte (Schmid 2002: 234). Außerdem fehlen bislang detaillierte quantitative Überblicke darüber, in welchem Umfang die vorhandenen Übergangsmöglichkeiten genutzt werden und damit zur Entlastung des Arbeitsmarktes beitragen, sowie darüber, in welchem Umfang diese Beschäftigungsbrücken noch ausgebaut werden könnten, um den Arbeitsmarkt weiter zu entlasten. Günther Schmid schätzt, dass die bestehenden Übergangsarbeitsmärkte den Arbeitsmarkt in Deutschland in den neunziger Jahren

um zwei bis drei Millionen entlastet haben und dass ein weiterer Ausbau der Übergangsarbeitsmärkte zusätzliche Entlastungseffekte in Höhe von mindestens einer Million erbringen und damit das Niveau der Unterbeschäftigung erheblich reduzieren könnte (Schmid 1993: 28-30, 48-50, Schmid 2002: 243, 259, 319-322). In jüngster Zeit hat auch die von der Bundesregierung eingesetzte Kommission „Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ („Hartz-Kommission“) das Konzept der Übergangsarbeitsmärkte wieder aufgegriffen und geschätzt, dass die Realisierung ihrer Vorschläge – die sich am Prinzip der Übergangsarbeitsmärkte orientieren – die Arbeitslosenzahl um etwa zwei Millionen senken könnte (Kommission 2002: 35, 46-47).

Die vorliegende Untersuchung setzt an diesen Schätzungen an. Sie versucht erstmals, die Bedeutung von Übergangsarbeitsmärkten nicht nur für das gesamte Bundesgebiet oder für West- und Ostdeutschland, sondern für eine kleinere Region (Berlin-Brandenburg) zu quantifizieren sowie Strukturen und Potentiale von Übergangsarbeitsmärkten in dieser Region zu beleuchten. Die Untersuchung verfolgt dabei mindestens vier Ziele: Sie soll erstens zeigen, dass Übergangsarbeitsmärkte in erheblichem Umfang existieren, auch wenn die dafür genutzten Instrumente in der arbeitsmarktpolitischen Diskussion häufig nicht unter den Oberbegriff der Übergangsarbeitsmärkte subsumiert werden. Sie soll zweitens – am Beispiel der Länder Berlin und Brandenburg – deutlich machen, dass Beschäftigungsbrücken nicht nur durch bundesweite arbeitsmarktpolitische Instrumente gefördert werden, sondern in erheblichem Maße auch durch regionalspezifische arbeitsmarktpolitische Instrumente, die einzelne Bundesländer eingerichtet haben und die aus Landesmitteln (und meist auch aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds) finanziert werden; sie soll damit auch einen Beitrag zur Bestandsaufnahme der Arbeitsmarktpolitik der Bundesländer (Schmid/Blancke 2001; Reissert 1994, 1999) leisten. Die Untersuchung soll drittens zeigen, dass Umfang und Struktur der Übergangsarbeitsmärkte regional variieren und dass dafür sowohl Unterschiede in der Arbeitsmarktsituation als auch unterschiedliche landespolitische Schwerpunkte und Traditionen verantwortlich sind. Schließlich soll die Untersuchung Stärken und Schwächen der Nutzung von Beschäftigungsbrücken in der Region Berlin-Brandenburg sowie Potentiale für eine größere Nutzung von Übergangsarbeitsmärkten in der Region ausloten.

2. Methodik

Die Untersuchung folgt der oben skizzierten Differenzierung in fünf Arbeitsmarktübergänge (I – V). Sie zeigt, in welchem Umfang diese Übergänge zwischen verschiedenen Erwerbs- und Arbeitszeitformen sowie zwischen Erwerbsarbeit und anderen Aktivitäten in West- und Ostdeutschland sowie in Berlin und Brandenburg gefördert und genutzt werden und zur Entlastung des Arbeitsmarktes beitragen. Nicht einbezogen wurden Übergänge zwischen Schule und Berufsausbildung, da sie Personen betreffen, die den Weg in den Arbeits-

markt noch gar nicht gefunden und noch keinen Erwerbsstatus erreicht haben (vgl. ebenso Schmid 2002: 240). Die verwendeten Daten wurden nach zwei verschiedenen Konzepten erhoben – einem engen und einem weiten Konzept:

- Das **enge Konzept** knüpft an die Abgrenzung an, die Günther Schmid bei seinen Schätzungen des Umfangs von Übergangsarbeitsmärkten in ganz Deutschland sowie in West- und Ostdeutschland verwendet hat (Schmid 1993: 48-49, Schmid 2002: 242-253). Es umfasst alle bundesweit eingesetzten einschlägigen arbeitsmarkt- und familienpolitischen Instrumente. Für diesen Teil der Beschäftigungsbrücken ermöglicht es Vergleiche zwischen Berlin und Brandenburg einerseits und Deutschland – auch differenziert nach West- und Ostdeutschland – andererseits.
- Das **weite Konzept** berücksichtigt darüber hinaus auch alle Arbeitsmarktübergänge, die durch landespolitische Instrumente in den Bundesländern Berlin und Brandenburg gefördert werden. Da Angaben zur Nutzung landespolitischer Instrumente nur für diese beiden Bundesländer erhoben werden konnten, beschränken sich die nach dem weiten Konzept zusammengestellten Daten auf diese beiden Länder; vergleichbare Daten für Deutschland insgesamt oder für West- und Ostdeutschland sind nicht vorhanden und entsprechende Vergleiche deshalb nicht möglich.

Nach diesen Konzepten wurden Daten bei der Bundesanstalt für Arbeit und ihren Dienststellen sowie bei den zuständigen Landesbehörden in Berlin und Brandenburg (insbesondere bei der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales und Frauen bzw. später der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen des Landes Berlin sowie beim Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen des Landes Brandenburg) erhoben. Dabei wurden veröffentlichte und unveröffentlichte Quellen herangezogen. Wo diese Quellen nicht ausreichten, wurde mündlich oder schriftlich nachgefragt. Die Erhebung umfasst die Jahre 1997 bis 2000; Daten für 2001 waren noch nicht vollständig verfügbar.

Die erhobenen Daten waren nicht durchweg miteinander vergleichbar. Für einzelne Fördermaßnahmen waren nur Bestandsdaten (d.h. Angaben über die jahresdurchschnittliche Teilnehmerzahl) vorhanden, für andere Fördermaßnahmen nur Zugangsdaten (d.h. Angaben über Eintritte von Personen im Laufe eines Jahres). Um sie vergleichbar zu machen, wurden alle Daten (soweit nötig) in Bestands-Vollzeitäquivalente umgerechnet. Die auf diese Weise aufbereiteten Daten geben also an, wie viele (vollzeitbeschäftigte) Personen dank der verschiedenen Arbeitsmarktübergänge in Beschäftigung sind und wie viele (ansonsten vollzeitbeschäftigte) Personen dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen, weil sie von den verschiedenen Beschäftigungsbrücken Gebrauch machen. Insgesamt zeigen sie, in welchem Umfang der Arbeitsmarkt durch Beschäftigungsbrücken in den genannten Jahren entlastet worden ist. Die einzelnen Umrechnungsverfahren sowie die Datenquellen sind in Kapitel 7 erläutert.

Alle erhobenen und gegebenenfalls umgerechneten Daten wurden in Tabellen und Grafiken aufbereitet, die in Kapitel 6 zusammengefasst sind. Im einzelnen umfasst diese Präsentation der Daten folgende Tabellen:

- Die **Tabellen 1.1.1 bis 1.4.2** präsentieren die nach dem **engen Konzept** erhobenen Daten für Berlin und Brandenburg sowie für West- und Ostdeutschland für die Jahre 1997 bis 2000. Dabei enthalten die einzelnen Tabellen folgende Varianten, die jeweils den Umfang, die Struktur und die quantitative Bedeutung der Übergangsarbeitsmärkte verdeutlichen:

- Variante 1.1: Angaben in absoluten Zahlen (Vollzeitäquivalente):

Tabelle 1.1.1 für Berlin und Brandenburg

Tabelle 1.1.2 für West- und Ostdeutschland

- Variante 1.2: Prozentuale Verteilung des Gesamtumfangs der Übergangsarbeitsmärkte auf die einzelnen Beschäftigungsbrücken:

Tabelle 1.2.1 für Berlin und Brandenburg

Tabelle 1.2.2 für West- und Ostdeutschland

- Variante 1.3: Anzahl der Personen in Übergangsarbeitsmärkten je 100.000 Personen im erwerbsfähigen Alter (Wohnbevölkerung zwischen 15 und 65 Jahren):

Tabelle 1.3.1 für Berlin und Brandenburg

Tabelle 1.3.2 für West- und Ostdeutschland

- Variante 1.4: Entlastungseffekt der Beschäftigungsbrücken für den Arbeitsmarkt: Anteil der Personen in Übergangsarbeitsmärkten an der erweiterten Arbeitslosenzahl (die sich aus der Zahl der Arbeitslosen und der Personen in Übergangsarbeitsmärkten zusammensetzt):

Tabelle 1.4.1 für Berlin und Brandenburg

Tabelle 1.4.2 für West- und Ostdeutschland

Während die Tabellen der Variante 1.1 lediglich absolute Zahlen zum Umfang der Arbeitsmarktübergänge liefern, machen die Tabellen der Variante 1.2 deutlich, wo die unterschiedlichen inhaltlichen Schwerpunkte der Übergangsarbeitsmärkte liegen. Die Tabellen der Variante 1.3 illustrieren die quantitative Bedeutung der Beschäftigungsbrücken für die verschiedenen regionalen Arbeitsmärkte. Die Tabellen der Variante 1.4 messen die quantitative Bedeutung der Übergangsarbeitsmärkte im Verhältnis zum regionalen Problemdruck und zeigen, in welchem Ausmaß die Beschäftigungsbrücken zumindest potentiell¹ die jeweiligen regionalen Arbeitsmärkte entlasten und die regionale Arbeitslosigkeit reduzieren.

- Die **Tabellen 2.1 bis 2.4** präsentieren die nach dem **weiten Konzept** (also einschließlich der landespolitischen Instrumente) erhobenen Daten für Berlin und Brandenburg für die Jahre 1997 bis 2000. Die vier unterschiedlichen Varianten, nach denen die Daten aufbereitet sind, sind mit den Varianten 1.1 bis 1.4 identisch. Allerdings ist hier für jede Variante nur eine Tabelle vorhanden, da bundesweite Daten nach diesem Konzept fehlen.

- Die **Tabellen 3.1 und 3.2** präsentieren ausgewählte Basisdaten zur Arbeitsmarktsituation und zur Struktur der Arbeitslosigkeit in Berlin und Brandenburg in den Jahren 1997 bis 2000. Sie illustrieren den Hintergrund, vor dem sich die Übergangsarbeitsmärkte in beiden Bundesländern entwickelt haben, und werden zur Interpretation dieser Entwicklungen herangezogen.

Die Daten aus den wichtigsten Tabellen sind zusätzlich in Form von Grafiken aufbereitet, die ebenfalls in Kapitel 6 wiedergegeben sind.

3. Umfang der Übergangsarbeitsmärkte im regionalen Vergleich

In den Jahren 1997 bis 2000 befanden sich in der gesamten Bundesrepublik Deutschland ständig mindestens 1,8 Millionen Personen (Vollzeitäquivalente) in Übergangsarbeitsmärkten (Tab. 1.1.2; vgl. ebenso Schmid 2002: 243). Die durch landespolitische Fördermaßnahmen ermöglichten Übergänge sind hierin nicht enthalten, da – wie oben erläutert – entsprechende flächendeckende Daten fehlen. In Berlin und Brandenburg führt die Einbeziehung landespolitischer Fördermaßnahmen dazu, dass der Umfang der Übergangsarbeitsmärkte um rund 15 % größer ausfällt als bei der Berücksichtigung ausschließlich bundesweiter Förderinstrumente (Tab. 2.1 im Vergleich zu Tab. 1.1.1). Diese Relation kann man jedoch nicht ohne weiteres auf das gesamte Bundesgebiet übertragen, da Berlin und Brandenburg im Vergleich der Bundesländer überdurchschnittlich viele Mittel für eigene landesspezifische arbeitsmarktpolitische Anstrengungen ausgeben (Schmid/ Blancke 2001: 220, Reissert 1994: 37-38,

¹ Ob sie dies auch tatsächlich tun, hängt vom Ausmaß möglicher Mitnahme-, Substitutions- und Verdrängungseffekte der Förderungen ab (vgl. z.B. Schmid/ O'Reilly/ Schömann 1996: 12-13).

Reissert 1999: 48). Für die Bundesrepublik insgesamt wird man grob geschätzt sagen können, dass sich im Untersuchungszeitraum ständig etwa zwei Millionen Personen in Übergangsarbeitsmärkten befanden, die durch bundes- oder landespolitische Maßnahmen gefördert wurden.

Auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter kamen gut drei, die eine der bundesweit geförderten Beschäftigungsbrücken nutzten (Tab. 1.3.2)²; von 100 Arbeitslosen oder potentiellen Arbeitslosen wurden ungefähr 30 durch Beschäftigungsbrücken aufgefangen und vor offener Arbeitslosigkeit bewahrt (Tab. 1.4.2). 1993 hatten sich mit rund drei Millionen noch sehr viel mehr Personen in Übergangsarbeitsmärkten befunden als Ende der neunziger Jahre (Schmid 2002: 243). Der Rückgang der Zahlen ist eine Folge von Einschränkungen der Arbeitsmarktpolitik, insbesondere im Bereich der Vorruhestands- und Frühverrentungsmaßnahmen (-800.000) sowie der Beruflichen Weiterbildungsmaßnahmen, deren Umfang seit 1993 halbiert wurde (Abb. 1, Schmid 2002: 243).

Wie angesichts des besonders hohen Einsatzes der Arbeitsmarktpolitik im ostdeutschen Transformationsprozess nicht anders zu erwarten, ist die Bedeutung von Übergangsarbeitsmärkten im Osten Deutschlands sehr viel größer als im Westen. Bezogen auf die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter ist die Anzahl der Personen in Übergangsarbeitsmärkten im Osten etwa dreimal so hoch wie im Westen (Tab. 1.3.2). In Brandenburg liegt sie seit 1998 knapp unter dem ostdeutschen Durchschnitt, in Berlin um ca. 50 Prozent über dem westdeutschen Wert, aber um die Hälfte unter dem ostdeutschen Wert – und damit auch fast um die Hälfte unter dem Brandenburger Wert (Tab. 1.3.1, 1.3.2, Abb. 3a). Die Differenz zwischen Berlin und Brandenburg wird etwas kleiner, wenn man die landespolitischen Förderprogramme einbezieht (Tab. 2.3), denn Berlin fördert die Arbeitsmarktübergänge (sowohl absolut als auch im Verhältnis zur Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter) in etwas größerem Umfang durch landesspezifische Maßnahmen als Brandenburg.³ Dies ist insofern nicht überraschend, als Stadtstaaten (die ja Land und Kommune zugleich sind) im Vergleich der Bundesländer typischerweise mehr Mittel für Arbeitsmarktpolitik aufwenden als Flächenstaaten (in denen ja auch noch mögliche arbeitsmarktpolitische Maßnahmen der Kommunen hinzukommen, die hier nicht berücksichtigt sind; vgl. Schmid/ Blancke 2001: 220, Reissert 1994: 37-38). Überraschend ist eher der relativ geringe Abstand zwischen beiden Ländern beim Einsatz landespolitischer Fördermaßnahmen für Übergangsarbeitsmärkte im Verhältnis zur Bevöl-

² Gesamtwert für West- und Ostdeutschland unter Berücksichtigung der absoluten Zahlen aus Tab. 1.1.2 und der für Tab. 1.3.2 verwendeten Zahlen der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (2000: Westdeutschland 45,2 Mio., Ostdeutschland 10,7 Mio.)

³ Vgl. die Differenzen zwischen den Zahlen in den Tabellen 1.1.1 und 2.1 bzw. 1.3.1 und 2.3. Sie betragen im Durchschnitt der Jahre 1997-2000 bei den absoluten Zahlen (Tab. 1.1.1, 2.1) für Berlin rund 20.000 und für Brandenburg rund 12.500 sowie bei den Zahlen im Verhältnis zur Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (Tab. 1.3.1, 2.3) für Berlin rund 820 und für Brandenburg rund 680.

kerung im erwerbsfähigen Alter.⁴ Er sorgt dafür, dass auch nach Einbeziehung landespolitischer Fördermaßnahmen der Umfang der Übergangsarbeitsmärkte in Brandenburg deutlich größer bleibt als in Berlin: Bezogen auf die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter waren in Brandenburg im Durchschnitt der Jahre 1997-2000 66 % mehr Personen in Übergangsarbeitsmärkten als in Berlin (Tab. 2.3).

Die Relationen zwischen West- und Ostdeutschland sowie zwischen Berlin und Brandenburg verschieben sich, wenn man den Umfang der Übergangsarbeitsmärkte nicht zur Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, sondern zur Zahl der tatsächlichen und potentiellen Arbeitslosen (d.h. zur Arbeitslosenzahl einschließlich der Zahl von Personen in Übergangsarbeitsmärkten) in Beziehung setzt und damit dem unterschiedlichen regionalen Problemdruck Rechnung trägt sowie den potentiellen Entlastungseffekt für den Arbeitsmarkt misst (Tab. 1.4.1 und 1.4.2). Auch bei dieser Betrachtung besitzen die Übergangsarbeitsmärkte in Ostdeutschland größere Bedeutung als in Westdeutschland, allerdings sind die Unterschiede wesentlich geringer als bei der Normierung nach der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter. Ausschlaggebend für die Verschiebung ist die sehr viel höhere Arbeitslosenzahl im Osten im Vergleich zum Westen. In Ostdeutschland wird gut jeder dritte tatsächliche oder potentielle Arbeitslose durch eine der Beschäftigungsbrücken aufgefangen, in Westdeutschland gut jeder vierte.⁵ In Berlin liegt der Entlastungseffekt angesichts der hohen Arbeitslosigkeit in der Stadt sogar noch unter dem westdeutschen Niveau (hier wird nur knapp jeder vierte tatsächliche oder potentielle Arbeitslose durch eine der Beschäftigungsbrücken aufgefangen), in Brandenburg liegt er fast auf dem ostdeutschen Niveau (Tab. 1.4.1). Der Abstand zwischen Brandenburg und Berlin verringert sich kaum, wenn man die landespolitischen Förderprogramme einbezieht (Tab. 2.4), obwohl Berlin die Arbeitsmarktübergänge auch im Verhältnis zur Zahl der tatsächlichen und potentiellen Arbeitslosen in etwas größerem Umfang durch landesspezifische Maßnahmen fördert als Brandenburg.⁶ Wenn man diese landesspezifischen Förderungen mit berücksichtigt, werden in

⁴ Vgl. die Zahlen in der vorigen Fußnote (820 vs. 680). In den vorhandenen Studien zu den Aufwendungen für die gesamte Arbeitsmarktpolitik der Bundesländer wird der Abstand zwischen den Stadtstaaten und den (ostdeutschen) Flächenländern erheblich größer eingeschätzt (vgl. Schmid/ Blancke 2001: 213-214, Reissert 1994: 37-38). Die Rangfolge zwischen Berlin und Brandenburg beim Einsatz landespolitischer Fördermaßnahmen für Übergangsarbeitsmärkte würde sich sogar umkehren, wenn man Maßnahmen zur Förderung der Erstausbildung in die Betrachtung einbezogen hätte. Brandenburg setzt in seiner Politik deutliche Priorität auf die Förderung der Erstausbildung: 1999 und 2000 kamen ca. 90 % der Teilnehmer an landeseigenen Qualifizierungsprogrammen aus dem Bereich der Förderung der Erstausbildung. Dies waren jahresdurchschnittlich ca. 40.000 Teilnehmer, verglichen mit knapp über 10.000 in Berlin (1998).

⁵ Der Einschätzung von Günther Schmid (dessen absolute Zahlen für West- und Ostdeutschland bis auf geringfügige Abweichungen mit unseren Zahlen übereinstimmen), man könne im Hinblick auf die Übergangsarbeitsmärkte „nun von einer arbeitsmarktpolitischen Benachteiligung Ostdeutschlands (...) sprechen“ (Schmid 2002: 319), können wir uns angesichts dieser normierten Zahlen nicht anschließen.

⁶ Vgl. die Differenzen zwischen den Zahlen in den Tabellen 1.4.1 und 2.4. Sie betragen im Durchschnitt der Jahre 1997-2000 für Berlin 4,0 und für Brandenburg 2,3. Die Relationen würden sich – wie oben ausgeführt – vermutlich verschieben, wenn auch die Förderung der Erstausbildung einbezogen worden wäre.

Brandenburg 35 bis 40 % aller tatsächlichen oder potentiellen Arbeitslosen durch eine der Beschäftigungsbrücken aufgefangen, in Berlin knapp 30 % (Tab. 2.4).

4. Struktur der Übergangsarbeitsmärkte im regionalen Vergleich

Unterschiede im Gesamtumfang der Übergangsarbeitsmärkte zwischen West- und Ostdeutschland sowie zwischen Berlin und Brandenburg sind das Ergebnis des sehr unterschiedlichen Einsatzes und der sehr unterschiedlichen Nutzung einzelner Beschäftigungsbrücken. Allerdings kann sich auch bei geringen Unterschieden im Gesamtumfang die Struktur der Übergangsarbeitsmärkte deutlich unterscheiden. Die folgenden Abschnitte beleuchten die unterschiedliche Struktur der Übergangsarbeitsmärkte in Berlin und Brandenburg sowie in West- und Ostdeutschland und untersuchen, welche einzelnen Beschäftigungsbrücken für die Niveauunterschiede zwischen den Regionen in erster Linie verantwortlich sind.

3.1 Übergänge zwischen Bildung und Beschäftigung

In diesem Übergangsarbeitsmarkt bilden die von der Bundesanstalt für Arbeit geförderten Weiterbildungsmaßnahmen immer noch die wichtigste Beschäftigungsbrücke, obwohl ihr Umfang seit langem stark rückläufig ist (vgl. Abb. 1). Im Untersuchungszeitraum von 1997 bis 2000 nahm der Anteil dieser Beschäftigungsbrücke am Gesamtumfang der Übergangsarbeitsmärkte überall ab – in Ostdeutschland (mit einem Rückgang um fünf Prozentpunkte) noch etwas stärker als in Westdeutschland (fast vier Prozentpunkte), in Brandenburg (mit fast fünf Prozentpunkten) deutlich stärker als in Berlin (mit gut drei Prozentpunkten; vgl. Tab. 1.2.1 und 1.2.2). Dennoch kommt den Übergängen zwischen Bildung und Beschäftigung im Gesamtrahmen aller Übergangsarbeitsmärkte nach wie vor fast überall die zweitgrößte quantitative Bedeutung zu – in Ostdeutschland und in Berlin nach den Übergängen zwischen Arbeitslosigkeit und Beschäftigung, in Westdeutschland nach den Übergängen zwischen Beschäftigung, Erwerbsunfähigkeit und Rente. Lediglich in Brandenburg sind die Übergänge zwischen Bildung und Beschäftigung auf den dritten Platz hinter den beiden anderen genannten Übergängen „abgerutscht“.

Für die Unterschiede im Gesamtumfang der Übergangsarbeitsmärkte zwischen Ost- und Westdeutschland sowie zwischen Brandenburg und Berlin sind die Übergänge zwischen Bildung und Beschäftigung in erheblichem Maße verantwortlich. Ähnlich wie der Gesamtumfang der Übergangsarbeitsmärkte ist der Umfang der Weiterbildungsmaßnahmen – bezogen auf Personen im erwerbsfähigen Alter – in Ostdeutschland immer noch fast dreimal so hoch wie in Westdeutschland (Tab. 1.3.2), und ähnlich wie der Gesamtumfang der Übergangsarbeitsmärkte ist der Umfang geförderter Weiterbildung (ohne landespolitische

Maßnahmen) auch in Brandenburg noch fast doppelt so hoch wie in Berlin (Tab. 1.3.1). Bundesweit geförderte Übergänge zwischen Bildung und Beschäftigung haben – im Verhältnis zur Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter – in Berlin damit zwar größere Bedeutung als in Westdeutschland, aber sehr viel geringere Bedeutung als in Brandenburg und in Ostdeutschland insgesamt. Nimmt man nicht die Personen im erwerbsfähigen Alter, sondern die Zahl der tatsächlichen und potentiellen Arbeitslosen als Maßstab, liegt das Berliner Niveau bundesweit geförderter Übergänge zwischen Bildung und Beschäftigung inzwischen sogar deutlich unter dem Niveau Westdeutschlands (Tab. 1.4.1, 1.4.2). Angesichts der erheblichen Qualifikationsdefizite der Berliner Erwerbsbevölkerung im Vergleich zu anderen Regionen⁷ ist dieser Befund alarmierend. In Brandenburg liegt das Niveau bundesweit geförderter Übergänge zwischen Bildung und Beschäftigung auch im Verhältnis zur Zahl der tatsächlichen und potentiellen Arbeitslosen etwa auf gleicher Höhe wie in Ostdeutschland insgesamt (Tab. 1.4.1, 1.4.2). Dieser Befund muss allerdings im Zusammenhang mit dem besonders hohen Bedarf an öffentlich geförderter Weiterbildung in Brandenburg gesehen werden: Im ostdeutschen Vergleich weisen die Brandenburger Betriebe die geringsten Weiterbildungsquoten auf, weil u.a. die Brandenburger Unternehmenslandschaft durch eine Dominanz von kleinen und kleinsten Betrieben geprägt ist und diese nur in wenigen Fällen gezielte Personal- und Qualifizierungspolitik als ein strategisch bedeutsames Handlungsinstrument zur Bewältigung betrieblicher Herausforderungen ansehen (Hausmann/ Schuldt 2000).⁸ Ein besonders hohes Niveau öffentlich geförderter Weiterbildung wäre daher sowohl in Brandenburg als auch in Berlin geboten.

Der Abstand zwischen Brandenburg und Berlin fällt deutlich geringer aus, wenn man die landespolitischen Fördermaßnahmen in die Betrachtung einbezieht (Tab. 2.3, 2.4). Das Land Berlin hat den Rückgang bei den von der Bundesanstalt für Arbeit geförderten Weiterbildungsmaßnahmen in erheblichem Maße durch landespolitische Maßnahmen aufgefangen; einschließlich der landespolitischen Fördermaßnahmen sind deshalb die Beschäftigungsbrücken zwischen Bildung und Beschäftigung im Untersuchungszeitraum in Berlin fast konstant geblieben. In Brandenburg haben dagegen die landesspezifischen Fördermaßnahmen auch angesichts ihres geringeren Umfangs⁹ den Rückgang

⁷ Berlin hat zwar einen durchaus beachtlichen Anteil an Hochqualifizierten, aber der Anteil von Beschäftigten mit mittlerem Qualifikationsniveau (Facharbeiter, Angestellte) ist gering. Vgl. Dathe/ Schmid 2001: 101-102.

⁸ Das Brandenburger Landesprogramm „Förderung der Qualifizierung von Beschäftigten in kleinen und mittleren Unternehmen“ soll daher der unterdurchschnittlichen Weiterbildungsbereitschaft Brandenburger Betriebe entgegenwirken. Vom Volumen her handelt es sich aber um ein vergleichsweise kleines Programm. Vgl. dazu ausführlich Hausmann/ Schuldt 2000.

⁹ Vgl. die Differenzen zwischen den Zahlen in den Tabellen 1.3.1 und 2.3 bzw. 1.4.1 und 2.4 für die Übergänge zwischen Bildung und Beschäftigung. Sie betragen im Durchschnitt der Jahre 1997-2000 bei den Zahlen im Verhältnis zur Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (Tab. 1.3.1, 2.3) für Berlin rund 430 und für Brandenburg rund 240 sowie bei den Zahlen im Verhältnis zu den tatsächlichen und potentiellen Arbeitslosen (Tab. 1.4.1, 2.4) für Berlin rund 2,5 und für Brandenburg rund 0,9. Maßnahmen zur Förde-

der Förderung durch die Bundesanstalt für Arbeit nicht ausgleichen können (Tab. 2.1, 2.3, 2.4). Unter Einschluss der landespolitischen Fördermaßnahmen liegt deshalb das Niveau geförderter Übergänge zwischen Bildung und Beschäftigung im Verhältnis zur Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in Berlin inzwischen nur noch relativ knapp unter dem Niveau Brandenburgs (Tab. 2.3), im Verhältnis zur Zahl der tatsächlichen oder potentiellen Arbeitslosen liegt es inzwischen sogar knapp über dem Niveau Brandenburgs (Tab. 2.4).

Das Land Berlin hat damit seine schlechte Bilanz bei den bundesweiten Fördermaßnahmen für Übergänge zwischen Bildung und Beschäftigung durch besondere landespolitische Anstrengungen (und die Unterstützung des Europäischen Sozialfonds) in erheblichem Umfang wettgemacht. Ob diese Kompensation trotz der Berliner Haushaltskrise auf Dauer durchzuhalten sein wird, bleibt abzuwarten. Von Bedeutung sind in der Berliner Landesförderung dabei nicht nur Qualifizierungsmaßnahmen für besondere Zielgruppen, sondern auch wirtschaftsnahe Weiterbildungsmaßnahmen, die zum Abbau des Modernisierungsrückstands und zur Stärkung der Innovationsbereitschaft in den Berliner Unternehmen beitragen sollen. Beispielhaft genannt sei hier das Modell „Jobrotation“, das seit 1.1.2002 Regelinstrument der bundesweiten Arbeitsmarktpolitik ist, in Berlin jedoch bereits seit März 1996 als Modellprojekt existierte und hier das erste Instrument in ganz Deutschland war, das die Weiterbildung von Beschäftigten mit der (Wieder-)Eingliederung von Arbeitslosen verband (vgl. Uhrig 1998, Oschmiansky/ Schmid/ Uhrig 2001, Oschmiansky 2002). Dabei werden Teile der Belegschaft im Falle notwendiger Umstrukturierung oder bei neuen Qualifikationsbedarfen unter Aufrechterhaltung ihres Beschäftigungsverhältnisses extern weitergebildet, während Arbeitslose ihre Aufgaben am Arbeitsplatz übernehmen. In der Brandenburger Landespolitik sind vor allem Qualifizierungsmaßnahmen für besondere Zielgruppen von Bedeutung; zu ihnen zählt das „Kurssystem kontra Langzeitarbeitslosigkeit“, das ein Kernstück der Brandenburger Arbeitsmarktpolitik darstellt.

3.2 Übergänge zwischen Kurz- und Vollzeitbeschäftigung

Der Beschäftigung in den Übergangsarbeitsmärkten zwischen Kurz- und Vollzeitbeschäftigung kommt derzeit nur noch geringe Bedeutung zu. Während Kurzarbeit 1993 nach den Vorruhestandsregelungen und der Beruflichen Weiterbildung noch die drittgrößte Beschäftigungsbrücke darstellte, trägt sie zusammen mit den saisonbedingten Arbeitszeitverkürzungen im Baubereich (Winterausfallgeld) bundesweit nur noch 3 % zum Gesamtumfang der Beschäftigungsbrücken bei (Schmid 2002: 244). Die Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland sowie zwischen Berlin und Brandenburg sind dabei gering (Tab. 1.2.1, 1.2.2). Kurzarbeit hatte 1999 in Berlin und Brandenburg den nied-

rung der Erstausbildung sind hier – wie oben ausgeführt – nicht einbezogen. Zu den Auswirkungen s.o. Anm. 4.

rigsten Anteil an den Übergangsarbeitsmärkten seit der Wiedervereinigung. In beiden Ländern konzentrierte sich Kurzarbeit im wesentlichen auf das Baugewerbe. Aus ihm kamen im Jahr 2000 45 % aller Kurzarbeiter. Im Jahr 2001 stieg trotz der einsetzenden Wirtschaftskrise die Zahl der Kurzarbeiter nur leicht an, das Niveau blieb sehr gering.

3.3 Übergänge zwischen Arbeitslosigkeit und Beschäftigung

Von allen Übergangsarbeitsmärkten weisen die Beschäftigungsbrücken zwischen Arbeitslosigkeit und Beschäftigung sowohl in Berlin und Brandenburg als auch in Ostdeutschland insgesamt die mit Abstand meisten Nutzer auf. Der Anteil dieses Übergangsarbeitsmarktes am Gesamtumfang lag in Ostdeutschland und in Brandenburg zeitweise bei deutlich über 50 %, in Berlin zwischen 40 und 50 %, in Westdeutschland dagegen lediglich um 20 % (Tab. 1.2.1, 1.2.2, 2.2, Abb. 2). Für die Unterschiede im Gesamtumfang der Übergangsarbeitsmärkte zwischen Ost- und Westdeutschland sowie (seit 1998) zwischen Brandenburg und Berlin sind damit die Übergänge zwischen Arbeitslosigkeit und Beschäftigung in erster Linie verantwortlich (Tab. 1.3.1, 1.3.2, 1.4.1, 1.4.2).

Die wichtigsten Beschäftigungsbrücken innerhalb dieses Übergangsarbeitsmarktes sind die überwiegend von der Bundesanstalt für Arbeit geförderten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) und Maßnahmen zur „Produktiven Arbeitsförderung“ bzw. Strukturanpassungsmaßnahmen (SAM). Beide Maßnahmetypen spielen in Ostdeutschland bekanntermaßen eine wesentlich größere Rolle als in Westdeutschland. Im Osten Deutschlands kam 1999 auf jeden sechsten tatsächlichen oder potentiellen Arbeitslosen ein ABM- oder SAM-Teilnehmer, im Westen dagegen nur auf jeden siebenundvierzigsten (Tab. 1.4.1, 1.4.2). Brandenburg liegt dabei im Durchschnitt des Untersuchungszeitraums knapp unter dem ostdeutschen Niveau, Berlin liegt etwa in der Mitte zwischen dem ostdeutschen und dem westdeutschen Niveau (Tab. 1.4.1, 1.4.2). Das in den Jahren 1998 und 1999 auffallend hohe Niveau der Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen ergab sich aus der Politik der damaligen Bundesregierung, die kurz vor der Bundestagswahl versuchte, mit Hilfe der Arbeitsmarktpolitik (sog. „Wahl-ABM“) kurzfristig die Arbeitslosenzahl zu verringern. So erhöhte sich allein in Ostdeutschland die Zahl der ABM-Beschäftigten von 80.000 im Januar 1998 auf über 200.000 im Herbst und die der SAM-Teilnehmer von 97.000 im Januar auf ebenfalls über 200.000 im Herbst 1998 (BA 1998c: 349, 439, 549, 659, 838, 934, 1070, 1174, 1296, 1400, BA 1998a: 173). Dass sich dies im Bereich der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen nicht in einer deutlichen Erhöhung der Jahresdurchschnittswerte niederschlug (vgl. Abb. 3b), liegt daran, dass viele der zusätzlichen ABM-Stellen nur mit Laufzeiten von drei bis sechs Monaten ausgestattet waren. Im Jahr 2000 ging das Niveau von ABM und SAM wieder in etwa auf das Niveau von 1997 zurück.

Auffällig ist die herausragende Rolle der Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen in Berlin. Im Verhältnis zur Zahl der tatsächlichen oder potentiellen Arbeitslosen liegt ihr Teilnehmerumfang – wie erwähnt – weit über dem westdeutschen Niveau, obwohl der Gesamtumfang der Übergangsarbeitsmärkte in Berlin¹⁰ sich doch deutlich unter dem westdeutschen Niveau bewegt (s.o. 3.). In Berlin bilden Beschäftigungsmaßnahmen damit einen besonderen Schwerpunkt der Arbeitsmarktübergänge; ihr Anteil am Gesamtumfang der Übergangsarbeitsmärkte ist fast genauso groß wie in Brandenburg und in Ostdeutschland insgesamt (Tab. 1.2.1, 1.2.2). Hieran ändert sich auch nichts, wenn man über die bundesweiten Fördermaßnahmen hinausblickt und auch die landesspezifischen Fördermaßnahmen einbezieht (Tab. 2.2, Abb. 5). Zusätzlich zu den Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit setzt Berlin – ähnlich wie Brandenburg – auch noch in erheblichem Umfang landespolitische Maßnahmen ein, um Übergänge zwischen Arbeitslosigkeit und Beschäftigung zu stützen.¹¹ Dabei handelt es sich vorrangig um Eingliederungszuschüsse; für sie werden in beiden Ländern aus den Landeshaushalten noch einmal etwa ebenso viele Mittel eingesetzt wie durch die Bundesanstalt für Arbeit (vgl. Tab. 1.1.1, 2.1). Die Priorität für Maßnahmen, die Übergänge zwischen Arbeitslosigkeit und Beschäftigung erleichtern sollen, wird damit durch die Landespolitik unterstützt (Abb. 6, 7).

Maßnahmen zur Förderung von Sozialhilfeempfängern gemäß § 18 ff. BSHG durch Landesprogramme wie etwa „Arbeit statt Sozialhilfe“ gibt es mittlerweile in allen Bundesländern (Schmid/ Blancke 2001: 209). Damit versuchen die Länder die Tatsache auszugleichen, dass das bundesweite Arbeitsförderungsrecht und die Bundesanstalt für Arbeit ihre Leistungen auf Personen mit Anspruch auf Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe konzentrieren und die Integration arbeitsloser Sozialhilfeempfänger den Kommunen überlassen. Berlin ist hierbei besonders aktiv, auch im Vergleich zu Brandenburg.¹² Bezogen auf die in Berlin besonders hohe Zahl an Sozialhilfeempfängern (vgl. Tab. 3.1) liegt Berlin allerdings wieder zurück.¹³

¹⁰ Im Verhältnis zur Zahl der tatsächlichen und potentiellen Arbeitslosen

¹¹ Vgl. die Differenzen zwischen den Zahlen in den Tabellen 1.4.1 und 2.4 für die Übergänge zwischen Arbeitslosigkeit und Beschäftigung. Sie betragen im Durchschnitt der Jahre 1997-2000 für Berlin rund 2,0 und für Brandenburg rund 1,7.

¹² Vgl. die Daten in Kap. 7, Abschnitt (7): Im Durchschnitt der Jahre 1997-2000 wurden in speziell auf arbeitslose Sozialhilfeempfänger zugeschnittenen Programmen in Berlin 6.425 arbeitslose Sozialhilfeempfänger gefördert, in Brandenburg 3.560.

¹³ Die Zahl der Sozialhilfeempfänger ist in Berlin fast fünfmal so hoch wie in Brandenburg (Tab. 3.1). Im Verhältnis zur Zahl der Sozialhilfeempfänger liegt die Arbeitsmarktförderung für diese Gruppe (vgl. vorige Anmerkung) in Berlin damit deutlich unter der in Brandenburg.

3.4 Übergänge zwischen privater Tätigkeit und Erwerbstätigkeit

Die Bedeutung von Elternurlaub und Erziehungsgeld ist in West und Ost sehr unterschiedlich. Bezogen auf die Bevölkerungszahl im erwerbsfähigen Alter wird dieser Übergangsarbeitsmarkt in Westdeutschland in wesentlich größerem Umfang genutzt als in Ostdeutschland (Tab. 1.3.2). Berlin und Brandenburg liegen dabei gleichermaßen auf dem ostdeutschen Niveau (Tab. 1.3.1), so dass diese Beschäftigungsbrücke in der Region nur von untergeordneter Bedeutung ist (Tab. 1.2.1). Wie verschiedene Untersuchungen zeigen, ist der West-Ost-Unterschied im wesentlichen auf folgende Faktoren zurückzuführen (Engelbrech 1997, 2001): auf die niedrigen Geburtenraten im Osten, auf die hohe Erwerbsneigung ostdeutscher Frauen, die nach der Geburt eines Kindes früher ins Erwerbsleben zurückkehren, sowie auf die niedrigeren Löhne und die höhere Arbeitslosigkeit im Osten, die einen zeitweiligen Rückzug vom Arbeitsmarkt – gerade auch angesichts des niedrigen Niveaus des Erziehungsgelds – zu einem größeren Risiko werden lassen.

Weitere denkbare Beschäftigungsbrücken zwischen privater Tätigkeit und Erwerbstätigkeit – wie etwa familienbedingte Teilzeitarbeit oder Sabbaticals – werden bislang, soweit ersichtlich, nicht öffentlich gefördert. Die Zahl der Unternehmen, die Vereinbarungen zu Sabbaticals abgeschlossen haben, ist sehr gering. Groben Schätzungen zufolge bieten nicht mehr als 3 % aller Unternehmen ihren Beschäftigten die Möglichkeit zum befristeten Ausstieg, allerdings mit steigender Tendenz (Siemers 2001: 619, Sieg 2002: 55). Dabei sind gerade in betrieblichen Krisenzeiten freiwillige Reduzierungen der Arbeitszeit geeignet, Kosten zu senken, ohne gleichzeitig die Bindung der Mitarbeiter an das Unternehmen aufzugeben. Nicht zuletzt zeigen verschiedene Untersuchungen, dass die Mitarbeiter nach einem Sabbatical motivierter an ihren Arbeitsplatz zurückkehren. Die Schwierigkeit der Unternehmen, eine Ersatzkraft auf Zeit zu finden, könnte durch die vorgesehene, von der „Hartz-Kommission“ vorgeschlagene Ausweitung der Leih- und Zeitarbeit verkleinert werden.

Immerhin gehört der öffentliche Dienst der Länder Berlin und Brandenburg zu den relativ wenigen Arbeitgebern in der Region, die den Wechsel zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit durch Sabbaticals ermöglichen. Berlin verfügt seit 1995 über eine Sabbatregelung für Landesbedienstete, Brandenburg seit 1996. Zusätzlich existiert in Berlin bereits seit 1987 ein Sabbatmodell für Lehrer. Es erlaubt nach einer Anspannzeit einjährige Sabbaticals mit Rückkehrgarantie, allerdings nicht unbedingt auf den früheren Arbeitsplatz (Reissert/Schmid 1999: 182-183).

3.5 Übergänge zwischen Beschäftigung, zeitweiliger Erwerbsunfähigkeit und Rente

Wie die meisten anderen kontinentaleuropäischen Länder begleitete auch die Bundesrepublik Deutschland den wirtschaftliche Strukturwandel seit der Mitte der siebziger Jahre mit einer Politik, die die Reduktion des Arbeitsangebots durch die Ausgliederung älterer Arbeitskräfte förderte. Im Zusammenspiel von Unternehmen und Staat bildete sich ein komplexes Frühverrentungsregime heraus, das aus Unternehmensicht zur Erhöhung der Beschäftigungsflexibilität und aus staatlicher Sicht zur Verringerung der Arbeitslosigkeit beitrug. Durch eine Ausdifferenzierung der Rentenzugangswege bei gleichzeitiger Absenkung der Altersgrenzen für den Rentenzugang gelang es, die Frühverrentung zu forcieren und so den Arbeitsmarkt zu entlasten. Als Konsequenz verringerte sich die Erwerbsquote der 60-64jährigen Männer auf ein im internationalen Vergleich niedriges Niveau. Auch in Ostdeutschland wurden Instrumente der Frühverrentung in großem Stil eingesetzt. Die nach der Vereinigung aufgelegten Programme, speziell das 1990 eingeführte Vorruhestands- und Altersübergangsgeld, gingen noch über die westdeutschen Regelungen hinaus. So gab es in Ostdeutschland 1993 850.000 Empfänger von Vorruhestands- und Altersübergangsgeld. Unter dem Eindruck der enormen Kostenbelastungen zerbrach jedoch allmählich der Konsens über die Förderung der Frühverrentung. Zwischen 1996 und 1998 wurde eine Vielzahl von Maßnahmen getroffen, die der Frühverrentungspraxis ein Ende machen sollten. Dazu zählten das rasche Vorziehen der bereits 1989 grundsätzlich beschlossenen Erhöhung der Altersgrenzen, die Förderung von Altersteilzeitbeschäftigung, die Neuregelung der Erwerbsunfähigkeit, schließlich die stärkere Besteuerung von Abfindungen, die vorher gezielt zur Aufstockung von staatlichen Transferleistungen eingesetzt worden waren.

Die Einschränkungen führten zu einer deutlich geringeren Inanspruchnahme der Frühverrentungen. Dennoch bilden Vorruhestandsregelungen in Ost- wie in Westdeutschland immerhin noch die viertgrößte Beschäftigungsbrücke (Tab. 1.1.2, 1.2.2). Auch in Berlin und Brandenburg machen Vorruhestandsregelungen noch rund ein Siebtel aller Beschäftigungsbrücken aus (Tab. 1.2.1). Gleitende Übergänge aus der Erwerbstätigkeit in den Ruhestand wie die Altersteilzeit gewinnen daneben an Bedeutung, ihr quantitatives Gewicht ist aber – vor allem in Berlin – noch immer relativ gering (Tab. 1.2.1).

Quantitativ nicht unerheblich sind berufliche Rehabilitationsmaßnahmen und Werkstätten für Behinderte. Beide addiert wären in Westdeutschland sogar die größte Beschäftigungsbrücke (Tab. 1.2.2). Bezogen auf die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter ist die quantitative Bedeutung dieser Brücken zwischen Erwerbsunfähigkeit und Beschäftigung in Ostdeutschland höher als in Westdeutschland (Tab. 1.3.2), im Verhältnis zur Zahl der tatsächlichen oder potentiellen Arbeitslosen sind diese Brücken in Westdeutschland etwa doppelt so

bedeutsam wie in Ostdeutschland (Tab. 1.4.2). Auffallend ist die deutlich geringere Inanspruchnahme dieser Beschäftigungsbrücken in Berlin im Vergleich zu Brandenburg, das ein ähnliches Niveau wie Ostdeutschland aufweist (Tab. 1.3.1, 1.4.1). Im Verhältnis zur Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter bieten berufliche Rehabilitationsmaßnahmen und Werkstätten für Behinderte in Berlin nur etwa halb so viele Beschäftigungsbrücken wie in Brandenburg.

5. Schlussfolgerungen: Potentiale für Übergangsarbeitsmärkte in Berlin und Brandenburg

Die quantitative Analyse hat gezeigt, dass die geförderten Übergangsarbeitsmärkte sowohl in ihrem Gesamtumfang als auch in ihrer Struktur große regionale Unterschiede aufweisen. Im Hinblick auf den Gesamtumfang sind neben den bereits bekannten Unterschieden zwischen West- und Ostdeutschland (Schmid 1993: 48, Schmid 2002: 246-251) vor allem die Differenzen zwischen Berlin und Brandenburg bemerkenswert: Trotz ähnlich schlechter Arbeitsmarktlage in beiden Bundesländern (vgl. Tab. 3.1, 3.2) spielen geförderte Arbeitsmarktübergänge in Berlin eine wesentlich geringere Rolle als in Brandenburg. Im Verhältnis zur Zahl der tatsächlichen und potentiellen Arbeitslosen liegt die Förderung von Beschäftigungsbrücken in Berlin sogar unter dem westdeutschen Niveau (Tab. 1.4.1, 1.4.2). Dieser Unterschied lässt sich aufgrund der Arbeitsmarktsituation nicht rechtfertigen. Er ist auch problematisch, wenn man bedenkt, dass die Arbeitsmärkte der Region Berlin-Brandenburg längst zusammengewachsen sind. In einer derartigen zusammengewachsenen Arbeitsmarktregion führen sehr unterschiedliche Förderungsniveaus tendenziell zu Fehlallokationen und Verdrängungseffekten – etwa dadurch, dass in einem Teil der Region durch öffentlich geförderte Weiterbildungsmaßnahmen erheblich mehr Arbeitskräfte qualifiziert werden, die es dann den geringer qualifizierten Arbeitskräften im anderen Teil der Region immer schwerer machen, sich auf dem Arbeitsmarkt zu behaupten. Eine Annäherung der Förderungsniveaus in beiden Bundesländern erscheint deshalb geboten.

Bei der Annäherung der Förderungsniveaus ist zu berücksichtigen, dass die Unterschiede zwischen beiden Bundesländern im wesentlichen auf die unterschiedliche Nutzung bundesweiter Förderungen (vor allem der Bundesanstalt für Arbeit) zurückzuführen sind – und nicht auf Unterschiede im Einsatz landespolitischer Maßnahmen (s.o. 3.). Das bedeutet jedoch nicht, dass Veränderungen vor Ort nicht möglich wären. Zum einen kann das Landesarbeitsamt Berlin-Brandenburg (ebenso wie die anderen Landesarbeitsämter) seit 1998 über die Verteilung der Fördermittel der Bundesanstalt für Arbeit auf die örtlichen Arbeitsämter innerhalb bestimmter Grenzen selbständig entscheiden, und die örtlichen Arbeitsämter können mit ihren Verwaltungsausschüssen ebenfalls seit 1998 weitgehend selbständig bestimmen, für welche der verschiedenen gesetzlich normierten Fördermaßnahmen sie ihre Mittel der aktiven Arbeitsmarktpolitik einsetzen (§ 71b SGB IV, § 378 SGB III, Blien 1998: 677-678, 685-

687, Reissert 2001: 122); Niveau und Struktur des Einsatzes bundesweit geförderter Beschäftigungsbrücken in den beiden Bundesländern sind damit vor Ort durchaus gestaltbar. Zum anderen können selbstverständlich die landespolitischen Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik auch innerhalb des bestehenden Einsatzes von Landesmitteln noch optimiert werden – etwa im Sinne einer stärkeren Konzentration der Landespolitik auf eine Politik der Beschäftigungsbrücken.

Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen stehen die folgenden Vorschläge für einen Ausbau der Beschäftigungsbrücken in der Region Berlin-Brandenburg und für eine Annäherung des Umfangs der Übergangsarbeitsmärkte in beiden Bundesländern. Sie knüpfen an die vorausgegangenen Analysen zum Umfang und zur Struktur der Übergangsarbeitsmärkte in der Region ebenso an wie an die bekannten Arbeitsmarktprobleme der Region (u.a. hohe Arbeitslosigkeit, Qualifikationsdefizite, Überkapazitäten des öffentlichen Sektors; Reissert/ Schmid 1999). Dabei konzentrieren sie sich vorrangig auf Veränderungen, die in der regionalen Handlungskompetenz liegen. Vorschläge zu Übergängen zwischen Beschäftigung, zeitweiliger Erwerbsunfähigkeit und Rente fehlen z.B. ganz, da sie aufgrund der bundesgesetzlichen Regelungen nur in geringem Maße der regionalen Gestaltbarkeit unterliegen. Zu Vorschlägen, die nur auf nationaler Ebene realisiert werden können, sei im übrigen auf die entsprechenden Überlegungen von Günther Schmid (2002: 235-322) verwiesen.

4.1 Schlussfolgerungen: Übergänge zwischen Bildung und Beschäftigung

Zu den wichtigsten Erkenntnissen der quantitativen Untersuchung gehört, dass Berlin die bundesweit geförderten Übergänge zwischen Bildung und Beschäftigung vergleichsweise wenig nutzt, obwohl die Berliner Erwerbsbevölkerung im Vergleich zu anderen Regionen erhebliche Qualifikationsdefizite aufweist (vgl. auch Reissert/ Schmid 1999: 174-175)..

Der Berliner Arbeitsmarkt hat sowohl auf Grund seiner Geschichte als auch auf Grund seines Strukturwandels ein besonders ausgeprägtes Defizit an Qualifikationen (Spee/ Schmid 1995, Reissert/ Schmid 1999: 166-170, Dathe/ Schmid 2001: 101-102, 110-112). Die Zahl der Beschäftigten ohne Berufsausbildung, die in den achtziger Jahren noch weit über der vergleichbarer Regionen gelegen hatte, ist zwar im Zuge des raschen Strukturwandels seit 1989 drastisch zurückgegangen. Gleichzeitig ist jedoch der Anteil der Arbeitslosen, die über keine Berufsausbildung verfügen, fast stetig gewachsen und liegt weit über dem Bundesdurchschnitt (vgl. auch Tab. 3.2). Nach wie vor erheblich ist der Rückstand der Region bei der Beschäftigung im mittleren Qualifikationsniveau (Facharbeiter, qualifizierte Angestellte). Es gilt deshalb, die große Distanz zwischen dem vorhandenen und dem zukünftig erforderlichen "Humankapitalstock" zu überbrücken und zu schließen.

Sinnvoll erscheint unter diesen Bedingungen eine Qualifizierungsoffensive, die die Weiterbildung von Beschäftigten und Arbeitslosen verbindet und gleichzeitig den weiterqualifizierten Arbeitslosen einen Weg in neue Beschäftigung bahnt. Ein Modell hierfür liefert das in Dänemark und Schweden erfolgreich praktizierte System der Jobrotation. Dabei werden Beschäftigte extern weitergebildet, und Arbeitslose treten nach einer vorbereitenden Einarbeitung oder Qualifizierung vorübergehend an ihre Stelle (vgl. Höcker/ Reissert 1995, Uhrig 1998, Oschmiansky/ Schmid/ Uhrig 2001, Oschmiansky 2002). Jobrotation wurde zwar in Berlin erstmals im Rahmen eines Modellprojekts erprobt (Uhrig 1998), aber der Durchbruch des Prinzips „Weiterbilden und Einstellen“ steht trotz der bundesweiten Rechtsgrundlage, die inzwischen eingerichtet wurde, noch aus. Berlin und Brandenburg könnten mit Hilfe von Landes- und ESF-Mitteln, mit Unterstützung regionaler Tariffonds der Sozialpartner zur Weiterbildungsfreistellung von Beschäftigten und mit der Nutzung von Mitteln der Bundesanstalt für Arbeit in sehr viel größerem Maße als bisher eine Pionierrolle übernehmen.

Besonders ermutigend am dänischen Jobrotationssystem ist die dortige Erfahrung, dass etwa 60 bis 80 Prozent der stellvertretenden Arbeitslosen in irgendeiner Form eine Anschlussbeschäftigung finden (Oschmiansky 2002: 7) und dass die extern Weitergebildeten zum Teil eine Aufstiegsmobilität erleben. Bei gelungener Jobrotation entsteht also im Idealfall eine aufwärtsgerichtete Weiterbildungs- und Beschäftigungsspirale. Nimmt man die Entwicklung in Dänemark als Maßstab, so wäre durch Jobrotation in Berlin und Brandenburg mittelfristig ein Entlastungseffekt für den Arbeitsmarkt (also eine Minderung der Arbeitslosigkeit) in Höhe von 30.000 bis 40.000 möglich. Wird Jobrotation, wie in Dänemark oder Schweden auch, auf den öffentlichen Dienst ausgedehnt, kommt sie vor allem Frauen zugute. Schwierigkeiten der Implementation oder Akzeptanz gibt es im privaten Sektor der Klein- und Mittelbetriebe. Das weist darauf hin, dass die gute Idee der Jobrotation noch stärker auf die unterschiedlichen Interessen und Voraussetzungen der privaten Wirtschaft zuzuschneiden ist. Regionale Netzwerke – etwa nach dem Vorbild der Hamburger Koordinierungsstelle Weiterbildung (Bangel et al. 1992: 123-125, Schmid 2002: 255-256) – und professionelle Jobpools sind gute Voraussetzungen, um solche Schwierigkeiten zu überwinden. Ein großangelegtes Experiment Jobrotation würde daher weitere soziale Innovationen stimulieren, die auch der Stadtentwicklung und anderen sektoralen Politikbereichen zugute kämen.

Die Strategie „Weiterbilden und Einstellen“ würde den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern der Region erlauben, in Zukunft in eigener Verantwortung mehr Risiken, in gewissem Sinne auch unternehmerische Risiken, zu übernehmen. Mit einer solchen Qualifizierungsoffensive für Erwachsene ließen sich Weiterbildungsmodule erproben, die auch hilfreich für innovative Neuerungsprozesse in der beruflichen Erstausbildung sein könnten. Jobrotation wäre ein prägnantes Beispiel für die Konzeption von Beschäftigungsbrücken, die mehr

Flexibilität für Beschäftigte in Beschäftigungschancen für Nichtbeschäftigte umwandelt und gleichzeitig auch die Wettbewerbsfähigkeit der Region erhöht. Jobrotation wäre sowohl eine beschäftigungsfreundliche als auch investive Arbeitszeitverkürzung. Die enge Verbindung von Qualifizierung und Beschäftigung wäre dabei auch geeignet, der Demotivation entgegenzuwirken, die bei Geringqualifizierten häufig dadurch entsteht, dass immer neue Qualifizierungsmaßnahmen ohne positive Folgen für die Verbesserung der Beschäftigungschancen bleiben.

4.2 Schlussfolgerungen: Übergänge zwischen Kurz- und Vollzeitbeschäftigung

Einen Ansatzpunkt für den Ausbau dieser Beschäftigungsbrücke bietet – neben anderen Arbeitszeitmodellen – die Ausweitung von Teilzeitbeschäftigung. Sie ist bisher weder in Berlin noch in Brandenburg überdurchschnittlich vertreten.¹⁴ Vieles spricht dafür, dass eine spürbare Ausweitung der Teilzeitarbeit – vor allem in Ostdeutschland – nur durch verstärkte finanzielle Anreize zu erreichen sein wird. Der Anfang 2001 eingeführte Anspruch auf Teilzeitarbeit (§ 8 Teilzeit- und Befristungsgesetz) hat zwar die rechtlichen Barrieren für Übergänge zwischen Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigung gesenkt (Magvas/ Spitznagel 2002), jedoch nichts daran geändert, dass die Vorbehalte gegenüber den finanziellen Folgen eines Wechsels von Vollzeit- zu Teilzeitbeschäftigung gerade in Ostdeutschland groß sind, wo die Löhne niedriger sind und die Arbeitslosigkeit höher ist als in Westdeutschland (Meding/ Reissert 1995).

Einen finanziellen Anreiz könnte ein Teilzeit-Übergangsgeld für Beschäftigte bieten, die ihre Vollzeittätigkeit um ein oder zwei Jahre durch Teilzeitarbeit unterbrechen. Dieses Übergangsgeld müsste die durch Teilzeitarbeit entstehenden Ausfälle beim Arbeitsverdienst und bei den Beitragszahlungen zur Renten- und Arbeitslosenversicherung teilweise kompensieren; es würde sich durch vermiedene Kosten der Arbeitslosigkeit weitgehend „selbst“ finanzieren (Reissert/Schmid 1999: 181, Schmid 2002: 267). Die flächendeckende Einführung eines derartigen finanziellen Anreizes würde zwar möglicherweise die Handlungskompetenzen der Akteure in der Region Berlin-Brandenburg überfordern. Die beiden Landesregierungen – insbesondere der Senat von Berlin – könnten aber immerhin das Prinzip des Teilzeit-Übergangsgelds und ähnlicher Anreize zur Arbeitszeitverkürzung (etwa auch nach dem Vorbild des „VW-Modells“)¹⁵ in einem Bereich nutzen, für den sie selbst verantwortlich sind: für den „sozialver-

¹⁴ Am 31.3.1999 waren nach Angaben der Beschäftigtenstatistik 186.559 Berliner und 108.011 Brandenburger in Teilzeit beschäftigt. Das entspricht in Berlin einem Anteil von 16,6 % und in Brandenburg von 13,0 %. Berlin liegt damit in etwa auf dem Niveau Westdeutschlands, Brandenburg geringfügig unter dem Niveau Ostdeutschlands (Statistisches Bundesamt 2000). Drastische Unterschiede gibt es dagegen in der Struktur der Teilzeitarbeit. Während in Ostdeutschland zwei Drittel der Teilzeitbeschäftigten mehr als 24 Stunden in der Woche arbeiten, tut dies in Westdeutschland nur ein Fünftel (MASGF 2001: 15-16).

¹⁵ Vgl. Promberger et al. 1997.

träglichen“ und „arbeitsmarktverträglichen“ Abbau des Personalüberhangs im öffentlichen Dienst, für den bislang umsetzbare Konzepte fehlen.

Einen anderen innovativen Ansatz zur Erleichterung der Übergänge zwischen Voll- und Kurzzeitbeschäftigung bot seit Anfang 1999 das Berliner Programm „combishare“. Es unterstützte kleine und mittlere Unternehmen in vorübergehenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten darin, gefährdete Arbeitsplätze zu sichern. Mit einem Teil der betroffenen Beschäftigten wurde ein Umstieg auf Teilzeit vereinbart. Diese Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer konnten die betriebliche Arbeitszeit um 50 % reduzieren und gleichzeitig mit einem zweiten Teilzeitarbeitsverhältnis in einem regionalen gemeinnützigen Projekt „plusarbeiten“. „PlusArbeit“ wurde anteilig vom Arbeitsamt (60%) und vom Arbeitgeber (40%) finanziert. In der Summe erhielten die Beschäftigten damit weiterhin ihren vollen Lohn (Hildebrandt 2001, Degen 2001). Combishare war allerdings sehr gering dimensioniert. Insgesamt wurden 20 Betriebe und 107 Teilnehmer beraten; dabei konnten 60 Arbeitsplätze gesichert werden (Degen 2001: 5). Die Erfahrungen sprechen jedoch für eine Ausweitung dieses Modells.

5.3 Schlussfolgerungen: Übergänge zwischen Arbeitslosigkeit und Beschäftigung

Die traditionellen Beschäftigungsbrücken in diesem Übergangsarbeitsmarkt sind weitgehend als „ausgereizt“ anzusehen (Reissert/ Schmid 1999: 184, Schmid 2002: 277). Schon jetzt werden von den Arbeitsämtern in der Region kaum noch Arbeitsvermittlungen ohne begleitende Eingliederungszuschüsse getätigt. Ansatzpunkte für zusätzliche Übergänge sind vor allem in zwei Bereichen zu sehen: in der Ausweitung von Beschäftigungsbrücken für arbeitslose Sozialhilfeempfänger und von Arbeitnehmerüberlassungsmodellen für Arbeitslose.

Kombinierte Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen für arbeitslose Sozialhilfeempfänger, die keine Leistungsansprüche an die Arbeitslosenversicherung besitzen, sind in beiden Bundesländern bislang durchaus mit Erfolg betrieben worden. Ihr Umfang erscheint im Vergleich zu anderen Regionen jedoch durchaus noch steigerungsfähig – insbesondere in Berlin, wo die hohe Zahl arbeitsloser Sozialhilfeempfänger bisher nicht zu entsprechend umfangreichen arbeitsmarktpolitischen Aktivitäten für diese Gruppe geführt hat (s.o. 4.3). Dies überrascht insbesondere, wenn man bedenkt, dass erfolgreiche Maßnahmen zur (Re-)Integration arbeitsloser Sozialhilfeempfänger in den Arbeitsmarkt für die Haushalte von Ländern und Kommunen eine sehr viel günstigere Nutzen-Kosten-Bilanz aufweisen als viele andere arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, denn wegfallende Sozialhilfezahlungen entlasten die Haushalte von Ländern und Kommunen unmittelbar (Bruche/ Reissert 1985: 116-139). Sinnvoll erscheint deshalb eine Ausweitung erfolgreicher Beschäftigungs- und Qualifizie-

rungsmaßnahmen für arbeitslose Sozialhilfeempfänger. Sie sollten an detaillierten Erhebungen der Fähigkeiten und Probleme der einzelnen Arbeitslosen („Profiling“) ansetzen und möglichst dezentral organisiert sein, um die örtlichen Netzwerke zur Beschäftigungsförderung zu nutzen (vgl. BVAA 2001).

Arbeitnehmerüberlassungsmodelle gelten seit längerer Zeit als geeignete Modelle zur (Re-) Integration von Arbeitslosen – nicht zuletzt von schwer vermittelbaren Arbeitslosen – in dauerhafte Beschäftigung (Weinkopf 1997, Schmid 2002: 291-292). Die „Hartz-Kommission“ hat deshalb zu Recht einen Schwerpunkt ihrer Empfehlungen auf die flächendeckende Einführung von PersonalServiceAgenturen (PSA) zur „vermittlungsorientierten Arbeitnehmerüberlassung“ gelegt (Kommission 2002: 147-160). Die Akteure in der Region sollten die rasche Umsetzung dieses Modells der „Transferbeschäftigung“ (Schmid 2002: 292) in Berlin und Brandenburg forcieren.

4.4 Schlussfolgerungen: Übergänge zwischen privater Tätigkeit und Erwerbstätigkeit

Sabbaticals sind – wie oben dargestellt (s.o. 4.4) – noch ungenügend geförderte und genutzte Instrumente zur Erleichterung des Wechsels zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit. Die Erfahrungen mit dem Berliner Lehrermodell zeigen dabei, dass unter den skizzierten Bedingungen eine weit verbreitete Bereitschaft zur Unterbrechung der Lebensarbeitszeit für die Wahrnehmung anderer (unbezahlter) Tätigkeiten besteht. Aufgrund dieser Erfahrungen könnte Berlin zum Vorreiter für Regelungen werden, die für alle Beschäftigten auf freiwilliger Basis nach einer Ansparzeit Sabbaticals von drei bis zwölf Monaten anbieten (Hoff 1993, Reissert/ Schmid 1999: 183). Der öffentliche Dienst sollte dabei vorangehen, da er über die umfangreichsten Erfahrungen und den größten Problemdruck (im Sinne von Überkapazitäten) verfügt.

Unter den bisherigen Bedingungen sind Sabbaticals für die Arbeitgeber weitgehend kostenneutral. Die Kosten (in Form eines Einkommensverzichts) tragen fast durchweg die Beschäftigten. Dass es hierfür zumindest bei Beziehern höherer Einkommen ausreichend Akzeptanz gibt, zeigt der Erfolg des Berliner Lehrermodells. Wie groß die Akzeptanz bei Beziehern mittlerer und niedriger Einkommen ist, muss der Erprobung überlassen bleiben. Gegebenenfalls könnten Tariffonds eingerichtet werden, um die Einkommenseinbußen durch die Inanspruchnahme von Sabbaticals für Bezieher niedriger und mittlerer Einkommen zumindest teilweise auszugleichen.

5. Tabellen und Schaubilder

Übersicht über Tabellen und Schaubilder:

Tabelle 1.1.1: Anzahl der Personen in Übergangsarbeitsmärkten in Berlin und Brandenburg (Vollzeitäquivalente; ohne Instrumente der Länder)

Tabelle 1.1.2: Anzahl der Personen in Übergangsarbeitsmärkten in West- und Ostdeutschland (Vollzeitäquivalente; ohne Instrumente der Länder)

Abbildung 1 zu Tab. 1.1.1, 1.1.2: Personen in geförderter beruflicher Weiterbildung, 1992-2000

Tabelle 1.2.1: Anteile einzelner Beschäftigungsbrücken am Gesamtumfang der Übergangsarbeitsmärkte in Berlin und Brandenburg (in Prozent; ohne Instrumente der Länder)

Tabelle 1.2.2: Anteile einzelner Beschäftigungsbrücken am Gesamtumfang der Übergangsarbeitsmärkte in West- und Ostdeutschland (in Prozent; ohne Instrumente der Länder)

Abbildung 2 zu Tab. 1.2.1, 1.2.2: Anteile einzelner Beschäftigungsbrücken am Gesamtumfang der Übergangsarbeitsmärkte 1997-2000 (ohne Instrumente der Länder)

Tabelle 1.3.1: Anzahl der Personen in Übergangsarbeitsmärkten je 100.000 Personen im erwerbsfähigen Alter in Berlin und Brandenburg (ohne Instrumente der Länder)

Tabelle 1.3.2: Anzahl der Personen in Übergangsarbeitsmärkten je 100.000 Personen im erwerbsfähigen Alter in West- und Ostdeutschland (ohne Instrumente der Länder)

Abbildung 3a zu Tab. 1.3.1, 1.3.2: Anzahl der Personen in ausgewählten Beschäftigungsbrücken je 100.000 Personen im erwerbsfähigen Alter (ohne Instrumente der Länder)

Abbildung 3b zu Tab. 1.3.1, 1.3.2: Beschäftigte in SAM und ABM je 100.000 Personen im erwerbsfähigen Alter 1997-2000

Tabelle 1.4.1: Entlastungseffekt der Übergangsarbeitsmärkte in Berlin und Brandenburg: Anteil der Personen in Übergangsarbeitsmärkten an allen tatsächlich oder potentiell Arbeitslosen (in Prozent; ohne Instrumente der Länder)

Tabelle 1.4.2: Entlastungseffekt der Übergangsarbeitsmärkte in West- und Ostdeutschland: Anteil der Personen in Übergangsarbeitsmärkten an allen tatsächlich oder potentiell Arbeitslosen (in Prozent; ohne Instrumente der Länder)

Abbildung 4 zu Tab. 1.4.1, 1.4.2: Entlastungseffekte der Übergangsarbeitsmärkte 1997-2000 (in Prozent; ohne Instrumente der Länder)

Tabelle 2.1: Anzahl der Personen in Übergangsarbeitsmärkten in Berlin und Brandenburg (Vollzeitäquivalente; einschließlich Instrumente der Länder)

Tabelle 2.2: Anteile einzelner Beschäftigungsbrücken am Gesamtumfang der Übergangsarbeitsmärkte in Berlin und Brandenburg (in Prozent; einschließlich Instrumente der Länder)

Abbildung 5 zu Tab. 2.2: Anteile einzelner Beschäftigungsbrücken am Gesamtumfang der Übergangsarbeitsmärkte in Berlin und Brandenburg (einschließlich Instrumente der Länder)

Tabelle 2.3: Anzahl der Personen in Übergangsarbeitsmärkten je 100.000 Personen im erwerbsfähigen Alter in Berlin und Brandenburg (einschließlich Instrumente der Länder)

Abbildung 6 zu Tab. 2.3: Anzahl der Personen in Übergangsarbeitsmärkten je 100.000 Personen im erwerbsfähigen Alter in Berlin und Brandenburg (einschließlich Instrumente der Länder)

Tabelle 2.4: Entlastungseffekt der Übergangsarbeitsmärkte in Berlin und Brandenburg: Anteil der Personen in Übergangsarbeitsmärkten an allen tatsächlich oder potentiell Arbeitslosen (in Prozent; einschließlich Instrumente der Länder)

Abbildung 7 zu Tab. 2.4: Entlastungseffekt der Übergangsarbeitsmärkte in Berlin und Brandenburg: Anteil der Personen in Übergangsarbeitsmärkten an allen tatsächlich oder potentiell Arbeitslosen (in Prozent; einschließlich Instrumente der Länder)

Tabelle 3.1: Ausgewählte Arbeitsmarktdaten für Berlin und Brandenburg 1997-2000

Tabelle 3.2: Struktur der Arbeitslosigkeit in Berlin und Brandenburg 1997-2000

Tabelle 1.1.1: Anzahl der Personen in Übergangsarbeitsmärkten in Berlin und Brandenburg (Vollzeitäquivalente; ohne Instrumente der Länder)

Übergangs- arbeitsmärkte	Beschäftigungsbrücken	Berlin				Brandenburg			
		1997	1998	1999	2000	1997	1998	1999	2000
I. Übergänge zwischen Bildung und Beschäftigung	(1) Trainingsmaßnahmen	3313	1237	1097	1928	3138	2268	1896	2592
	(2) Berufliche Weiterbildung (FbW)	22226	17510	19056	19274	30676	26322	23438	23075
	(3) Sprachlehrgänge	1000	603	613	575	1314	974	934	1013
	Gesamt	26539	19350	20766	21777	35128	29564	26268	26680
II. Übergänge zwischen Kurz- und Vollzeitbeschäftigung	(4) Winterausfallgeld	141	154	283	197	58	81	206	227
	(5) Kurzarbeitergeld (Kug)	2900	2366	1873	2596	4936	3132	2367	2237
	Gesamt	3041	2520	2156	2793	4994	3213	2573	2464
III. Übergänge zwischen Arbeitslosigkeit und Beschäftigung	(6) Existenzgründungen	3647	2421	2365	2257	2905	1951	1990	2050
	(7) Eingliederungsmaßnahmen	6009	3960	5089	7835	7517	4217	5962	8392
	(8) Strukturanpassungsmaßnahmen	8683	12617	16156	8606	13053	28626	32172	19073
	(9) Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	13588	14274	16439	15433	18839	20851	22447	16699
	(10) Freie Förderung	-	-	1703	1761	-	-	3074	1468
	Gesamt	31927	33272	41752	35892	42314	55645	65645	47682
IV. Übergänge zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit	(11) Elternzeit	7190	6909	6640	6625	4380	4737	5110	5414
	Gesamt	7190	6909	6640	6625	4380	4737	5110	5414
V. Übergänge zwischen Beschäftigung, zeitweiliger Erwerbsunfähigkeit und Rente	(12) Berufliche Rehabilitation	4235	4114	4360	4551	6398	6705	6271	6082
	(13) Werkstätten für Behinderte	2573	2848	3219	3435	3430	3954	4241	4890
	(14) Vorruhestandsregelungen	12526	9174	10918	12312	23691	14700	14755	14972
	(15) Teilrente, Altersteilzeit	130	251	457	583	326	833	1632	2507
	Gesamt	19464	16387	18954	20881	33845	26192	26899	28451
	Summe	88161	78438	90268	87968	120661	119351	126495	110691

Tabelle 1.1.2: Anzahl der Personen in Übergangsarbeitsmärkten in West- und Ostdeutschland (Vollzeitäquivalente; ohne Instrumente der Länder)

Übergangs- arbeitsmärkte	Beschäftigungsbrücken	Westdeutschland				Ostdeutschland			
		1997	1998	1999	2000	1997	1998	1999	2000
I. Übergänge zwischen Bildung und Beschäftigung	(1) Trainingsmaßnahmen	11159	19735	23720	28053	5285	14083	15623	19440
	(2) Berufliche Weiterbildung (FbW)	244895	193679	214772	212229	179878	151034	143356	139732
	(3) Sprachlehrgänge	33419	21415	20638	21635	9452	6217	5939	6060
	Gesamt	289473	234829	259130	261917	194615	171334	164918	165232
II. Übergänge zwischen Kurz- und Vollzeitbeschäftigung	(4) Winterausfallgeld	2346	4438	9694	8176	292	642	1080	1459
	(5) Kurzarbeitergeld (Kug)	54679	35746	37559	33281	25735	16982	12708	12943
	Gesamt	57025	40184	47253	41457	26027	17624	13788	14402
III. Übergänge zwischen Arbeitslosigkeit und Beschäftigung	(6) Existenzgründungen	27072	33297	29178	27593	12341	15853	14330	13667
	(7) Eingliederungsmaßnahmen	59000	74032	89740	79121	33892	34998	39042	54744
	(8) Strukturanpassungsmaßnahmen	8404	11977	15381	11692	80082	162428	180291	98064
	(9) Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	59372	59009	66302	58054	154464	151367	167771	145547
	(10) Freie Förderung	-	-	32451	34273	-	-	27499	23600
	Gesamt	153848	178315	233052	210733	280779	364646	428933	335622
IV. Übergänge zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit	(11) Elternzeit	180848	180421	174718	169571	24904	27614	29466	30926
	Gesamt	180848	180421	174718	169571	24904	27614	29466	30926
V. Übergänge zwischen Beschäftigung, zeitweiliger Erwerbsunfähigkeit und Rente	(12) Berufliche Rehabilitation	91988	92361	95153	95350	38755	37476	37180	38171
	(13) Werkstätten für Behinderte	118838	125795	130473	134433	20627	24705	27742	30632
	(14) Vorruhestandsregelungen	131053	111464	112186	109779	137586	94095	89077	82367
	(15) Teilrente, Altersteilzeit	5022	10904	20101	35006	1547	3692	6475	9236
	Gesamt	346901	340524	357913	374568	198515	159968	160474	160406
	Summe	1028095	974273	1072066	1058246	724840	741186	797579	706588

Abbildung 1 zu Tab. 1.1.1, 1.1.2: Personen in geförderter beruflicher Weiterbildung, 1992-2000

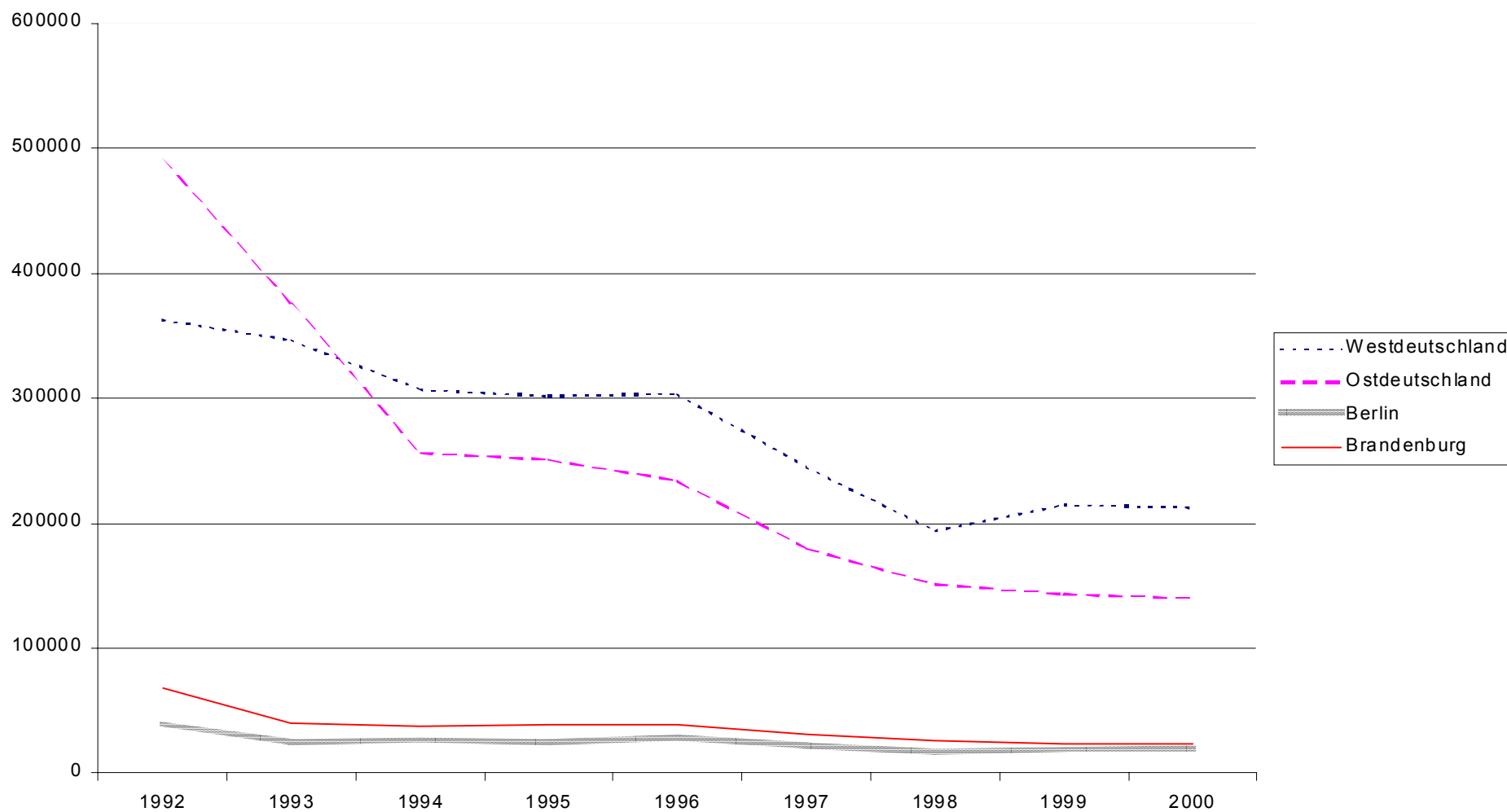


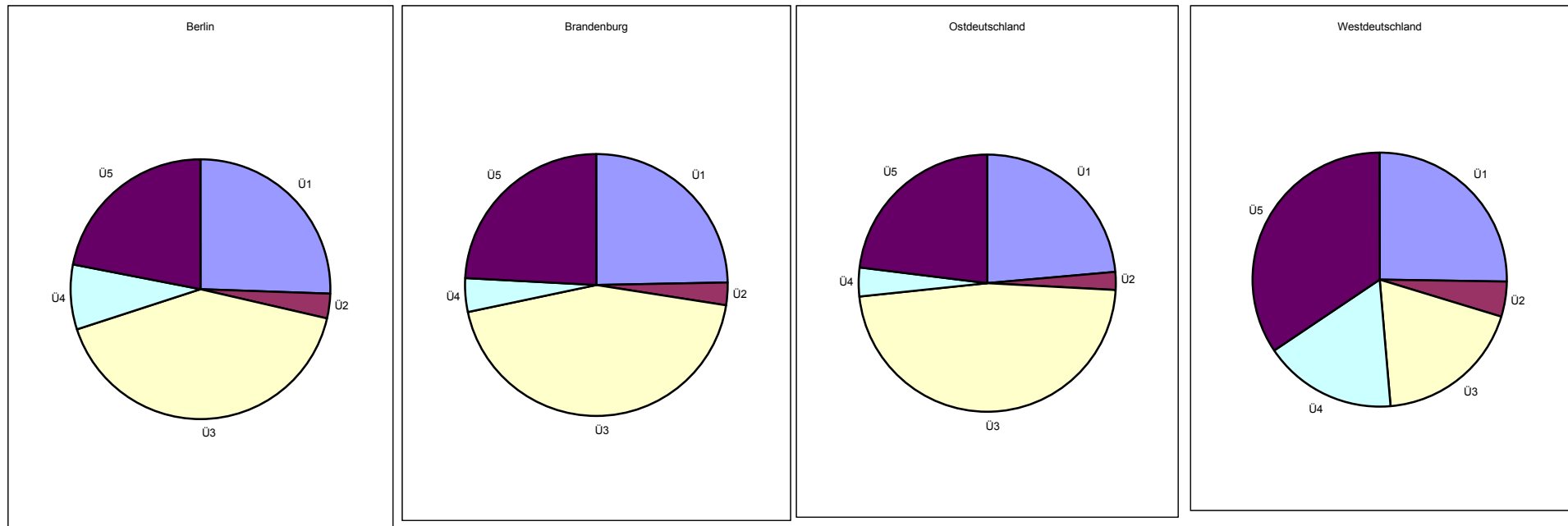
Tabelle 1.2.1: Anteile einzelner Beschäftigungsbrücken am Gesamtumfang der Übergangsarbeitsmärkte in Berlin und Brandenburg (in Prozent; ohne Instrumente der Länder)

Übergangs- arbeitsmärkte	Beschäftigungsbrücken	Berlin				Brandenburg			
		1997	1998	1999	2000	1997	1998	1999	2000
I. Übergänge zwischen Bildung und Beschäftigung	(1) Trainingsmaßnahmen	3,8	1,6	1,2	2,2	2,6	1,9	1,5	2,3
	(2) Berufliche Weiterbildung (FbW)	25,2	22,3	21,1	21,9	25,4	22,1	18,5	20,8
	(3) Sprachlehrgänge	1,1	0,8	0,7	0,7	1,1	0,8	0,7	0,9
	Gesamt	30,1	24,7	23,0	24,8	29,1	24,8	20,8	24,1
II. Übergänge zwischen Kurz- und Vollzeitbeschäftigung	(4) Winterausfallgeld	0,2	0,2	0,3	0,2	0,0	0,1	0,2	0,2
	(5) Kurzarbeitergeld (Kug)	3,3	3,0	2,1	3,0	4,1	2,6	1,9	2,0
	Gesamt	3,4	3,2	2,4	3,2	4,1	2,7	2,0	2,2
III. Übergänge zwischen Arbeitslosigkeit und Beschäftigung	(6) Existenzgründungen	4,1	3,1	2,6	2,6	2,4	1,6	1,6	1,9
	(7) Eingliederungsmaßnahmen	6,8	5,0	5,6	8,9	6,2	3,5	4,7	7,6
	(8) Strukturanpassungsmaßnahmen	9,8	16,1	17,9	9,8	10,8	24,0	25,4	17,2
	(9) Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	15,4	18,2	18,2	17,5	15,6	17,5	17,7	15,1
	(10) Freie Förderung	-	-	1,9	2,0	-	-	2,4	1,3
	Gesamt	36,2	42,4	46,3	40,8	35,1	46,6	51,9	43,1
IV. Übergänge zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit	(11) Elternzeit	8,2	8,8	7,4	7,5	3,6	4,0	4,0	4,9
	Gesamt	8,2	8,8	7,4	7,5	3,6	4,0	4,0	4,9
V. Übergänge zwischen Beschäftigung, zeitweiliger Erwerbsunfähigkeit und Rente	(12) Berufliche Rehabilitation	4,8	5,2	4,8	5,2	5,3	5,6	5,0	5,5
	(13) Werkstätten für Behinderte	2,9	3,6	3,6	3,9	2,8	3,3	3,4	4,4
	(14) Vorruhestandsregelungen	14,2	11,7	12,1	14,0	19,6	12,3	11,7	13,5
	(15) Teilrente, Altersteilzeit	0,1	0,3	0,5	0,7	0,3	0,7	1,3	2,3
	Gesamt	22,1	20,9	21,0	23,7	28,0	21,9	21,3	25,7

Tabelle 1.2.2: Anteile einzelner Beschäftigungsbrücken am Gesamtumfang der Übergangsarbeitsmärkte in West- und Ostdeutschland (in Prozent; ohne Instrumente der Länder)

Übergangs- arbeitsmärkte	Beschäftigungsbrücken	Westdeutschland				Ostdeutschland			
		1997	1998	1999	2000	1997	1998	1999	2000
I. Übergänge zwischen Bildung und Beschäftigung	(1) Trainingsmaßnahmen	1,1	2,0	2,2	2,7	0,7	1,9	2,0	2,8
	(2) Berufliche Weiterbildung (FbW)	23,8	19,9	20,0	20,1	24,8	20,4	18,0	19,8
	(3) Sprachlehrgänge	3,3	2,2	1,9	2,0	1,3	0,8	0,7	0,9
	Gesamt	28,2	24,1	24,2	24,8	26,8	23,1	20,7	23,4
II. Übergänge zwischen Kurz- und Vollzeitbeschäftigung	(4) Winterausfallgeld	0,2	0,5	0,9	0,8	0,0	0,1	0,1	0,2
	(5) Kurzarbeitergeld (Kug)	5,3	3,7	3,5	3,1	3,6	2,3	1,6	1,8
	Gesamt	5,5	4,1	4,4	3,9	3,6	2,4	1,7	2,0
III. Übergänge zwischen Arbeitslosigkeit und Beschäftigung	(6) Existenzgründungen	2,6	3,4	2,7	2,6	1,7	2,1	1,8	1,9
	(7) Eingliederungsmaßnahmen	5,7	7,6	8,4	7,5	4,7	4,7	4,9	7,7
	(8) Strukturanpassungsmaßnahmen	0,8	1,2	1,4	1,1	11,0	21,9	22,6	13,9
	(9) Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	5,8	6,1	6,2	5,5	21,3	20,4	21,0	20,6
	(10) Freie Förderung	-	-	3,0	3,2	-	-	3,4	3,3
	Gesamt	15,0	18,3	21,7	19,9	38,7	49,2	53,8	47,5
IV. Übergänge zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit	(11) Elternzeit	17,6	18,5	16,3	16,0	3,4	3,7	3,7	4,4
	Gesamt	17,6	18,5	16,3	16,0	3,4	3,7	3,7	4,4
V. Übergänge zwischen Beschäftigung, zeitweiliger Erwerbsunfähigkeit und Rente	(12) Berufliche Rehabilitation	8,9	9,5	8,9	9,0	5,3	5,1	4,7	5,4
	(13) Werkstätten für Behinderte	11,6	12,9	12,2	12,7	2,8	3,3	3,5	4,3
	(14) Vorruhestandsregelungen	12,7	11,4	10,5	10,4	19,0	12,7	11,2	11,7
	(15) Teilrente, Altersteilzeit	0,5	1,1	1,9	3,3	0,2	0,5	0,8	1,3
	Gesamt	33,7	35,0	33,4	35,4	27,4	21,6	20,1	22,7

Abbildung 2 zu Tab. 1.2.1, 1.2.2: Anteile einzelner Beschäftigungsbrücken am Gesamtumfang der Übergangsmärkte 1997-2000 (ohne Instrumente der Länder)



Ü1 = Übergänge zwischen Bildung und Beschäftigung
 Ü2 = Übergänge zwischen Kurz- und Vollzeitbeschäftigung
 Ü3 = Übergänge zwischen Arbeitslosigkeit und Beschäftigung
 Ü4 = Übergänge zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit
 Ü5 = Übergänge zwischen Beschäftigung, zeitweiliger Erwerbsunfähigkeit und Rente

Tabelle 1.3.1: Anzahl der Personen in Übergangsarbeitsmärkten je 100.000 Personen im erwerbsfähigen Alter in Berlin und Brandenburg (ohne Instrumente der Länder)

Übergangs- arbeitsmärkte	Beschäftigungsbrücken	Berlin				Brandenburg			
		1997	1998	1999	2000	1997	1998	1999	2000
I. Übergänge zwischen Bildung und Beschäftigung	(1) Trainingsmaßnahmen	135	50	45	79	173	125	103	140
	(2) Berufliche Weiterbildung (FbW)	903	711	781	790	1688	1448	1268	1249
	(3) Sprachlehrgänge	41	24	25	24	72	54	51	55
	Gesamt	1078	786	851	892	1933	1626	1421	1444
II. Übergänge zwischen Kurz- und Vollzeitbeschäftigung	(4) Winterausfallgeld	6	6	12	8	3	4	11	12
	(5) Kurzarbeitergeld (Kug)	118	96	77	106	272	172	128	121
	Gesamt	124	102	88	114	275	177	139	133
III. Übergänge zwischen Arbeitslosigkeit und Beschäftigung	(6) Existenzgründungen	148	98	97	92	160	107	108	111
	(7) Eingliederungsmaßnahmen	244	161	208	321	414	232	323	454
	(8) Strukturanpassungsmaßnahmen	353	513	662	353	718	1575	1741	1032
	(9) Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	552	580	674	632	1036	1147	1215	904
	(10) Freie Förderung	-	-	70	72	-	-	166	79
	Gesamt	1297	1352	1711	1471	2328	3061	3552	2580
IV. Übergänge zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit	(11) Elternzeit	292	281	272	271	241	261	276	293
	Gesamt	292	281	272	271	241	261	276	293
V. Übergänge zwischen Beschäftigung, zeitweiliger Erwerbsunfähigkeit und Rente	(12) Berufliche Rehabilitation	172	167	179	186	352	369	339	329
	(13) Werkstätten für Behinderte	105	116	132	141	189	218	229	265
	(14) Vorruhestandsregelungen	509	373	447	504	1303	809	798	810
	(15) Teilrente, Altersteilzeit	5	10	19	24	18	46	88	136
	Gesamt	791	666	777	855	1862	1441	1455	1539
	Summe	3581	3186	3698	3604	6638	6566	6844	5989

Tabelle 1.3.2: Anzahl der Personen in Übergangsarbeitsmärkten je 100.000 Personen im erwerbsfähigen Alter in West- und Ostdeutschland (ohne Instrumente der Länder)

Übergangs- arbeitsmärkte	Beschäftigungsbrücken	Westdeutschland				Ostdeutschland			
		1997	1998	1999	2000	1997	1998	1999	2000
I. Übergänge zwischen Bildung und Beschäftigung	(1) Trainingsmaßnahmen	25	44	52	62	49	131	146	182
	(2) Berufliche Weiterbildung (FbW)	541	428	475	469	1675	1406	1340	1306
	(3) Sprachlehrgänge	74	47	46	48	88	58	55	57
	Gesamt	640	519	573	579	1812	1595	1541	1544
II. Übergänge zwischen Kurz- und Vollzeitbeschäftigung	(4) Winterausfallgeld	5	10	21	18	3	6	10	14
	(5) Kurzarbeitergeld (Kug)	121	79	83	74	240	158	119	121
	Gesamt	126	89	105	92	242	164	129	135
III. Übergänge zwischen Arbeitslosigkeit und Beschäftigung	(6) Existenzgründungen	60	74	65	61	115	148	134	128
	(7) Eingliederungsmaßnahmen	130	164	198	175	316	326	365	512
	(8) Strukturanpassungsmaßnahmen	19	26	34	26	745	1512	1685	916
	(9) Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	131	130	147	128	1438	1409	1568	1360
	(10) Freie Förderung	-	-	72	76	-	-	257	221
	Gesamt	340	394	515	466	2614	3395	4008	3136
IV. Übergänge zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit	(11) Elternzeit	400	399	386	375	232	257	275	289
	Gesamt	400	399	386	375	232	257	275	289
V. Übergänge zwischen Beschäftigung, zeitweiliger Erwerbsunfähigkeit und Rente	(12) Berufliche Rehabilitation	203	204	210	211	361	349	347	357
	(13) Werkstätten für Behinderte	263	278	289	297	192	230	259	286
	(14) Vorruhestandsregelungen	290	246	248	243	1281	876	832	770
	(15) Teilrente, Altersteilzeit	11	24	44	77	14	34	61	86
	Gesamt	767	753	792	828	1848	1489	1500	1499
	Summe	2272	2153	2371	2341	6748	6900	7453	6603

Abbildung 3a zu Tab. 1.3.1, 1.3.2: Anzahl der Personen in ausgewählten Beschäftigungsbrücken je 100.000 Personen im erwerbsfähigen Alter (ohne Instrumente der Länder)

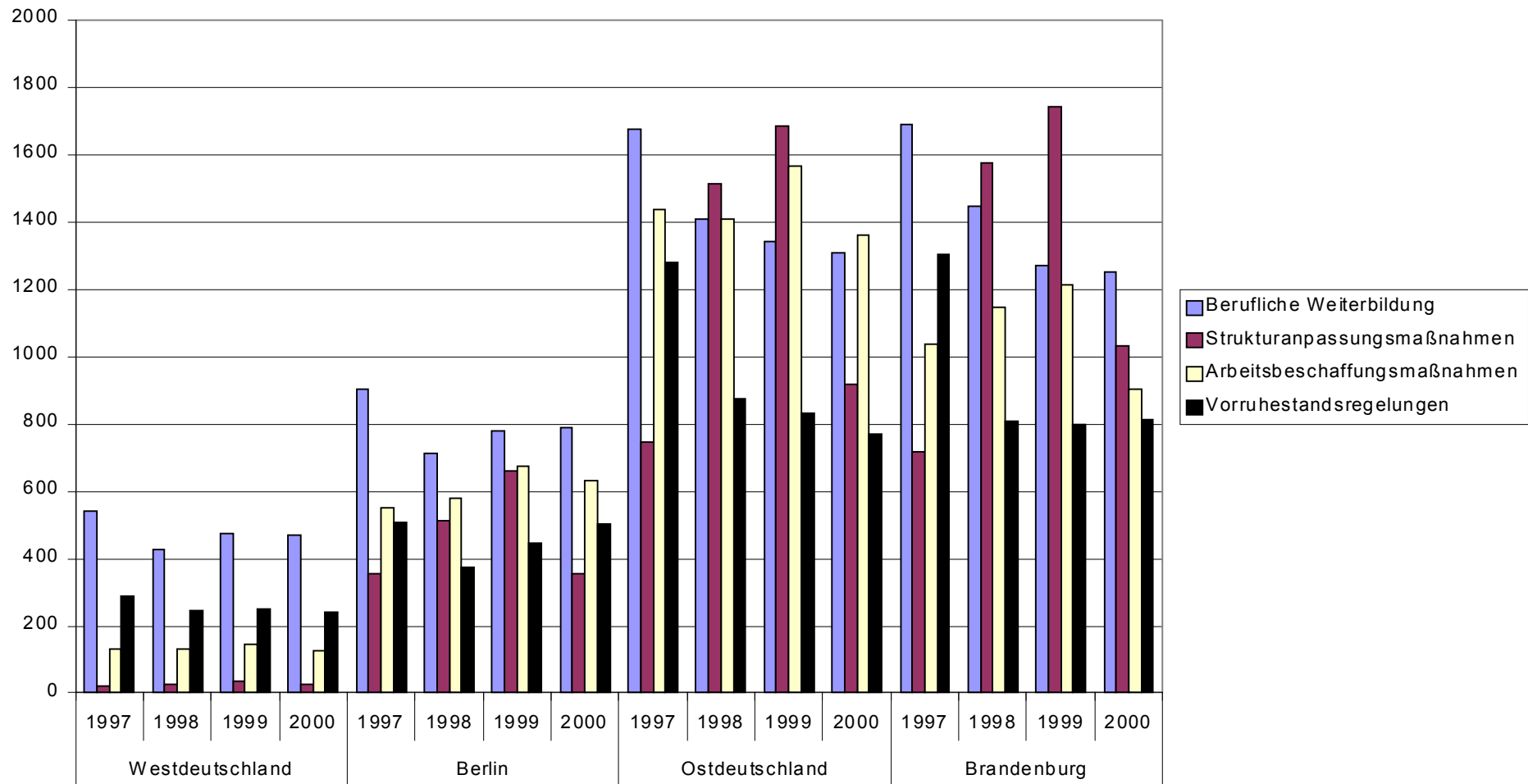


Abbildung 3b zu Tab. 1.3.1, 1.3.2: Beschäftigte in SAM und ABM je 100.000 Personen im erwerbsfähigen Alter 1997-2000

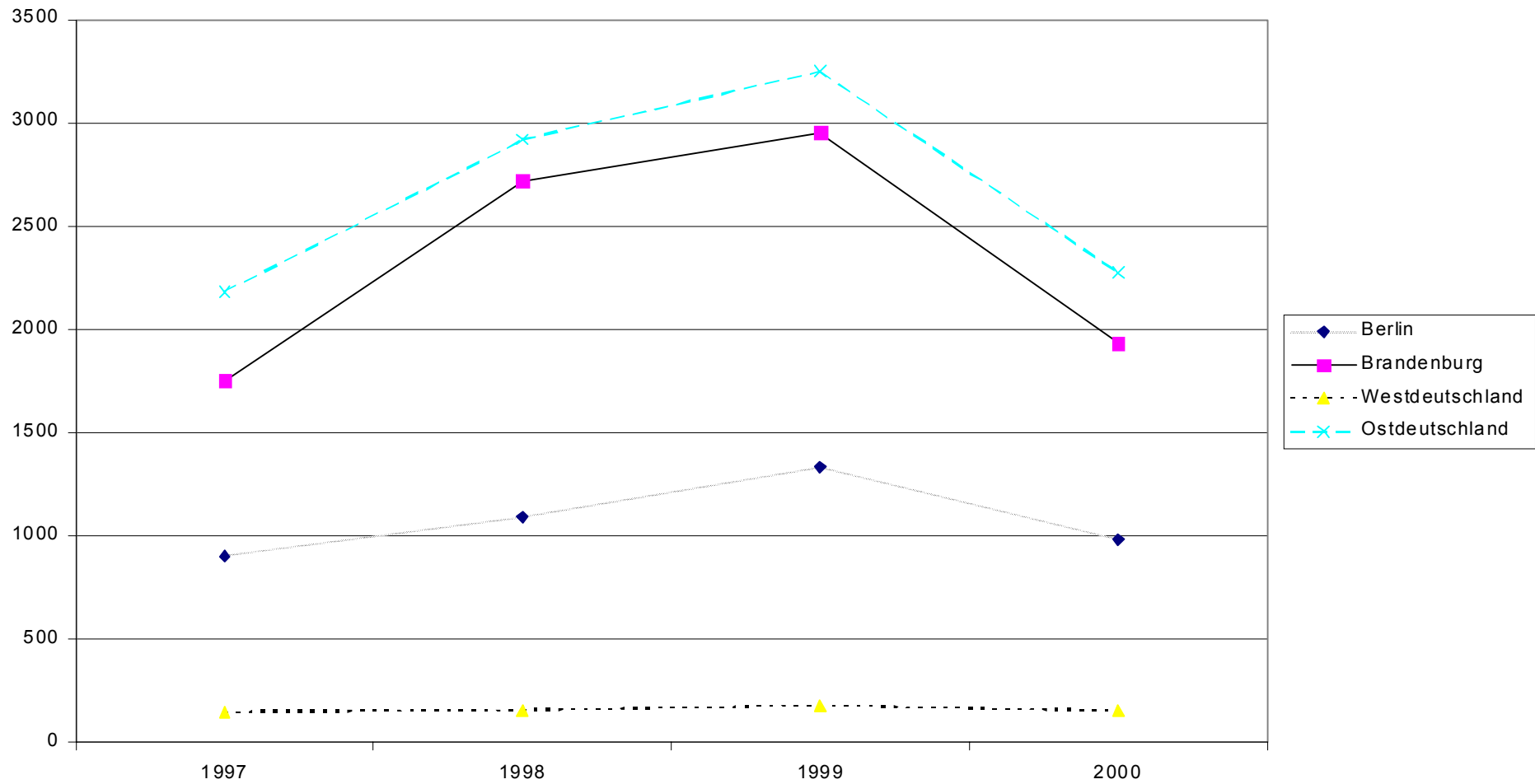


Tabelle 1.4.1: Entlastungseffekt der Übergangsarbeitsmärkte in Berlin und Brandenburg: Anteil der Personen in Übergangsarbeitsmärkten an allen tatsächlich oder potentiell Arbeitslosen (in Prozent; ohne Instrumente der Länder)

Übergangs- arbeitsmärkte	Beschäftigungsbrücken	Berlin				Brandenburg			
		1997	1998	1999	2000	1997	1998	1999	2000
I. Übergänge zwischen Bildung und Beschäftigung	(1) Trainingsmaßnahmen	0,94	0,35	0,31	0,55	0,93	0,67	0,54	0,77
	(2) Berufliche Weiterbildung (FbW)	6,28	4,98	5,32	5,47	9,06	7,75	6,71	6,85
	(3) Sprachlehrgänge	0,28	0,17	0,17	0,16	0,39	0,29	0,27	0,30
	Gesamt	7,50	5,51	5,79	6,17	10,37	8,70	7,52	7,91
II. Übergänge zwischen Kurz- und Vollzeitbeschäftigung	(4) Winterausfallgeld	0,04	0,04	0,08	0,06	0,02	0,02	0,06	0,07
	(5) Kurzarbeitergeld (Kug)	0,82	0,67	0,52	0,74	1,46	0,92	0,68	0,66
	Gesamt	0,86	0,72	0,60	0,79	1,47	0,95	0,74	0,73
III. Übergänge zwischen Arbeitslosigkeit und Beschäftigung	(6) Existenzgründungen	1,03	0,69	0,66	0,64	0,86	0,57	0,57	0,61
	(7) Eingliederungsmaßnahmen	1,70	1,13	1,42	2,22	2,22	1,24	1,71	2,49
	(8) Strukturanpassungsmaßnahmen	2,45	3,59	4,51	2,44	3,85	8,43	9,21	5,66
	(9) Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	3,84	4,06	4,59	4,38	5,56	6,14	6,42	4,95
	(10) Freie Förderung	-	-	0,48	0,50	-	-	0,88	0,44
	Gesamt	9,02	9,47	11,65	10,18	12,49	16,38	18,78	14,15
IV. Übergänge zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit	(11) Elternzeit	2,03	1,97	1,85	1,88	1,29	1,39	1,46	1,61
	Gesamt	2,03	1,97	1,85	1,88	1,29	1,39	1,46	1,61
V. Übergänge zwischen Beschäftigung, zeitweiliger Erwerbsunfähigkeit und Rente	(12) Berufliche Rehabilitation	1,20	1,17	1,22	1,29	1,89	1,97	1,79	1,80
	(13) Werkstätten für Behinderte	0,73	0,81	0,90	0,97	1,01	1,16	1,21	1,45
	(14) Vorruhestandsregelungen	3,54	2,61	3,05	3,49	6,99	4,33	4,22	4,44
	(15) Teilrente, Altersteilzeit	0,04	0,07	0,13	0,17	0,10	0,25	0,47	0,74
	Gesamt	5,50	4,66	5,29	5,92	9,99	7,71	7,70	8,44
	Summe	24,91	22,32	25,19	24,94	35,62	35,13	36,19	32,84

Tabelle 1.4.2: Entlastungseffekt der Übergangsarbeitsmärkte in West- und Ostdeutschland: Anteil der Personen in Übergangsarbeitsmärkten an allen tatsächlich oder potentiell Arbeitslosen (in Prozent; ohne Instrumente der Länder)

Übergangs- arbeitsmärkte	Beschäftigungsbrücken	Westdeutschland				Ostdeutschland			
		1997	1998	1999	2000	1997	1998	1999	2000
I. Übergänge zwischen Bildung und Beschäftigung	(1) Trainingsmaßnahmen	0,28	0,51	0,62	0,78	0,25	0,67	0,73	0,94
	(2) Berufliche Weiterbildung (FbW)	6,05	4,99	5,61	5,92	8,61	7,14	6,69	6,76
	(3) Sprachlehrgänge	0,83	0,55	0,54	0,60	0,45	0,29	0,28	0,29
	Gesamt	7,15	6,05	6,77	7,30	9,32	8,10	7,70	8,00
II. Übergänge zwischen Kurz- und Vollzeitbeschäftigung	(4) Winterausfallgeld	0,06	0,11	0,25	0,23	0,01	0,03	0,05	0,07
	(5) Kurzarbeitergeld (Kug)	1,35	0,92	0,98	0,93	1,23	0,80	0,59	0,63
	Gesamt	1,41	1,04	1,23	1,16	1,25	0,83	0,64	0,70
III. Übergänge zwischen Arbeitslosigkeit und Beschäftigung	(6) Existenzgründungen	0,67	0,86	0,76	0,77	0,59	0,75	0,67	0,66
	(7) Eingliederungsmaßnahmen	1,46	1,91	2,34	2,21	1,62	1,65	1,82	2,65
	(8) Strukturanpassungsmaßnahmen	0,21	0,31	0,40	0,33	3,83	7,68	8,42	4,75
	(9) Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	1,47	1,52	1,73	1,62	7,40	7,15	7,84	7,05
	(10) Freie Förderung	-	-	0,85	0,96	-	-	1,28	1,14
	Gesamt	3,80	4,60	6,09	5,87	13,44	17,23	20,03	16,25
IV. Übergänge zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit	(11) Elternzeit	4,47	4,65	4,56	4,73	1,19	1,30	1,38	1,50
	Gesamt	4,47	4,65	4,56	4,73	1,19	1,30	1,38	1,50
V. Übergänge zwischen Beschäftigung, zeitweiliger Erwerbsunfähigkeit und Rente	(12) Berufliche Rehabilitation	2,27	2,38	2,49	2,66	1,86	1,77	1,74	1,85
	(13) Werkstätten für Behinderte	2,93	3,24	3,41	3,75	0,99	1,17	1,30	1,48
	(14) Vorruhestandsregelungen	3,24	2,87	2,93	3,06	6,59	4,45	4,16	3,99
	(15) Teilrente, Altersteilzeit	0,12	0,28	0,53	0,98	0,07	0,17	0,30	0,45
	Gesamt	8,57	8,78	9,35	10,44	9,51	7,56	7,49	7,76
	Summe	25,39	25,12	28,01	29,50	34,71	35,03	37,25	34,20

Abbildung 4 zu Tab. 1.4.1, 1.4.2: Entlastungseffekte der Übergangsarbeitsmärkte 1997-2000 (in Prozent, ohne Instrumente der Länder)

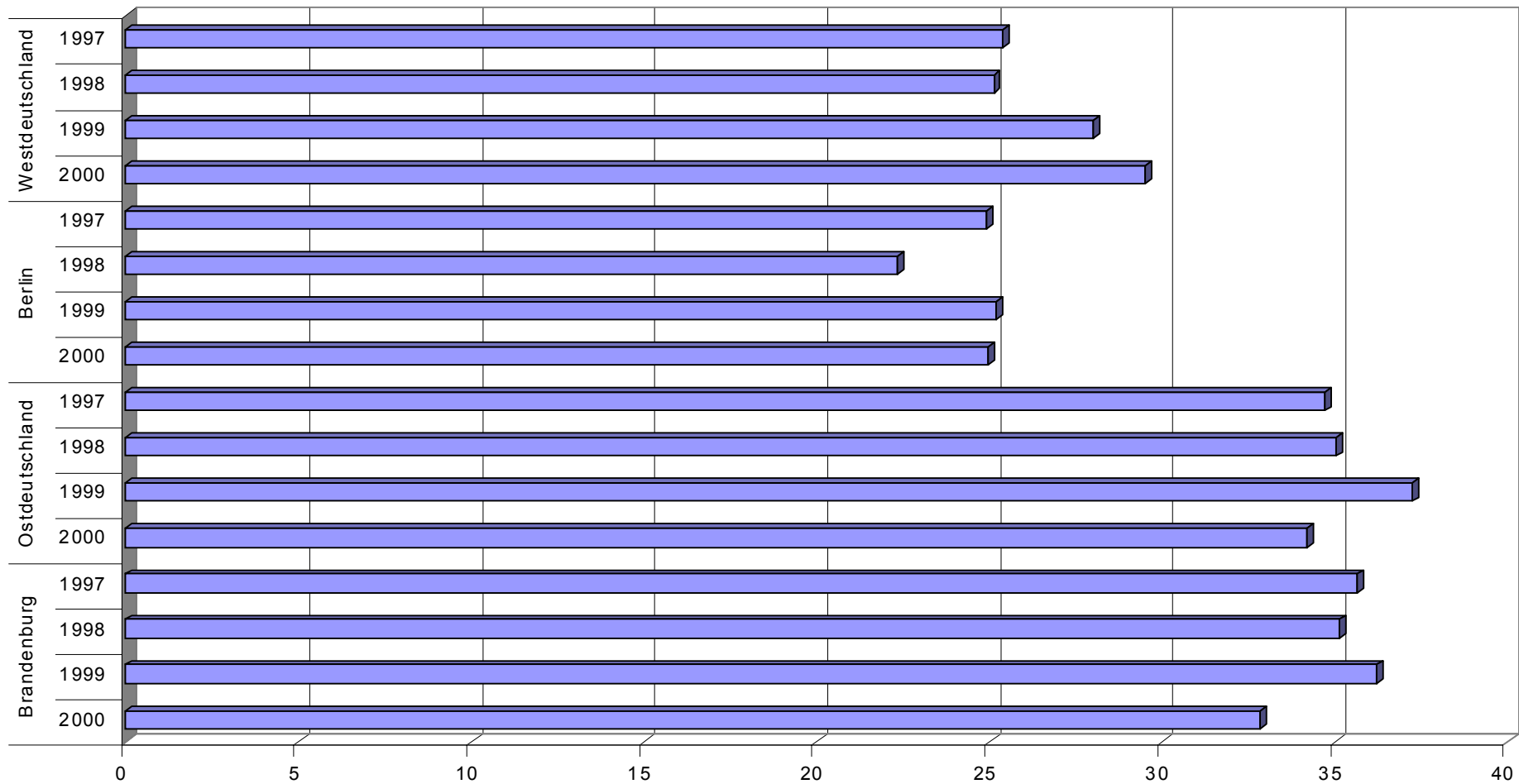


Tabelle 2.1: Anzahl der Personen in Übergangsarbeitsmärkten in Berlin und Brandenburg (Vollzeitäquivalente; einschließlich Instrumente der Länder)

Übergangs- arbeitsmärkte	Beschäftigungsbrücken	Berlin				Brandenburg			
		1997	1998	1999	2000	1997	1998	1999	2000
I. Übergänge zwischen Bildung und Beschäftigung	(1) Trainingsmaßnahmen	3313	1237	1097	1928	3138	2268	1896	2592
	(2) Berufliche Weiterbildung (FbW)	30174	26186	32778	31049	34608	33358	27199	25666
	(3) Sprachlehrgänge	1000	603	613	575	1314	974	934	1013
	Gesamt	34487	28026	34488	33552	39060	36600	30029	29271
II. Übergänge zwischen Kurz- und Vollzeitbeschäftigung	(4) Winterausfallgeld	141	154	283	197	58	81	206	227
	(5) Kurzarbeitergeld (Kug)	2900	2366	1873	2596	4936	3132	2367	2237
	Gesamt	3041	2520	2156	2793	4994	3213	2573	2464
III. Übergänge zwischen Arbeitslosigkeit und Beschäftigung	(6) Existenzgründungen	4157	2876	2882	2392	3233	2352	2233	2464
	(7) Eingliederungsmaßnahmen	16244	11628	13511	17782	13660	13960	18004	11589
	(8) Strukturanpassungsmaßnahmen	8683	12617	16156	8606	13053	28626	32172	19073
	(9) Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	13588	14274	16439	15433	18839	20851	22447	16699
	(10) Freie Förderung	-	-	1703	1761	-	-	3074	1468
	Gesamt	42672	41395	50691	45974	48785	65789	77930	51293
IV. Übergänge zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit	(11) Elternzeit	7190	6909	6640	6625	4380	4737	5110	5414
	Gesamt	7190	6909	6640	6625	4380	4737	5110	5414
V. Übergänge zwischen Beschäftigung, zeitweiliger Erwerbsunfähigkeit und Rente	(12) Berufliche Rehabilitation	4235	4114	4360	4551	6398	6705	6271	6082
	(13) Werkstätten für Behinderte	2573	2848	3219	3435	3430	3954	4241	4890
	(14) Vorruhestandsregelungen	12526	9174	10918	12312	23691	14700	14755	14972
	(15) Teilrente, Altersteilzeit	130	251	457	583	326	833	1632	2507
	Gesamt	19464	16387	18954	20881	33845	26192	26899	28451
	Summe	106854	95237	112929	109825	131064	136531	142541	116893

Tabelle 2.2: Anteile einzelner Beschäftigungsbrücken am Gesamtumfang der Übergangsmärkte in Berlin und Brandenburg (in Prozent; einschließlich Instrumente der Länder)

Übergangs- arbeitsmärkte	Beschäftigungsbrücken	Berlin				Brandenburg			
		1997	1998	1999	2000	1997	1998	1999	2000
I. Übergänge zwischen Bildung und Beschäftigung	(1) Trainingsmaßnahmen	3,1	1,3	1,0	1,8	2,4	1,7	1,3	2,2
	(2) Berufliche Weiterbildung (FbW)	28,2	27,5	29,0	28,3	26,4	24,4	19,1	22,0
	(3) Sprachlehrgänge	0,9	0,6	0,5	0,5	1,0	0,7	0,7	0,9
	Gesamt	32,3	29,4	30,5	30,6	29,8	26,8	21,1	25,0
II. Übergänge zwischen Kurz- und Vollzeitbeschäftigung	(4) Winterausfallgeld	0,1	0,2	0,3	0,2	0,0	0,1	0,1	0,2
	(5) Kurzarbeitergeld (Kug)	2,7	2,5	1,7	2,4	3,8	2,3	1,7	1,9
	Gesamt	2,8	2,6	1,9	2,5	3,8	2,4	1,8	2,1
III. Übergänge zwischen Arbeitslosigkeit und Beschäftigung	(6) Existenzgründungen	3,9	3,0	2,6	2,2	2,5	1,7	1,6	2,1
	(7) Eingliederungsmaßnahmen	15,2	12,2	12,0	16,2	10,4	10,2	12,6	9,9
	(8) Strukturanpassungsmaßnahmen	8,1	13,2	14,3	7,8	10,0	21,0	22,6	16,3
	(9) Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	12,7	15,0	14,6	14,1	14,4	15,3	15,7	14,3
	(10) Freie Förderung	-	-	1,5	1,6	-	-	2,2	1,3
	Gesamt	39,9	43,5	44,9	41,9	37,2	48,2	54,7	43,9
IV. Übergänge zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit	(11) Elternzeit	6,7	7,3	5,9	6,0	3,3	3,5	3,6	4,6
	Gesamt	6,7	7,3	5,9	6,0	3,3	3,5	3,6	4,6
V. Übergänge zwischen Beschäftigung, zeitweiliger Erwerbsunfähigkeit und Rente	(12) Berufliche Rehabilitation	4,0	4,3	3,9	4,1	4,9	4,9	4,4	5,2
	(13) Werkstätten für Behinderte	2,4	3,0	2,9	3,1	2,6	2,9	3,0	4,2
	(14) Vorruhestandsregelungen	11,7	9,6	9,7	11,2	18,1	10,8	10,4	12,8
	(15) Teilrente, Altersteilzeit	0,1	0,3	0,4	0,5	0,2	0,6	1,1	2,1
	Gesamt	18,2	17,2	16,8	19,0	25,9	19,2	18,9	24,3

Abbildung 5 zu Tab. 2.2: Anteile einzelner Beschäftigungsbrücken am Gesamtumfang der Übergangsarbeitsmärkte in Berlin und Brandenburg (einschließlich Instrumente der Länder)

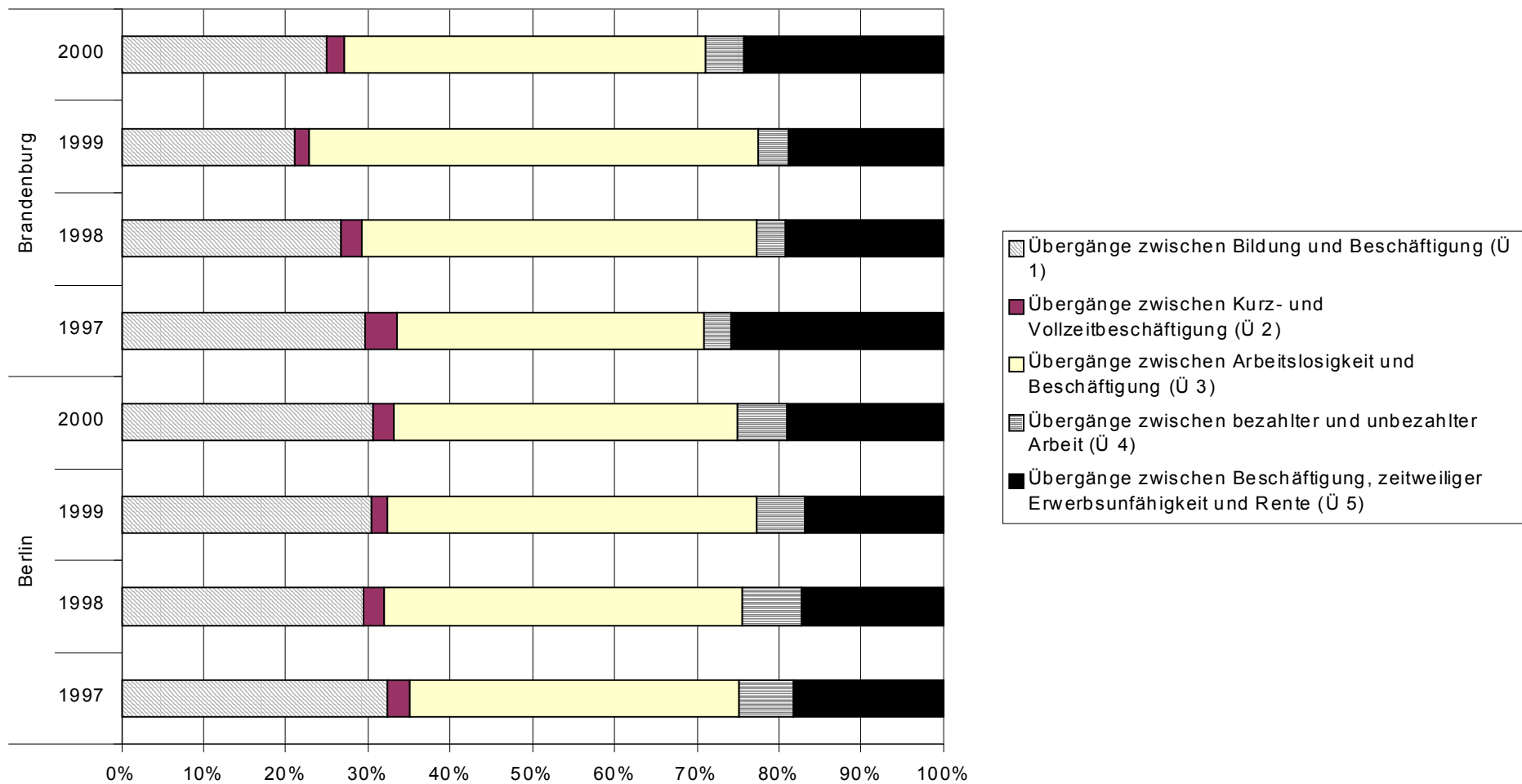


Tabelle 2.3: Anzahl der Personen in Übergangsarbeitsmärkten je 100.000 Personen im erwerbsfähigen Alter in Berlin und Brandenburg (einschließlich Instrumente der Länder)

Übergangs- arbeitsmärkte	Beschäftigungsbrücken	Berlin				Brandenburg			
		1997	1998	1999	2000	1997	1998	1999	2000
I. Übergänge zwischen Bildung und Beschäftigung	(1) Trainingsmaßnahmen	135	50	45	79	173	125	103	140
	(2) Berufliche Weiterbildung (FbW)	1226	1064	1343	1272	1904	1835	1472	1389
	(3) Sprachlehrgänge	41	24	25	24	72	54	51	55
	Gesamt	1401	1139	1413	1375	2149	2014	1625	1584
II. Übergänge zwischen Kurz- und Vollzeitbeschäftigung	(4) Winterausfallgeld	6	6	12	8	3	4	11	12
	(5) Kurzarbeitergeld (Kug)	118	96	77	106	272	172	128	121
	Gesamt	124	102	88	114	275	177	139	133
III. Übergänge zwischen Arbeitslosigkeit und Beschäftigung	(6) Existenzgründungen	169	117	118	98	178	129	121	133
	(7) Eingliederungsmaßnahmen	660	472	554	729	751	768	974	627
	(8) Strukturanpassungsmaßnahmen	353	513	662	353	718	1575	1741	1032
	(9) Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	552	580	674	632	1036	1147	1215	904
	(10) Freie Förderung	-	-	70	72	-	-	166	79
	Gesamt	1734	1682	2077	1884	2684	3619	4217	2775
IV. Übergänge zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit	(11) Elternzeit	292	281	272	271	241	261	276	293
	Gesamt	292	281	272	271	241	261	276	293
V. Übergänge zwischen Beschäftigung, zeitweiliger Erwerbsunfähigkeit und Rente	(12) Berufliche Rehabilitation	172	167	179	186	352	369	339	329
	(13) Werkstätten für Behinderte	105	116	132	141	189	218	229	265
	(14) Vorruhestandsregelungen	509	373	447	504	1303	809	798	810
	(15) Teilrente, Altersteilzeit	5	10	19	24	18	46	88	136
	Gesamt	791	666	777	855	1862	1441	1455	1539
	Summe	4341	3869	4627	4500	7210	7511	7712	6325

Abbildung 6 zu Tab. 2.3: Anzahl der Personen in Übergangsarbeitsmärkten je 100.000 Personen im erwerbsfähigen Alter in Berlin und Brandenburg (einschließlich Instrumente der Länder)

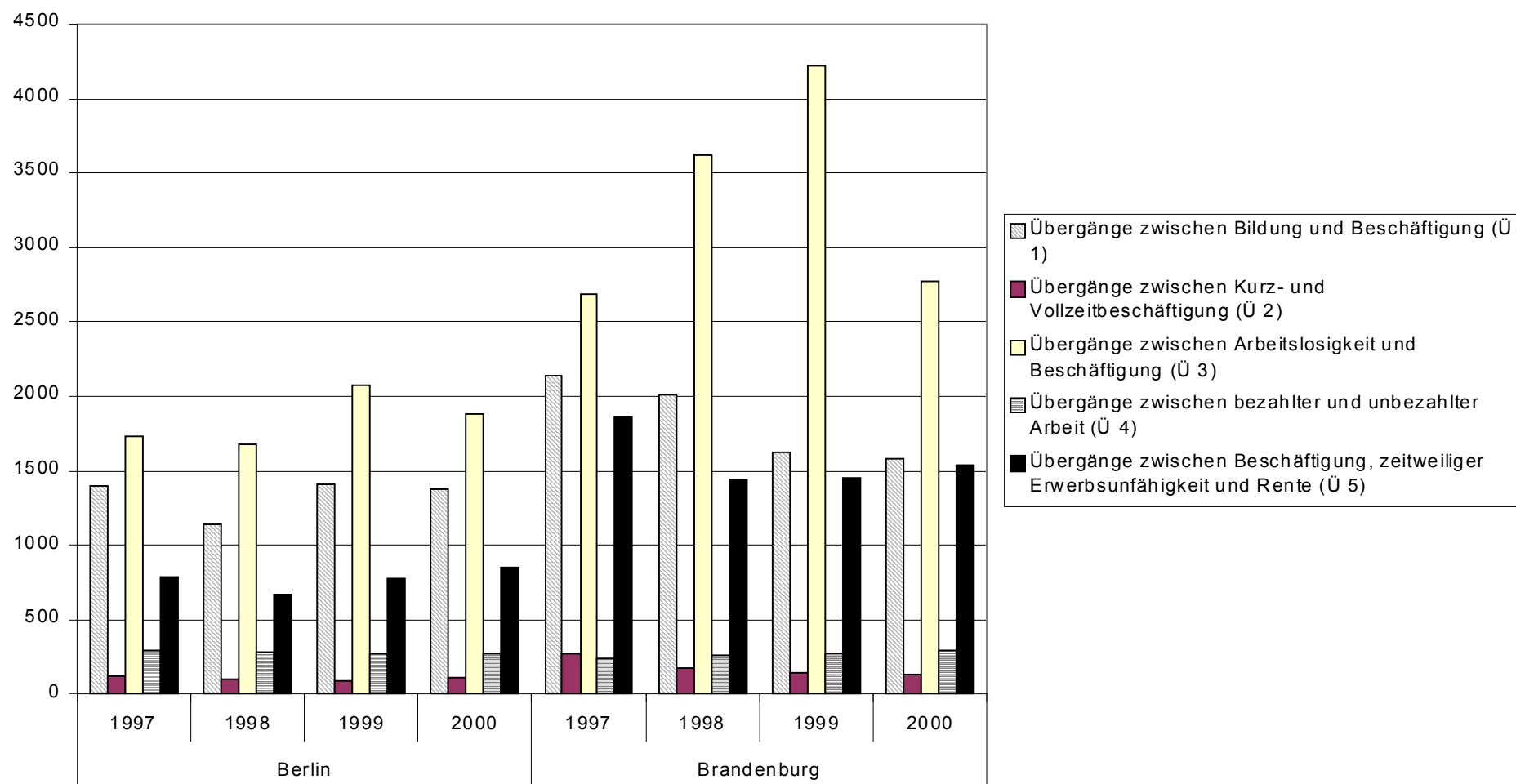


Tabelle 2.4: Entlastungseffekt der Übergangsarbeitsmärkte in Berlin und Brandenburg: Anteil der Personen in Übergangsarbeitsmärkten an allen tatsächlich oder potentiell Arbeitslosen (in Prozent; einschließlich Instrumente der Länder)

Übergangs- arbeitsmärkte	Beschäftigungsbrücken	Berlin				Brandenburg			
		1997	1998	1999	2000	1997	1998	1999	2000
I. Übergänge zwischen Bildung und Beschäftigung	(1) Trainingsmaßnahmen	0,89	0,34	0,29	0,51	0,90	0,64	0,52	0,76
	(2) Berufliche Weiterbildung (FbW)	8,10	7,11	8,60	8,29	9,91	9,35	7,44	7,48
	(3) Sprachlehrgänge	0,27	0,16	0,16	0,15	0,38	0,27	0,26	0,30
	Gesamt	9,26	7,61	9,05	8,96	11,19	10,25	8,21	8,53
II. Übergänge zwischen Kurz- und Vollzeitbeschäftigung	(4) Winterausfallgeld	0,04	0,04	0,07	0,05	0,02	0,02	0,06	0,07
	(5) Kurzarbeitergeld (Kug)	0,78	0,64	0,49	0,69	1,41	0,88	0,65	0,65
	Gesamt	0,82	0,68	0,57	0,75	1,43	0,90	0,70	0,72
III. Übergänge zwischen Arbeitslosigkeit und Beschäftigung	(6) Existenzgründungen	1,12	0,78	0,76	0,64	0,93	0,66	0,61	0,72
	(7) Eingliederungsmaßnahmen	4,36	3,16	3,55	4,75	3,91	3,91	4,93	3,38
	(8) Strukturanpassungsmaßnahmen	2,33	3,43	4,24	2,30	3,74	8,02	8,80	5,56
	(9) Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	3,65	3,88	4,31	4,12	5,40	5,84	6,14	4,86
	(10) Freie Förderung	-	-	0,45	0,47	-	-	0,84	0,43
	Gesamt	11,45	11,24	13,30	12,28	13,97	18,43	21,32	14,94
IV. Übergänge zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit	(11) Elternzeit	1,93	1,88	1,74	1,77	1,25	1,33	1,40	1,58
	Gesamt	1,93	1,88	1,74	1,77	1,25	1,33	1,40	1,58
V. Übergänge zwischen Beschäftigung, zeitweiliger Erwerbsunfähigkeit und Rente	(12) Berufliche Rehabilitation	1,14	1,12	1,14	1,22	1,83	1,88	1,72	1,77
	(13) Werkstätten für Behinderte	0,69	0,77	0,84	0,92	0,98	1,11	1,16	1,42
	(14) Vorruhestandsregelungen	3,36	2,49	2,87	3,29	6,79	4,12	4,04	4,36
	(15) Teilrente, Altersteilzeit	0,03	0,07	0,12	0,16	0,09	0,23	0,45	0,73
	Gesamt	5,22	4,45	4,97	5,58	9,69	7,34	7,36	8,29
	Summe	28,68	25,86	29,64	29,32	37,54	38,25	38,99	34,05

**Abbildung 7 zu Tab. 2.4: Entlastungseffekt der Übergangsarbeitsmärkte in Berlin und Brandenburg:
Anteil der Personen in Übergangsarbeitsmärkten an allen tatsächlich oder potentiell Arbeitslosen
(in Prozent; einschließlich Instrumente der Länder)**

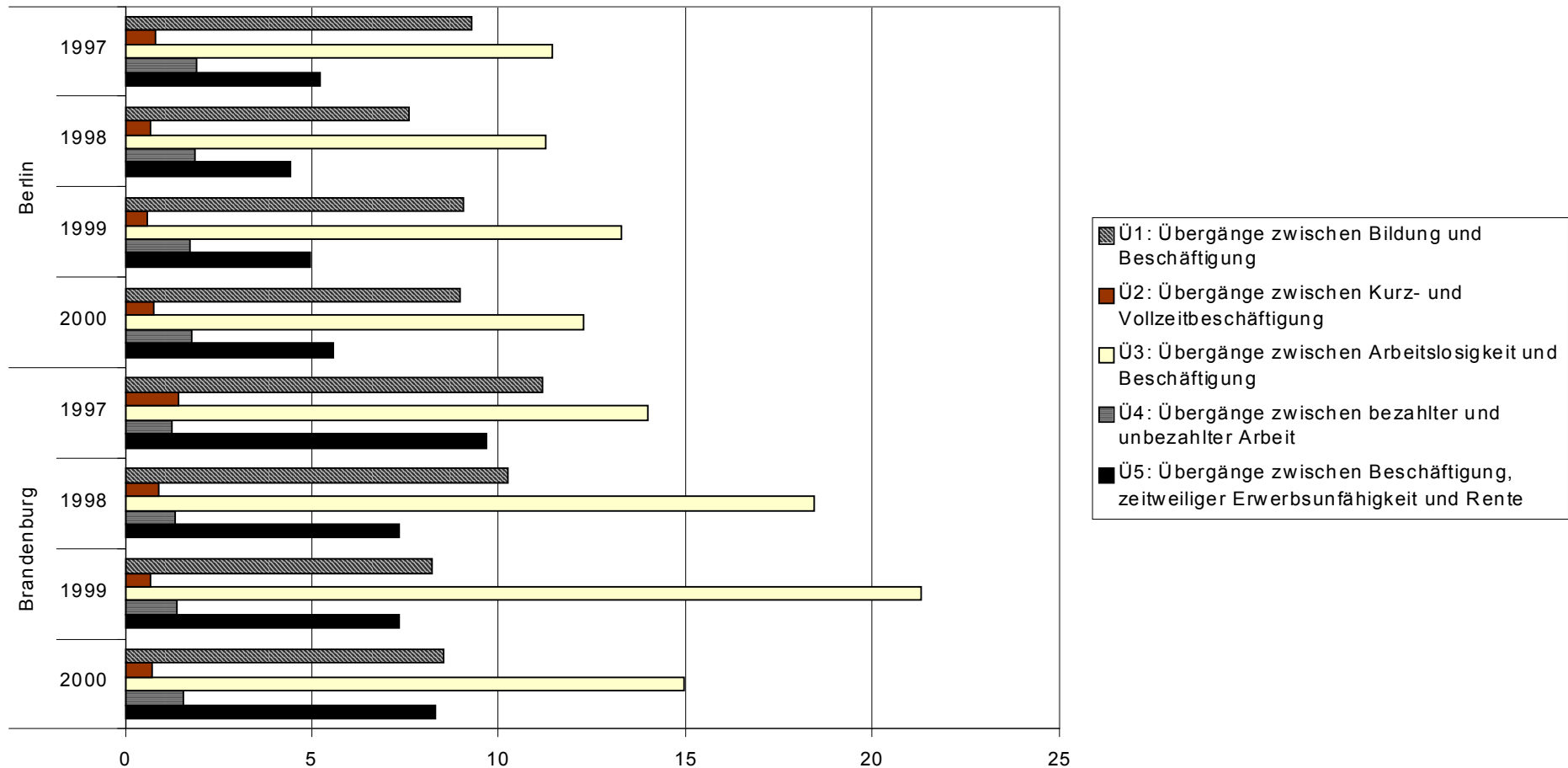


Tabelle 3.1: Ausgewählte Arbeitsmarktdaten für Berlin und Brandenburg 1997-2000

	Berlin				Brandenburg			
	1997	1998	1999	2000	1997	1998	1999	2000
Bevölkerung in 1000 ^a	3425,8	3398,8	3386,7	3382,2	2573,3	2590,4	2601,2	2602,0
Erwerbstätige (Inland) in 1000 ^b	1552,8	1540,4	1529,6	1537,7	1066,8	1063,4	1067,1	1060,3
Bruttoinlandsprodukt (BIP) ^c								
Veränderung zum Vorjahr in %	-1,5	0,2	-0,3	-0,1	2,8	2,9	2,9	0,1
Je Erwerbstätigen	0,4	0,8	-0,1	-1,7	2,8	3,2	2,5	0,7
Je Erwerbstätigen in 1000 Euro	48,4	48,8	48,8	47,9	37,0	38,2	39,2	39,4
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in 1000 ^d								
Insgesamt	1158,9	1132,6	1131,6	1139,1	854,8	847,1	830,9	811,0
Männer	594,0	573,2	573,0	571,3	462,0	450,2	443,7	429,5
Frauen	564,9	559,4	558,6	567,8	392,8	397,0	387,3	381,6
Ausländer	83,2	79,0	74,1	72,5	7,2	7,2	6,9	6,8
Teilzeit	170,7	179,8	173,1	185,4	90,2	101,7	91,0	94,7
59 Jahre und älter	41,7	41,9	44,4	46,7	17,5	20,7	22,9	25,8
Arbeitslose in 1000 ^e								
Insgesamt	265,7	273,0	268,1	264,7	218,1	220,4	223,0	226,4
Männer	146,5	153,0	151,9	151,7	93,8	100,7	103,3	108,4
Frauen	119,2	120,0	116,2	113,0	123,4	119,7	119,7	117,9
Ausländer	43,0	45,2	45,7	45,6	2,1	2,5	2,9	3,2
Langzeitarbeitslose	80,5	90,7	88,7	89,3	65,6	74,7	70,1	82,0
Offene Stellen in 1000 ^e	6,7	9,3	7,4	6,8	8,1	10,9	8,5	6,5
Arbeitslosenquoten ^e								
Insgesamt (Abhängige) ^f	17,3	17,9	17,7	17,6	18,9	18,8	18,7	18,4
Männer	18,3	19,4	19,5	19,5	15,6	16,6	16,8	17,2
Frauen	16,1	16,3	15,8	15,5	22,3	21,2	20,7	19,7
Ausländer ^g	32,8	33,5	34,1	34,0	-	31,0	35,1	34,0
Arbeitslosenquote (Zivile) ^h	15,6	16,1	15,9	15,8	17,6	17,6	17,4	17,0
Leistungsempfänger ^e								
Arbeitslosengeldempfänger	114,9	110,1	108,1	97,8	129,1	120,5	122,5	106,4
Arbeitslosenhilfeempfänger	86,9	102,0	111,8	108,8	76,4	87,0	95,1	104,0
Sozialhilfeempfänger ⁱ	268,6	281,9	275,6	268,7	56,3	58,9	58,7	58,6

a) Jahresende. Quelle: Statistisches Landesamt Berlin; Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik – Land Brandenburg –

b) Inland. Quelle wie a)

c) in jeweiligen Preisen. Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder

d) II Quartal. Quelle: Jahreszahlen zum Arbeitsmarkt in Berlin und Brandenburg 2000. Hrsg. vom LAABB.

e) Jahresdurchschnitte. Quelle: Jahreszahlen zur Arbeitsstatistik 1997 sowie 1998. Landesarbeitsamt Berlin-Brandenburg; Jahreszahlen zum Arbeitsmarkt in Berlin und Brandenburg 1999 sowie 2000. Hrsg. vom LAABB.

f) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte und Arbeitslose); Quelle wie e)

g) Quelle für 1997: ANBA: Arbeitsstatistik. Jahreszahlen 1997.

h) Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen (wie f zuzüglich Selbständige und mithelfende Familienangehörige); Quelle wie e)

i) Sozialhilfeempfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt

Tabelle 3.2: Struktur der Arbeitslosigkeit in Berlin und Brandenburg 1997-2000

	Berlin				Brandenburg			
	1997	1998	1999	2000	1997	1998	1999	2000
Dauer der Arbeitslosigkeit in %								
Unter 1 Monat	11,2	12,0	11,3	11,8	10,4	11,1	10,1	10,5
1 bis unter 6 Monate	34,4	35,0	35,6	34,8	33,1	33,4	37,1	31,4
6 bis unter 12 Monate	23,3	19,4	20,0	19,4	24,4	20,6	21,6	19,2
12-24 Monate	18,2	18,6	16,5	17,4	20,7	19,0	15,3	21,9
2 Jahre und länger	13,0	15,1	16,6	16,5	11,4	15,9	15,8	16,9
Stellung im Beruf (in 1000)								
Ohne Ausbildung	110,4	112,5	113,7	114,0	50,6	46,5	51,8	50,1
Anteil in %	41,0	42,7	42,7	44,4	23,1	23,8	23,3	23,3
Betriebliche Ausbildung	113,6	111,5	113,5	107,4	144,8	129,1	148,7	145,6
Anteil in %	42,2	42,3	42,7	41,8	66,1	66,2	66,9	67,8
Berufsfachschule, Fachschule	18,4	14,8	14,2	13,4	15,1	12,1	13,3	11,5
Anteil in %	6,8	5,6	5,3	5,2	6,9	6,2	6,0	5,3
Universität/(Fach-)Hochschule	27,0	24,5	24,5	22,1	8,6	7,4	8,6	7,7
Anteil in %	10,0	9,3	9,2	8,6	3,9	3,8	3,9	3,6
Sonstige Strukturmerkmale (in 1000)								
Teilzeit	-	13,2	14,0	14,4	-	5,1	5,6	5,9
Anteil in %	-	5,0	5,3	5,6	-	2,6	2,5	2,7
Ausländer	42,9	44,3	44,5	44,1	2,2	2,5	2,9	3,2
Anteil in %	15,9	16,8	16,7	17,2	1,0	1,3	1,3	1,5
Mit gesundheitlichen Einschränkungen	46,3	46,2	49,3	48,9	34,0	33,1	39,1	38,9
Anteil in %	17,2	17,6	18,5	19,0	15,5	17,0	17,6	18,1
55 Jahre und älter	48,8	49,1	50,7	42,0	45,6	46,8	50,2	38,9
Anteil in %	18,1	18,6	19,1	16,3	20,8	23,9	22,6	18,1
Unter 25 Jahre	30,0	31,7	29,6	32,0	24,1	24,7	26,0	27,8
Anteil in %	11,1	12,0	11,1	12,5	11,0	12,6	11,7	12,9

Stand jeweils Ende September; Quelle: Jahreszahlen zur Arbeitsstatistik 1997 sowie 1998. Landesarbeitsamt Berlin-Brandenburg; Jahreszahlen zum Arbeitsmarkt in Berlin und Brandenburg 1999 sowie 2000. Hrsg. vom LAABB

7. Datenquellen und Berechnungsverfahren

- Soweit nicht anders angegeben handelt es sich um jahresdurchschnittliche Bestandszahlen
 - Maßnahmen zur Berufsausbildung sind nicht mit einbezogen
-

(1) Trainingsmaßnahmen

West/Ost:

AM 2000: West: S. 114; Ost: S. 124

Berlin/Brandenburg:

1997: nachrichtlich LAABB Frau Wiethölter 16.2.99

1998: (Zugänge), nachrichtlich LAABB Frau Wiethölter 23.2.99

1999: ANBA: Arbeitsstatistik 1999, S. 144

2000: ANBA: Arbeitsstatistik 2000, S. 144

(2) Berufliche Weiterbildung

An die Stelle des AFG Begriffs „Fortbildung und Umschulung“ (§§ 41-47 AFG) ist im SGB III 1998 der Oberbegriff „Förderung der beruflichen Weiterbildung“ (FbW)(§§ 77-96, 153-159, 417 SGB III) getreten. Die Förderung betrieblicher Einarbeitung mit Einarbeitungszuschüssen wird als eine Form von Eingliederungszuschüssen weitergeführt. Die Einarbeitungszuschüsse 1997 sind daher unter den Eingliederungszuschüssen aufgeführt. Aufgrund von Änderungen in der Erhebungsmethodik und des Wegfalls der Zweckmäßigen Förderung sind die Ergebnisse von 1998 nur eingeschränkt mit 1997 vergleichbar.

West/Ost:

AM 2000: West: S. 114; Ost: S. 124

Berlin/Brandenburg:

1997: LAABB: Jahreszahlen 1997, S. 68/69

1998-2000: BA: Referat IIIb4: Arbeitsmarktstatistik: Eckwerte über die Entwicklung des Arbeitsmarktes, sowie: ALB 1999/2000, S. 69

Maßnahmen des Landes Berlin:

Modell- und Pilotprojekte zur Erschließung neuer Beschäftigungsfelder und zur Entwicklung neuer Lehr- und Lernmethoden: Förderfallzahl

1997: 867; BAM 1997/98, S. 57

1998: 1445; BAM 1998/99, S. 78

1999: 4599; BAM 1999/2000, S. 94

2000: 3625; nachrichtlich SenWiArbFrau, Referat II D

Internationale Weiterbildung: durchschnittliche Förderfallzahl geteilt durch 4 (Maßnahme besteht aus zwei- bis dreimonatigem Praktikum)

1997: 111; BAM 1997/98, S. 57

1998: 56; Nachrichtlich der Senatsverwaltung für Arbeit, Berufliche Bildung und Frauen, Herr Köpernick, 25.2.99

1999: 233; BAM 1999/2000, S. 95

2000: 135; nachrichtlich SenWiArbFrau, Referat II D

Wirtschaftsnahe, strukturentwicklungsorientierte Weiterbildungsmaßnahmen Förderfälle

1997: 4225

1998: 4585; jeweils: BAM 1998/99, S. 78

1999: 7803; BAM 1999/2000, S. 94/95

2000: 6352; nachrichtlich SenWiArbFrau, Referat II D

Weiterbildungsprojekte für Jugendliche Förderfälle (erstmalig 2000 gesondert erfasst)

2000: 421; nachrichtlich SenWiArbFrau, Referat II D

Weiterbildung in ABM; SAM und Qualifizierung bei Maßnahmen in Landesregie

1997: 2745; Nachrichtlich der Senatsverwaltung für Arbeit, Berufliche Bildung und Frauen, 19.4.99, Frau Öhlhöft, auch BAM 1997/98, S. 56.

1998: 2590; BAM 1998/99, S. 75

1999: 1087

2000: 1242; jeweils nachrichtlich SenWiArbFrau, Frau Bredow, 1.7.2002

Maßnahmen des Landes Brandenburg:

Qualifizierung Arbeitsloser (Kurssystem contra Langzeitarbeitslosigkeit):
Zahl der Förderfälle multipliziert mit 0,4 (Förderdauer 21 Wochen)

1997: 3751; ALB 1997/98, S. 39

1998: 6961; nachrichtlich MASGF Frau Grafe 2.3.1999

1999: 3683; ALB 1999/2000, S. 106

2000: 2513; ALB 1999/2000, S. 107

Qualifizierung in kleinen und mittleren Unternehmen: Förderfälle dividiert durch 12 (Förderdauer bis zu 200 Stunden; entspricht 25 Tage; entspricht ca. 1 Monat)

1997: 181

1998: 75; jeweils MASGF: Förderung der Qualifizierung von Beschäftigten in kleinen und mittleren Unternehmen. Studie zur Implementation, Wirkung und Wirksamkeit des Brandenburger Förderprogramms. Reihe Forschungsberichte Nr. 16. Potsdam 2000, S. 35.

1999: 78; ALB 1999/2000, S. 106

2000: 78; ALB 1999/2000, S. 107

(3) Sprachlehrgänge

West/Ost:

AM 2000: S. 114 Ost: S. 124.

Berlin/Brandenburg:

1997: ANBA: Arbeitsstatistik 1997, S. 248 (Bestand Ende Dezember 1997)

1998: ANBA: Arbeitsstatistik 1998, S. 137

1999: ANBA: Arbeitsstatistik 1999, S. 143

2000: ANBA: Arbeitsstatistik 2000, S. 143

(4) Winterausfallgeld

Berechnung der realisierten Vollzeitäquivalente: geförderte Winterausfallstunden im Berichtszeitraum dividiert durch die tarifliche Jahresarbeitszeit.

Tarifliche Jahresarbeitszeit:

WSI Tarifarchiv (West: 1997: 1713,5; 1998-2000: 1712,4; Ost: 1997:1714,2; 1998: 1713,2; 1999-2000: 1713,1)

Geförderte Winterausfallgeldstunden:

1997: AM 1997: West: S. 80; Ost: S. 169.

1998: AM 1998: West: S. 87; Ost: S. 176

1999: AM 1999: West: S. 114; Ost: S. 121.

2000: AM 2000: West: S. 119; Ost: S. 129.

Berlin:

1997: 241375; LAABB 1997, S. 86

1998: 262886; LAABB 1998, S. 93

1999: 485264; LAABB 1999, S. 93

2000: 337286; LAABB 2000, S. 91

Brandenburg:

1997: 99989; LAABB 1997, S. 86

1998: 138293; LAABB 1998, S. 93

1999: 353601, LAABB 1999, S. 93

2000: 388486; LAABB 2000, S. 91

(5) Kurzarbeitergeld

Berechnung der realisierten Vollzeitäquivalente: Jahresdurchschnittsbestände an Kurzarbeitern multipliziert mit dem durchschnittlichen Arbeitsausfall.

Kurzarbeiterbestände:

AM 2000: West: S. 114, Ost: S. 124.

BA: Referat IIIb4: Eckwerte über die Entwicklung des Arbeitsmarktes:
<http://www.arbeitsamt.de/hst/services/statistik/detail/index.html>

Arbeitsausfall:

1997: AM 1997: West: S. 47; Ost: S. 146

1998: AM 1998: West: S. 55; Ost: S. 153.

1999: AM 1999: West: S. 60, Ost: S. 69.

2000: AM 2000: West: S. 70, Ost: S. 79.

BA: Referat IIIb4: Eckwerte über die Entwicklung des Arbeitsmarktes:
<http://www.arbeitsamt.de/hst/services/statistik/detail/index.html>

(6) Existenzgründungen: Überbrückungsgeld (§ 55a AFG bzw. §§ 57, 58 SGB III):

Berechnung der realisierten Vollzeitäquivalente:

1997: Anzahl der Bewilligungen dividiert durch 2 (maximale Förderdauer 26 Wochen)

1998: Anzahl der Zugänge dividiert durch 2.

Für 1999 und 2000 liegen Jahresdurchschnittszahlen vor. Da die Förderung auch kürzer als 26 Wochen sein kann, sind die Zahlen für 1997 und 1998 evt. leicht überhöht.

West/Ost:

AM 2000: West: S. 114; Ost: S. 124

Berlin:

1997: LAABB 1997, S.71

1998-1999: LAABB 1999, S. 69

2000: LAABB 2000, S. 67

Brandenburg:

1997: 2905, LAABB 1997, S. 72

1998: 1951, LAABB 1999, S. 70

1999-2000: ALB 1999/2000, S. 69

Maßnahmen des Landes Berlin:

Förderung von Existenzgründungen

Existenzgründungsförderung und Existenzgründungsprojekte

1997: 146; : Nachrichtlich der Senatsverwaltung für Arbeit, Berufliche Bildung und Frauen, Hr. Köpernick, 25.2.99 + 364 BAM 1998/99, S. 78

1998: 295; BAM 1998/99, S. 71/72 + 160; BAM 1998/99; S. 78

1999: 445; BAM 1999/2000, S. 88 + 72; BAM 1999/2000, S. 95

2000: 119 (Neufälle) + 16; nachrichtlich SenWiArbFrau, Herr Kohlenberger (20.6.02) sowie Referat II D

Maßnahmen des Landes Brandenburg:

Existenzgründungsförderung: Zielt auf die Unterstützung von Brandenburger Arbeitslosen bei der Unternehmensgründung durch gezielte Förderung von Qualifizierung und begleitender Beratung sowie auf Unterstützung bei der Vor-

bereitung der zur Existenzgründung notwendigen Schritte. Neugefasste Richtlinie seit 1.1.1999. Gegenstand der Förderung sind ein fünftägiges Entscheidungstraining zur Vorbereitung und Sicherung einer Existenzgründung, bis zu zwölf Wochen der Qualifizierung und Beratung in der Vorgründungsphase sowie bis zu sechs Monate beratende Begleitung (Coaching) nach erfolgter Gründung. Förderfälle dividiert durch vier (aufgrund der insgesamt geringen finanziellen Ausstattung nur die Qualifizierungs- und Beratungszeit gewichtet). Zusätzlich Förderung der Aufnahme einer selbständigen Tätigkeit in Anlehnung an das BA-Programm. Zahl der Förderfälle.

1997: 328; ALB 1997/98, S. 43

1998: 401; nachrichtlich MASGF Frau Grafe 2.3.1999

1999: 243; ALB 1999/2000, S. 110

2000: 414; ALB 1999/2000, S. 111

(7) Eingliederungsmaßnahmen

-Eingliederungszuschüsse (§§ 217-224 SGB III)

1997 umfassten diese folgende Leistungen:

Einarbeitungszuschuss (§ 49 AFG), Eingliederungsbeihilfe (§ 54 AFG), Eingliederungshilfe (§ 58 Abs. 1 AFG) sowie Lohnkostenzuschüsse für Ältere (§ 97 AFG). Im SGB III zusammengefasst als Eingliederungszuschüsse (§§ 217-224 SGB III)

West/Ost:

AM 2000: West: S. 114:

1997: 29992; 1998: 37000 (geschätzt); 1999: 60218; 2000: 50791

AM 2000: Ost: S. 124:

1997: 22329; 1998: 21000 (geschätzt); 1999: 26002; 2000: 39745

Berlin:

1998: 1306 (Durchschnitt April bis Dezember) LAABB 1998, S. 69

1999: 2834, LAABB 1999, S. 69

2000: 4678, LAABB 2000, S. 67

Brandenburg:

1998: 1779; (Durchschnitt April bis Dezember) LAABB 1998, S. 70

1999: 3648; ALB 1999/2000, S. 69

2000: 5601; ALB 1999/2000, S. 69

-Einarbeitungszuschuss (§ 49 AFG):

LAABB 1997, S. 68/69; Berlin: 118; Brandenburg: 567

-Eingliederungsbeihilfe (§ 54 AFG):

LAABB 1997, S.71/72; Berlin: 350; Brandenburg: 456

-Eingliederungshilfe (§ 58 Abs. 1 AFG):

LAABB 1997, S. 84; Berlin: 796; Brandenburg: 1130

-Lohnkostenzuschuss für Ältere (§ 97 AFG):

LAABB 1997, S.71/72; Berlin: 2043; Brandenburg: 2602

-Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose

West/Ost:

AM 2000: West: S. 114; Ost: S. 124 (1997 Jahresendbestand)

West: 1997: 27808; 1998: 31543; 1999: 22116; 2000: 21743

Ost: 1997: 11488; 1998: 12560; 1999: 10555; 2000: 10174

Berlin:

1997: 2477; LAABB Jahreszahlen 1997, S.71

1998: 2448, (Durchschnitt der Monatswerte Dezember, September, Juni, März),
LAABB 1998, S. 69

1999: 1874

2000: 2263; jeweils: BA: Referat IIIb4: Arbeitsmarktstatistik: Eckwerte über die
Entwicklung des Arbeitsmarktes

Brandenburg:

1997: 2364; LAABB Jahreszahlen 1997, S.72

1998: 2227 (Durchschnitt der Monatswerte Dezember, September, Juni, März),
LAABB 1998, S. 70

1999: 1891

2000: 1998; jeweils: ALB 1999/2000, S. 69

-Einstellungszuschüsse bei Neugründungen" (§§ 225-228 SGB III)

seit dem 1.4.1997, hinzugefügt. Zahlen liegen erst seit April 1998 vor. Die Werte für 1998 ergeben sich aus den Monatszahlen April bis Dezember.

West/Ost:

1998: BA: Arbeitsmarkt in Zahlen. Leistungen an Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Januar 1999. Tab. 2.1.

1999-2000: AM 2000: S. 114; Ost: S. 124.

West: 1998: 4889; 1999: 7109; 2000: 6458

Ost: 1998: 1378; 1999: 2434; 2000 4802

Berlin:

1997: 216; BAM 1997/98: S.38

1998: 189, (Durchschnitt April bis Dezember) LAABB 1998, S. 69

1999: 357, LAABB 1999, S. 69

2000: 891, LAABB 2000, S. 67

Brandenburg:

1997: 356; LAABB Jahreszahlen 1997, S.72

1998: 198, (Durchschnitt April bis Dezember) LAABB 1998, S. 70

1999: 415; ALB 1999/2000, S. 69

2000: 790; ALB 1999/2000, S. 69

-Eingliederungsvertrag (§§ 229-234 SGB III)

West/Ost:

1998-2000: AM 2000: West: Tab. 1b, S. 114; Ost: Tab. 1c, S. 124.

ANBA 1/1999, S. 17 und 22

West: 1997: 1200; 1998: 600 (geschätzt); 1999: 297; 2000: 129

Ost: 1997: 75; 1998: 60 (geschätzt); 1999: 51; 2000: 23

Berlin:

1997: 9; BAM 1997/98: S.38

1998: 17; (Durchschnitt April bis Dezember) LAABB 1998, S. 69

1999: 24; LAABB 1999, S. 69

2000: 3; LAABB 2000, S. 67

Brandenburg:

1997: 42; nachrichtlich LAABB, Frau Wiethölter, 16.2.1999

1998: 13; (Durchschnitt April bis Dezember) LAABB 1998, S. 70

1999: 8; ALB 1999/2000, S. 69

2000:3; ALB 1999/2000, S. 69

Maßnahmen des Landes Berlin:

-Zielgruppenorientierte Lohnkostenzuschüsse:

1997: 4451; BAM 1997/98, S. 59

1998:1556; BAM 1998/99, S. 79

1999: 533; BAM 1999/2000, S. 68

2000: 533 (geschätzt), laut Aussage von Herrn Brinkrolf (SenWiArbFrau, 3.7.2002) stehen noch keine Daten zur Verfügung. Allerdings ähnliches Niveau wie 1999, daher wurde der Wert von 1999 für 2000 übernommen.

-Programm „501/301“:

1997: 648; Nachrichtlich der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales, Herr Lingenfelder, 23.3.1999

1998: 668; Nachrichtlich der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales, Herr Lingenfelder, 23.3.1999

1999: 650; BAM 1999/2000, S. 79

2000: 711; Nachrichtlich der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales, Herr Schültke, 2.7.2002.

-Maßnahmen für Sozialhilfeempfänger (Integrationsmaßnahmen):

1997: 1985

1998: 2257; jeweils: Nachrichtlich der Senatsverwaltung für Arbeit, Berufliche Bildung und Frauen, Frau Schröder, 16.4.99; Förderfallzahlen

1999: 3446; BAM 1999/2000, S. 92

2000: 4220; nachrichtlich SenWiArbFrau, Referat II D

-Modellprojekt „Arbeit statt Sozialhilfe“ („Stelle statt Stütze“)

1997: 392

1998: 579; jeweils: Nachrichtlich der Gesellschaft für soziale Unternehmensberatung mbH (gsub), Herr Reher, 19.4.99; Anzahl der Vermittlungen

1999: 804

2000: 822; jeweils: nachrichtlich SenWiArbFrau, Herr Kohlenberger (20.6.02); Neufälle

-Programm Hilfe zur Arbeit (seit 1.9.1998 ergänzt durch das Programm „Integration durch Arbeit und Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit – IdA“)

1997: 2049

1998: 2059; jeweils: Nachrichtlich der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales, Fr. Ernst, 8.3.99; Anzahl der bestehenden Arbeitsverträge -Stand Dezember-

IdA: 1999+2000 = 1518, Ausdifferenzierung nicht möglich = 759 pro Jahr (halbjährige Maßnahme daher Teilnehmerzahl durch 2) jeweils nachrichtlich SenWi-ArbFrau, Referat II D

1999: 2406

2000: 3164; nachrichtlich Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales, Herr Schültke, 2.7.2002

-Soziale Betriebe: Arbeitsförderbetriebe

1997: 710; Nachrichtlich der Senatsverwaltung für Arbeit, Berufliche Bildung und Frauen, Frau Oelsner, 1.4.98

1998: 549; Nachrichtlich der Senatsverwaltung für Arbeit, Berufliche Bildung und Frauen, Hr. Stasch, 25.2.99

1999: 583; BAM 1999/2000, S. 70

2000: 497; Nachrichtlich SenWiArbFrau, Frau Oelsner, 28.6.2002

-Modellprojekt „Job-Transfer“:

Eine Ausdifferenzierung nach Teilnehmern ist nicht möglich; nachrichtlich nachrichtlich SenWiArbFrau, Herr Kohlenberger (20.6.02)

Maßnahmen des Landes Brandenburg:

-Lohnkostenzuschüsse für Alleinerziehende und schwer vermittelbare Frauen

1997: 349; ALB 1997/98, S. 43

1998: 167; nachrichtlich MASGF Frau Grafe 2.3.1999

1999: 59; ALB 1999/2000, S. 110

2000: 27; ALB 1999/2000, S. 111

-Arbeit statt Sozialhilfe

1997: 2961; ALB 1999/2000, S. 43

1998: 4158, nachrichtlich MASGF, Frau Grafe 2.3.1999

1999: 3951, ALB 1999/2000, S. 110

2000: 3170; ALB 1999/2000, S. 111

-ESF-Projekte im Rahmen der Landesförderung: Schaffung und Stabilisierung erwerbswirtschaftlicher Arbeitsplätze - marktorientierte ESF-Projektförderung: Anzahl der Förderfälle (Angabe von Vollzeitäquivalenten aufgrund der unterschiedlichsten Dauer der Projekte nicht möglich); für Interessierte sei an dieser Stelle auf die umfangreiche Evaluationsstudie verwiesen: Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen (Hrsg.) (2000): Marktorientierte ESF-Projektförderung zur Schaffung und Stabilisierung erwerbswirtschaftlicher Arbeitsplätze. Studie zur Implementation, Wirkung und Wirksamkeit des Brandenburger Förderprogramms, Reihe Forschungsberichte Nr. 18, Potsdam.

1997: 2833

1998: 5418; jeweils nachrichtlich der Landesagentur für Struktur und Arbeit Brandenburg GmbH (LASA), Fr. Kneppke, 4.3.99,

1999: 8032; ALB 1999/2000, S. 110

2000: ausgelaufen

(8) Strukturanpassungsmaßnahmen

Die Produktiven Lohnkostenzuschüsse (§§242s und 249h AFG) sind seit 1.1.1998 durch die Förderung von Strukturanpassungsmaßnahmen (SAM) (§§ 272 - 279 SGB III) abgelöst worden. Die Lohnkostenzuschüsse-Ost für Wirtschaftsunternehmen (LKZ OfW = §249h, Abs.4 AFG) wurden abgelöst durch

die Strukturanpassungsmaßnahmen-Ost für Wirtschaftsunternehmen (SAM OfW, §§ 272 ff i.V.m. § 415 Abs. 3 SGB III)

Berechnung der Vollzeitäquivalente: Traditionelle SAM addiert mit SAM OfW (Für SAM OfW liegen erst ab dem Jahre 1998 Bestandszahlen vor. Im Bundesgebiet Ost sind zwar bereits 1997 die Zugänge bekannt, wurden aber aufgrund der mangelnden Vergleichbarkeit der Daten 1997 nicht mit einbezogen).

West/Ost:

AM 2000: West: S. 114; Ost: S. 124.

Berlin/Brandenburg:

1997: BAM 1997/98: S. 34-36; ALB 1997/98: S. 19

1998: LAABB 1998, S. 67/68

1999: LAABB 1999: S. 69/70

2000: LAABB 2000, S.67/68

(9) ABM

West/Ost:

AM 2000: West: S. 114; Ost: S. 124.

Berlin/Brandenburg:

BA: Referat IIIb4: Eckwerte über die Entwicklung des Arbeitsmarktes:
<http://www.arbeitsamt.de/hst/services/statistik/detail/index.html>

(10) Freie Förderung

Im Rahmen der freien Förderung können die Arbeitsämter seit 1998 bis zu 10 % der ihnen zur Verfügung stehenden Mittel für Ermessensleistungen der aktiven Arbeitsförderung entsprechend ihren Bedürfnissen zugeschnitten einsetzen (§ 10 SGB III). Die freien Leistungen müssen aber den Zielen und Grundsätzen der gesetzlichen Leistungen entsprechen und sie dürfen nicht zur Aufstockung von gesetzlichen Leistungen genutzt werden. Eine Projektförderung ist nicht möglich.

Es liegen keine Daten für 1998 vor. Die ersten verfügbaren Daten beginnen im Mai 1999. Der Jahresdurchschnittsbestand 1999 wurde daher mit 8 Monatswerten berechnet

West/Ost:

1999: Schriftlich BA, 16.08.01.

2000: AM 2000: West: S. 115; Ost: S. 125.

Berlin/Brandenburg:

1999: LAABB 1999, S. 69/70

2000: LAABB 2000, S. 67/68

(11) Elternzeit

Statistisches Bundesamt: Statistisches Jahrbuch 2001, S. 479; Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Frau Franke, nachrichtlich 5.4.2002.

Statistik der Empfängerinnen und Empfänger von Erziehungsgeld - Erstantrag. Grundlage der Statistik sind die Meldungen der Bundesländer.

Die Angaben entsprechen der Hälfte derjenigen, die vor dem Erziehungsurlaub in abhängiger Beschäftigung waren, d.h. es gilt die empirisch noch zu begründende Annahme, dass jede zweite durch Erziehungsurlaub (temporär) freierwerdende Stelle besetzt wird.

(12) Bestand an Rehabilitanden in Maßnahmen

BA (Hrsg.): Arbeitsmarkt in Zahlen. Berufliche Eingliederung Behinderter. Zeitreihe 1994-2001., Tab. 12; Bestand an Behinderten in Maßnahmen

(13) Werkstätten für Behinderte

Bundesarbeitsgemeinschaft Werkstätten für Behinderte e.V.: Belegte Plätze in Mitgliedseinrichtungen der BAG WfB. Basis: Mitgliedsbeitragsberechnungen.

Berlin komplett dem Bundesgebiet Ost zugerechnet.

(14) Vorruhestandsregelungen

Einigungsbedingte Leistungen wie das Altersübergangsgeld (§ 249e AFG) für ausscheidende Arbeitnehmer in den neuen Ländern sind mit Dez. 1997 ausgelaufen. 1998 bis 2000 Restbestände.
<http://www.bundesrechnungshof.de/bem2000/2-1voll.html>

§ 428 SGB III, gilt ab dem 24.01.1998, allerdings wird dieses Instrument auch rückwirkend berechnet und daher mit einbezogen.

Berechnung der Vollzeitäquivalente: Empfänger von Vorruhestands- und Altersübergangsgeld (Bundesgebiet West nur Altersübergangsgeld) addiert zu Leistungsempfänger nach § 428 SGB III.

West/Ost:

AM 2000: West: S. 114; Ost: S. 124

Berlin/Brandenburg:

-Altersübergangsgeld (§249e AFG):

BA: Referat IIIb4: Arbeitsmarktstatistik: Eckwerte über die Entwicklung des Arbeitsmarktes

Berlin: 1997: 3545; 1998: 163; 1999: 61; 2000: 11

Brandenburg: 1997: 9888; 1998: 313; 1999: 114; 2000: 18

-Leistungsempfänger nach § 428 SGB III (Nichtverfügbarkeitsprivileg für 58jährige und ältere Leistungsempfänger) **(bzw. 1997 § 105c AFG)**

Nachrichtlich LAABB Herr Bertat 29.4.2002.

Berlin: 1997: 8981; 1998: 9011; 1999: 10857; 2000: 12301

Brandenburg: 1997: 13803; 1998: 14387; 1999: 14641; 2000: 14954

(15) Teilrente und Altersteilzeit

-Teilzeitrente:

Angegeben sind Teilrenten wegen Alters nach SGB VI, deren Höhe 1/3, die Hälfte oder 2/3 der Vollrente betragen können.; Quelle: Sonderauswertung der VDR-Rentenstatistik Teilrenten regional, Tabelle 303.00 G RV, Berlin und Brandenburg, Tabelle 303.10 (West) und 303.20 (Ost) Verband Deutscher Rentenversicherungsträger, Frankfurt a.M.;

Die Sonderauswertung des VDR differenziert die Teilrenten nach Umfang (1/3 , 1/2 und 2/3) der Inanspruchnahme. Für die Umrechnung in Vollzeitäquivalente kann dies berücksichtigt werden.

Berechnung: Personen, die Teilrente in Höhe von einem Drittel beziehen, arbeiten zwei Drittel der regulären Arbeitszeit; Personen, die eine halbe Teilrente beziehen, arbeiten die Hälfte der reg. Arbeitszeit; Personen, die eine Teilrente in Höhe von zwei Dritteln beziehen, arbeiten zu einem Drittel der reg. Arbeitszeit. Für Berlin und Brandenburg liegen Ergebnisse für 1997 und 2000 vor. Aufgrund der geringen Fallzahlen wurden die Ergebnisse für 1997 auf 1998 und von 2000 auf 1999 übertragen.

West: 1997: 1590; 1998: 1700; 1999: 2100; 2000: 2039

Ost: 1997: 276; 1998: 428; 1999: 537; 2000: 533

Berlin: 1997: 81; 2000: 120

Brandenburg: 1997: 52; 2000: 93

-Altersteilzeit: (am 1.08 1996 ist das Altersteilzeitgesetz (AtG) in Kraft getreten.)

West/Ost:

Herr Wierzioch, BA, telephonisch und schriftlich, 14.08.01.

Berechnung der Vollzeitäquivalente:

West/Ost: Ausgangspunkt sind die Bestände der geförderten Altersteilzeitfälle mit Wiederbesetzung zum 4. Quartalsende (Bestand zum 31.12 des jeweiligen Jahres).

Da die Schätzungen bzgl. der Altersteilzeitmodellen davon ausgehen, dass zwischen 90 und 95 % der Altersteilzeitmodell-Nutzer das Blockmodell in Anspruch nehmen, nutzen so rund 7,5 % ein Teilzeitmodell, in dem 50 % über den gesamten Zeitraum gearbeitet wird. Daher müssen bei den Berechnungen 7,5 % der Altersteilzeitnutzer gesondert berechnet. Von diesen 7,5 % ist nur die Hälfte des Wertes in die Tabelle mit einzubeziehen, da die Entlastung des Arbeitsmarktes - sollten die Arbeitnehmer die Hälfte der Zeit arbeiten - nur einer halben Vollzeitstelle entsprechen würde, zwar über den gesamten Zeitraum, aber während der Förderung, die ab dem ersten Tag von der BA gezahlt wird.

Berlin/Brandenburg:

nachrichtlich des LAABB Herr Bertat, 29.4.2002

West: 1997: 3432; 1998: 9204; 1999: 18001; 2000: 32967

Ost: 1997: 1471; 1998: 3264; 1999: 5938; 2000: 8703

Berlin: 1997: 49; 1998: 170; 1999: 337; 2000: 463

Brandenburg: 1997: 274; 1998: 781; 1999: 1539; 2000: 2414

8. Literatur

BA (Bundesanstalt für Arbeit) 1997a ff.: Arbeitsmarkt. Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, Sondernummer, verschiedene Jahrgänge. Nürnberg

BA (Bundesanstalt für Arbeit) 1997b ff.: Arbeitsstatistik – Jahreszahlen. Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, Sondernummer, verschiedene Jahrgänge. Nürnberg

BA (Bundesanstalt für Arbeit) 1997c ff.: Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, verschiedene Jahrgänge. Nürnberg

Bangel, B./ W. Jaedicke/ B. Reissert/ D. Weißert 1992: Koordination der Arbeitsmarktpolitik in Hamburg. Gutachten im Auftrag der Senatskanzlei der Freien und Hansestadt Hamburg. Berlin (Discussion Paper FS I 92-7, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung)

Blien, U. 1998: Die regionale Mittelverteilung für die aktive Arbeitsmarktpolitik, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nr. 4, S. 674-689

Bruche, G./ B. Reissert 1985: Die Finanzierung der Arbeitsmarktpolitik. System, Effektivität, Reformansätze. Frankfurt/New York (Campus)

BVAA (Berliner Verband für Arbeit und Ausbildung) 2001: Erklärung der 100. Umsteuern: neue Prioritäten in der Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik! Berlin (BVAA)

Dathe, D./ G. Schmid 2001: Urbane Beschäftigungsdynamik. Berlin im Standortvergleich mit Ballungsregionen. Berlin (sigma)

Degen, C. 2001: Teilzeitplus – Ein Instrument zur Förderung von Betrieben und Beschäftigten im europäischen Vergleich. Neue Handlungsspielräume für kleine und mittlere Unternehmen und ihre Beschäftigten durch präventive Arbeitsmarktpolitik. Berlin (Discussion Paper P 01-506, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung)

Engelbrech, G. 1997: Erziehungsurlaub - und was dann? Nürnberg (IAB-kurzbericht 8/1997)

Engelbrech, G. 2001: Erziehungsurlaub – Hilfe zur Wiedereingliederung oder Karrierehemmnis? Nürnberg (IAB-kurzbericht 11/2001)

Haussmann, P./ K. Schuldt 2000: Förderung der Qualifizierung von Beschäftigten in kleinen und mittleren Unternehmen. Studie zur Implementation, Wirkung und Wirksamkeit des Brandenburger Förderprogramms. Potsdam (Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen des Landes Brandenburg, Reihe Forschungsberichte Nr. 16)

Hildebrandt, E. 2001: Zur Entwicklung gesellschaftlicher Arbeit als Rahmen für die Einordnung des Projekts combishare, in: Nationale Unterstützungsstelle ADAPT der Bundesanstalt für Arbeit (Hrsg.), Teilzeitplus – ein Instrument zur Förderung von Betrieben und Beschäftigten. Erfahrungen des Pilotprojekts combishare. Bonn (ADAPT), S. 45-58

Höcker, H./ B. Reissert 1995: Beschäftigungsbrücken durch Stellvertreterregelungen in Dänemark und Schweden. Berlin (Schriftenreihe der Senatsverwaltung für Arbeit und Frauen, Nr. 9)

Hoff, A. 1993: Kurzsabbatical. Möglichkeiten zur Arbeitsumverteilung auf der betrieblichen Ebene. Berlin (Schriftenreihe der Senatsverwaltung für Arbeit und Frauen, Nr. 3)

Keller, B./ H. Seifert 2000: Flexicurity – Das Konzept für mehr soziale Sicherheit flexibler Beschäftigung, in: WSI-Mitteilungen, Nr. 5, S. 291-300

Kommission „Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ 2002: Vorschläge der Kommission zum Abbau der Arbeitslosigkeit und zur Umstrukturierung der Bundesanstalt für Arbeit. Berlin

LAABB (Landesarbeitsamt Berlin-Brandenburg) (Hrsg.) 1997 ff.: Jahreszahlen zum Arbeitsmarkt in Berlin und Brandenburg, verschiedene Jahrgänge. Berlin

Magvas, E./ E. Spitznagel 2002: Teilzeitarbeit – Neues Gesetz bereits im ersten Jahr einvernehmlich umgesetzt. Nürnberg (IAB-kurzbericht 23/2002)

MASGF (Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen des Landes Brandenburg) (Hrsg.) 1999: Arbeitsmarktbericht für das Land Brandenburg 1997/1998. Potsdam (MASGF)

MASGF (Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen des Landes Brandenburg) (Hrsg.) 2001: Arbeitsmarktbericht für das Land Brandenburg 1999/2000. Potsdam

Meding, B./ B. Reissert 1995: Risiken der Anpassung - Teilzeitarbeit in Ostdeutschland, in: Europäische Kommission (Hrsg.), Beschäftigungsobservatorium Ostdeutschland, Nr. 15 (Juni 1995), S. 8-12

Oschmiansky, H. 2002: Implementation von Jobrotation in Deutschland – zum Beitrag arbeitsmarktpolitischer Netzwerke, in: Zeitschrift für Sozialreform, Nr. 3, S. 327-353

Oschmiansky, H./ G. Schmid/ B. Uhrig 2001: Qualifikation und Beschäftigung. Jobrotation als Instrument der Weiterbildung und Integration von Arbeitslosen. Bonn (Friedrich-Ebert-Stiftung)

Promberger, M./ J. Rosdücher/ H. Seifert/ R. Trinczek 1997: Weniger Geld, kürzere Arbeitszeit, sichere Jobs? Soziale und ökonomische Folgen beschäftigungssichernder Arbeitszeitverkürzungen. Berlin (sigma)

Reissert, B. 1994: Zur Verantwortung der Bundesländer bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit - 10 Thesen, in: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.), Der Berliner Arbeitsmarkt im Umbruch. Bonn (Friedrich-Ebert-Stiftung, Gesprächskreis Arbeit und Soziales, Nr. 38), S. 35-41

Reissert, B. 1999: Die Rolle der Länder in der Arbeitsmarktpolitik, in: MASGF (Hrsg.), Neue Akzente mit dem ESF in Brandenburg. Potsdam (MASGF, Dokumentationsreihe zum partnerschaftlichen Abstimmungsprozess, Heft 10), S. 33-52

Reissert, B. 2001: Auf dem Weg zu einem neuen Steuerungsmodell in der Arbeitsmarktpolitik, in: E. Schröter (Hrsg.), Empirische Verwaltungs- und Policy-Forschung. Für Hellmut Wollmann zum 65. Geburtstag. Opladen (Leske & Budrich), S. 117-131

Reissert, B. / G. Schmid 1999: Berlin – Modellstadt der Arbeitsmarktpolitik, in: W. Momper/ J. Kromphardt/ G. Dybe/ R. Steinke (Hrsg.), Berlins zweite Zukunft. Aufbruch in das 21. Jahrhundert. Berlin (sigma), S. 157-188

Schmid, G. 1993: Übergänge in die Vollbeschäftigung. Formen und Finanzierung einer zukunftsgerechten Arbeitsmarktpolitik. Berlin (Discussion Paper FS I 93-208, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung)

Schmid, G. 1994: Übergänge in die Vollbeschäftigung. Formen und Finanzierung einer zukunftsgerechten Arbeitsmarktpolitik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte – Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 12/13, S. 9-23

Schmid, G. 2002: Wege in eine neue Vollbeschäftigung. Übergangsarbeitsmärkte und aktivierende Arbeitsmarktpolitik. Frankfurt/ New York (Campus)

Schmid, G./ J. O'Reilly/ K. Schömann 1996: Theory and Methodology of Labour Market Policy and Evaluation: An Introduction, in: G. Schmid/ J. O'Reilly/ K. Schömann (Hsrg.), International Handbook of Labour Market Policy and Evaluation. Cheltenham (Edward Elgar), S. 1-33

Schmid, J./ S. Blancke 2001: Arbeitsmarktpolitik der Bundesländer. Chancen und Restriktionen einer aktiven Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik im Föderalismus. Berlin (sigma)

Senatsverwaltung für Arbeit, Berufliche Bildung und Frauen 1996: Arbeitsmarktpolitisches Rahmenprogramm (ARP), Förderinstrumente – Dritte Fortschreibung. Berlin

Senatsverwaltung für Arbeit, Berufliche Bildung und Frauen 1998: Berliner Arbeitsmarktbericht 1997/1998. Berlin

Senatsverwaltung für Arbeit, Berufliche Bildung und Frauen 1999: Berliner Arbeitsmarktbericht 1998/1999. Berlin

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales und Frauen (Hrsg.) 2000: Berliner Arbeitsmarktbericht 1999/2000. Berlin

Sieg, R. 2002: Sabbatical – Auszeiten vom Berufsalltag, in: Arbeit und Arbeitsrecht 2/2002, S. 52-57

Siemers, B. 2001: Sabbatical und Langzeiturlaub: Befristeter Ausstieg – Einstieg in mehr Lebensqualität?, in: WSI-Mitteilungen, Nr. 10, S. 616-621

Spee, C./ G. Schmid 1995: Strukturorientierte Arbeitsmarktpolitik für Berlin. Beschäftigungsdynamik in Ballungsregionen. Berlin (Schriftenreihe der Senatsverwaltung für Arbeit und Frauen, Nr. 16/1)

Statistisches Bundesamt 2000: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit: Fachserie 1, Reihe 4.2.1, Struktur der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Stuttgart (Metzler-Poeschel)

Uhrig, B. 1998: Jobrotation – ein neues Instrument für die Qualifizierungs- und Beschäftigungspolitik in Deutschland?, in: U. Grünewald/ D. Moraal (Hrsg.): Modelle zur Finanzierung der beruflichen Weiterbildung Beschäftigter und Ar-

beitsloser. Dokumentation eines LEONARDO-Projektes. Bielefeld (Bertelsmann), S. 36-40, 135-143

Weinkopf, C. 1997: Gegen Langzeitarbeitslosigkeit – Plädoyer für eine Reform der öffentlichen Arbeitsverwaltung und einen breiten Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente, in: G. Klein/ H. Strasser (Hrsg.): Schwer vermittelbar: Zur Theorie und Empirie der Langzeitarbeitslosigkeit. Opladen (Westdeutscher Verlag), S. 269-271

Wilthagen, T. 1998: Flexicurity: A new paradigm for labour market policy reform? Berlin (Discussion Paper FS I 98-202, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung)

9. Abkürzungsverzeichnis

ABM = Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen

AFG = Arbeitsförderungsgesetz

ALB = Arbeitsmarktbericht für das Land Brandenburg

AM = Arbeitsmarkt. Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit. Sondernummer

ANBA = Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit

BA = Bundesanstalt für Arbeit

BAM = Berliner Arbeitsmarktbericht

FbW = Förderung der beruflichen Weiterbildung

IAB = Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Kug = Kurzarbeitergeld

LAABB = Landesarbeitsamt Berlin-Brandenburg

MASGF: Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen des Landes Brandenburg

SAM = Strukturanpassungsmaßnahmen

SAM OfW = Strukturanpassungsmaßnahmen Ost für Wirtschaftsunternehmen

SenWiArbFrau = Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen des Landes Berlin

SGB = Sozialgesetzbuch

VDR = Verband Deutscher Rentenversicherungsträger

WSI = Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut in der Hans-Böckler-Stiftung

Bücher

des Forschungsschwerpunkts

„Arbeitsmarkt und Beschäftigung“

(nur im Buchhandel erhältlich)

Dietmar Dathe, Günther Schmid
Urbane Beschäftigungsdynamik. Berlin im Standortvergleich mit Ballungsregionen
2001
Berlin, edition sigma
175 S.

Christoph Dörrenbächer
Vom Hoflieferanten zum Global Player. Unternehmensorganisation und nationale Politik in der Welttelekommunikations-industrie
1999
Berlin, edition sigma
226 S.

Christoph Dörrenbächer, Dieter Plehwe (Hg.)
Grenzenlose Kontrolle? Organisatorischer Wandel und politische Macht multinationaler Unternehmen.
2000
Berlin, edition sigma
312 S.

Werner Eichhorst, Stefan Profit, Eric Thode
in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe
„Benchmarking“ des „Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit“: Gerhard Fels, Rolf G. Heinze, Heide Pfarr, Günther Schmid, Wolfgang Streeck
Benchmarking Deutschland: Arbeitsmarkt und Beschäftigung. Bericht der Arbeitsgruppe Benchmarking und der Bertelsmann-Stiftung
2001
Berlin/Heidelberg/New York, Springer
440 S.

European Academy of the Urban Environment
New institutional arrangements in the labour market. Transitional labour markets as a new full employment concept
1998
Berlin, EA.UE series „The Urban Environment in Europe“
135 S.

Jürgen Gabriel, Michael Neugart (Hg.)
Ökonomie als Grundlage politischer Entscheidungen
2001
Opladen, Leske + Budrich
343 S.

Gernot Grabher, David Stark (Eds.)
Restructuring Networks in Post-Socialism. Legacies, Linkages and Localities
1997
Oxford, Oxford University Press
360 S.

Silke Gülker, Christoph Hilbert, Klaus Schömann
Lernen von den Nachbarn. Qualifikationsbedarf in Ländern der OECD
2000
Bielefeld, W. Bertelsmann Verlag
126 S.

Sven Hildebrandt
Jenseits globaler Managementkonzepte. Betriebliche Reorganisationen von Banken und Sparkassen im deutsch-französischen Vergleich
2000
Berlin, edition sigma
272 S.

Torben Iversen, Jonas Pontusson, David Soskice
Unions, Employers, and Central Banks
2000
Cambridge, Cambridge University Press
339 S.

Max Kaase, Günther Schmid
Eine lernende Demokratie - 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland WZB-Jahrbuch 1999
1999
Berlin, edition sigma
586 S.

Jaap de Koning and Hugh Mosley (Eds.)
**Labour Market Policy and Unemployment:
Impact and Process Evaluations in Selected
European Countries**
2001
Cheltenham, UK, Edward Elgar
317 S.

Traute Meyer
**Ungleich besser? Die ökonomische Unab-
hängigkeit von Frauen im Zeichen der
Expansion sozialer Dienstleistungen**
1997
Berlin, edition sigma
216 S.

Hugh Mosley, Jacqueline O'Reilly,
Klaus Schömann (Eds.)
**Labour Markets, Gender and Institutional
Change. Essays in Honour of Günther
Schmid**
2002
Cheltenham, UK, Edward Elgar
382 S.

Frieder Naschold, David Soskice, Bob Hancké,
Ulrich Jürgens (Hg.)
**Ökonomische Leistungsfähigkeit und insti-
tutionelle Innovation**
WZB-Jahrbuch 1997
1997
Berlin, edition sigma
366 S.

Jacqueline O'Reilly, Colette Fagan (Eds.)
**Part-Time Prospects. An International Com-
parison**
1998
London/New York, Routledge
304 S.

Jacqueline O'Reilly, Inmaculada Cebrián and
Michel Lallemant (Eds.)
**Working-Time Changes: Social Integration
Through Transitional Labour Markets**
2000
Cheltenham, UK, Edward Elgar
369 S.

Heidi Oschmiansky, Günther Schmid und
Bettina Uhrig unter Mitarbeit von Thomas
Heitmann
**Qualifikation und Beschäftigung.
Jobrotation als Instrument der Weiterbil-
dung und Integration von Arbeitslosen**
2001
Bonn, Friedrich-Ebert-Stiftung, Schriftenreihe
der Abteilung „Arbeit und Sozialpolitik“
83 S.

Dieter Plehwe
**Deregulierung und transnationale Integra-
tion der Transportwirtschaft in
Nordamerika**
2000
Münster, Westfälisches Dampfboot
531 S.

Sigrid Quack, Glenn Morgan, Richard Whitley
(Eds.)
**National Capitalisms, Global Competition,
and Economic Performance**
2000
Amsterdam/Philadelphia, John Benjamins
Publishing Company
323 S.

Birgitta Rabe
**Implementation von Arbeitsmarktpolitik
durch Verhandlungen. Eine spieltheore-
tische Analyse**
2000
Berlin, edition sigma
254 S.

Hedwig Rudolph, Anne Schüttpelz
**Commitment statt Kommando. Organisa-
tionslernen in Versicherungsunternehmen**
1999
Berlin, edition sigma
146 S.

Hedwig Rudolph (Hg.)
**Aldi oder Arkaden? Unternehmen und
Arbeit im europäischen Einzelhandel**
2001
Berlin, edition sigma
196 S.

Günther Schmid, Jacqueline O'Reilly,
Klaus Schömann (Eds.)
**International Handbook of Labour Market
Policy and Evaluation**
1996
Cheltenham, UK, Edward Elgar
954 S.

Günther Schmid, Bernard Gazier (Eds.)
**The Dynamics of Full Employment.
Social Integration Through Transitional
Labour Markets**
2002
Cheltenham, UK, Edward Elgar
443 S.

Klaus Schömann, Ralf Rogowski,
Thomas Kruppe
**Labour Market Efficiency in the European
Union. Employment Protection and Fixed-
Term Contracts**
1998
London/New York, Routledge
214 S.

Hildegard Theobald
**Geschlecht, Qualifikation und Wohlfahrts-
staat. Deutschland und Schweden im
Vergleich**
1999
Berlin, edition sigma
200 S.

Sylvia Zühlke
**Beschäftigungschancen durch berufliche
Mobilität? Arbeitslosigkeit, Weiterbildung
und Berufswechsel in Ostdeutschland**
2000
Berlin, edition sigma
206 S.

Discussion Papers 1999

Abteilung **Organisation und Beschäftigung**

Sven Hildebrandt
Lean Banking als Reorganisationsmuster für deutsche und französische Kreditinstitute? Anmerkungen zur Tragfähigkeit eines leitbildprägenden Managementkonzepts
Bestell-Nr.: FS I 99 - 101

Dieter Plehwe
Why and How Do National Monopolies Go "Global"?
Bestell-Nr.: FS I 99 - 102

Dorothee Bohle
Der Pfad in die Abhängigkeit? Eine kritische Bewertung institutionalistischer Beiträge in der Transformationsdebatte
Bestell-Nr.: FS I 99 - 103

Abteilung **Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigung**

Günther Schmid / Klaus Schömann (Hg./Eds.)
Von Dänemark lernen
Learning from Denmark
Bestell-Nr.: FS I 99 - 201

Hugh Mosley and Antje Mayer
Benchmarking National Labour Market Performance: A Radar Chart Approach
Bestell-Nr.: FS I 99 - 202

Eunice Rodriguez
Marginal Employment and Health in Germany and the United Kingdom: Does Unstable Employment Predict Health?
Bestell-Nr.: FS I 99 - 203

Erschienen in der Veröffentlichungsreihe der Querschnittsgruppe Arbeit & Ökologie:

Carroll Haak, Günther Schmid
Arbeitsmärkte für Künstler und Publizisten - Modelle einer zukünftigen Arbeitswelt?
Bestell-Nr. P99-506

Abteilung **Wirtschaftswandel und Beschäftigung**

Bob Hancké
Revisiting the French Model. Coordination and restructuring in French industry in the 1980s
Bestell-Nr.: FS I 99 - 301

David Soskice
The Political Economy of EMU. Rethinking the effects of monetary integration on Europe
Bestell-Nr.: FS I 99 - 302

Gabriele Kasten / David Soskice
Möglichkeiten und Grenzen der Beschäftigungspolitik in der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion
Bestell-Nr.: FS I 99 - 303

Julie Pellegrin
German Production Networks in Central/Eastern Europe. Between Dependency and Globalisation
Bestell-Nr.: FS I 99 - 304

Donatella Gatti / Christa van Wijnbergen
The Case for a Symmetric Reaction Function of the European Central Bank
Bestell-Nr.: FS I 99 - 305

Steven Casper
National Institutional Frameworks and High-Technology Innovation in Germany. The Case of Biotechnology
Bestell-Nr.: FS I 99 - 306

Steven Casper
High Technology Governance and Institutional Adaptiveness. Do technology policies usefully promote commercial innovation within the German biotechnology industry?
Bestell-Nr.: FS I 99 - 307

André Mach
"Small European states in world markets" revisited: The questioning of compensation policies in the light of the Swiss case
Bestell-Nr.: FS I 98 - 308

Bruno Amable
Institutional Complementarity and Diversity of Social Systems of Innovation and Production
Bestell-Nr.: FS I 99 - 309

Discussion Papers 2000

Abteilung **Organisation und Beschäftigung**

Christoph Dörrenbächer
**Measuring Corporate Internationalisation.
A review of measurement concepts and
their use**
Bestell-Nr.: FS I 00 - 101

Michael Wortmann
**What is new about "global" corporations?
Interpreting statistical data on corporate inter-
nationalization**
Bestell-Nr.: FS I 00 - 102

Abteilung **Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigung**

Klaus Schömann, Stefanie Flechtner, Ralf Mytzek,
Isabelle Schömann
**Moving towards Employment Insurance -
Unemployment Insurance and Employment
Protection in the OECD**
Bestell-Nr.: FS I 00 - 201

Dietmar Dathe and Günther Schmid
**Determinants of Business and Personal Ser-
vices: Evidence from West-German Regions**
Bestell-Nr.: FS I 00 - 202

Günther Schmid
**Beyond Conventional Service Economics:
Utility Services, Service-Product Chains, and
Job Services**
Bestell-Nr.: FS I 00 - 203

Heidi Oschmiansky, Günther Schmid
**Wandel der Erwerbsformen. Berlin und die
Bundesrepublik im Vergleich**
Bestell-Nr.: FS I 00 - 204

Dominique Anxo, Jacqueline O'Reilly
**Beschäftigung, Arbeitszeit und Übergangs-
arbeitsmärkte in vergleichender Perspektive**
Bestell-Nr.: FS I 00 - 205

Thomas Kruppe
**The Dynamics of Dependent Employment and
Unemployment – A Comparison of Different
Data Sources**
Bestell-Nr.: FS I 00 – 206

Heidi Gottfried, Jacqueline O'Reilly
**Der Geschlechtervertrag in Deutschland und
Japan: Die Schwäche eines starken Versorger-
modells**
Bestell-Nr.: FS I 00 - 207

Birgitta Rabe
**Wirkungen aktiver Arbeitsmarktpolitik.
Evaluierungsergebnisse für Deutschland,
Schweden, Dänemark und die Niederlande**
Bestell-Nr.: FS I 00-208

Michael Neugart
The Supply of New Engineers in Germany
Bestell-Nr.: FS I 00-209

Rolf Becker
**Studierbereitschaft und Wahl von ingenieur-
wissenschaftlichen Studienfächern. Eine
empirische Untersuchung sächsischer Abitu-
rienten der Abschlussjahrgänge 1996, 1998
und 2000**
Bestell-Nr.: FS I 00-210

Donald Storrie and Hans Bjurek
**Benchmarking European Labour Market Per-
formance with Efficiency Frontier Techniques**
Bestell-Nr.: FS I 00-211

Abteilung **Wirtschaftswandel und Beschäftigung**

Delphine Corteel, Judith Hayem
**"Loyalty" and "middle class" at stake in the
General Motors strikes, Flint (Michigan),
Summer 1998**
Bestell-Nr.: FS I 00 - 301

Donatella Gatti
**Competence, Knowledge, and the Labour Mar-
ket. The role of complementarities**
Bestell-Nr.: FS I 00 – 302

Gregory Jackson, Sigurt Vitols
**Pension Regimes and Financial Systems:
Between Financial Commitment, Liquidity, and
Corporate Governance**
Bestell-Nr.: FS I 00 – 303

Bruno Amable, Donatella Gatti
**Is Perfection Optimal?
Employment and Product Market Competition**
Bestell-Nr.: FS I 00 – 304

Discussion Papers 2001

Abteilung Organisation und Beschäftigung

Hildegard Theobald
**Professionalisierungspolitiken im Kontext von
Internationalisierung und Feminisierung - Das
Beispiel der Verbände in der Unternehmens-
beraterbranche**
Bestell-Nr.: FS I 01 – 101

Hedwig Rudolph, Hildegard Theobald,
Sigrid Quack
**Internationalisierung: Ausgangspunkt einer
Neuformierung der Geschlechterverhältnisse
in der Unternehmensberatung?**
Bestell-Nr.: FS I 01 – 102

Alison E. Woodward
**Gender Mainstreaming in European Policy:
Innovation or Deception?**
Bestell-Nr.: FS I 01 - 103

Abteilung Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigung

Achim Kemmerling
**Die Messung des Sozialstaates.
Beschäftigungspolitische Unterschiede zwi-
schen Brutto- und Nettosozialleistungsquote**
Bestell-Nr.: FS I 01 - 201

Isabelle Schömann
**Berufliche Bildung antizipativ gestalten: die
Rolle der Belegschaftsvertretungen.
Ein europäischer Vergleich**
Bestell-Nr.: FS I 01 - 202

Hugh Mosley, Holger Schütz, Nicole Breyer
**Management by Objectives in European
Public Employment Systems**
Bestell-Nr.: FS I 01 - 203

Robert Arnkil and Timo Spangar
**Comparing Recent Danish, Finnish and
Swedish Labour Market Policy Reforms**
Bestell-Nr.: FS I 01 - 204

Günther Schmid unter Mitarbeit von
Kai-Uwe Müller
**Die Zukunft der Erwerbsarbeit. Thesen und
Perspektiven für Mecklenburg-Vorpommern**
Bestell-Nr.: FS I 01 - 205

Frank Oschmiansky, Silke Kull, Günther Schmid
**Faule Arbeitslose? Politische Konjunkturen
einer Debatte**
Bestell-Nr.: FS I 01 - 206

Sabine Berghahn
Ehe als Übergangsarbeitsmarkt?
Bestell-Nr.: FS I 01 – 207

Jan Johannesson
**On the Efficiency of Placement Service and
Programme Placement at the Public Employ-
ment Offices in Sweden**
Bestell-Nr.: FS I 01 – 208

Michael Neugart and Jan Tuinstra
**Endogenous Fluctuations in the Demand for
Education**
Bestell-Nr.: FS I 01 – 209

Abteilung Wirtschaftswandel und Beschäftigung

Delphine Corteel
**First line supervision without any supervisor:
What Do Workers Think About Groupwork?
Anthropological Fieldwork at Volkswagen
Hanover**
Bestell-Nr.: FS I 01 - 301

Sigurt Vitols
**The Origins of Bank-Based and Market-Based
Financial Systems: Germany, Japan, and the
United States**
Bestell-Nr.: FS I 01 - 302

Sigurt Vitols
**From Banks to Markets: The Political Econo-
my of Liberalization of the German and Japa-
nese Financial System**
Bestell-Nr.: FS I 01 - 303

Georg von Graevenitz
**The Complementarity of RJV's and Subsidies
When Absorptive Capacity Matters**
Bestell-Nr.: FS I 01 - 304

Discussion Papers 2002

Abteilung Organisation und Beschäftigung

Christel Lane, Sigrid Quack
**How banks construct and manage risk.
A sociological study of small firm lending
in Britain and Germany**
Bestell-Nr.: FS I 02 - 101

Christoph Dörrenbächer
**National Business Systems and the
International Transfer of Industrial Models in
Multinational Corporations: Some Remarks on
Heterogeneity**
Bestell-Nr.: FS I 02 - 102

Abteilung Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigung

Sophie Rouault
**Multiple jobholding and path-dependent
employment regimes – answering the
qualification and protection needs of multiple
jobholders**
Bestell-Nr.: FS I 02 - 201

Sophie Rouault, Heidi Oschmiansky, Isabelle
Schömann (Hg.)
**Reacting in time to qualification needs:
Towards a cooperative implementation?**
Bestell-Nr.: FS I 02 - 202

Michael Neugart and Donald Storrie
**Temporary Work Agencies and Equilibrium
Unemployment**
Bestell-Nr.: FS I 02 - 203

Ruud Muffels, Ton Wilthagen,
Nick van den Heuvel
**Labour Market Transitions and Employment
Regimes: Evidence on the Flexibility-Security
Nexus in Transitional Labour Markets**
Bestell-Nr.: FS I 02 - 204

Heidi Oschmiansky
**Implementation von Jobrotation im
Gesundheits- und Pflegebereich – ein dänisch-
deutscher Vergleich**
Bestell-Nr.: FS I 02 - 205

Michael Neugart and Klaus Schömann
**Employment Outlooks: Why forecast the
labour market and for whom?**
Bestell-Nr.: FS I 02-206

Markus Gangl
**Welfare State Stabilization of Employment
Careers: Unemployment Benefits and Job
Histories in the United States and West
Germany**
Bestell-Nr.: FS I 02-207

Markus Gangl
**Unemployment Benefits as a Search Subsidy:
New Evidence on Duration and Wage Effects
of Unemployment Insurance**
Bestell-Nr.: FS I 02-208

Hugh Mosley, Holger Schütz, Günther Schmid
**Effizienzmobilisierung der Arbeitsverwaltung:
Leistungsvergleich und Lernen von guten
Praktiken (Benchmarking)**
Bestell-Nr.: FS I 02-209

Bei Ihren Bestellungen von WZB-Papers schicken Sie bitte unbedingt einen an Sie adressierten Aufkleber mit sowie je paper eine Briefmarke im Wert von 0,51 Euro oder einen "Coupon Réponse International " (für Besteller aus dem Ausland)

Please send a self addressed label and postage stamps in the amount of 0,51 Euro or one "Coupon-Réponse International" (if you are ordering from outside Germany) for each WZB-paper requested

Bestellschein

Order Form

Absender / Return Address:

Wissenschaftszentrum Berlin
für Sozialforschung
Presse- und Informationsreferat
Reichpietschufer 50

D-10785 Berlin-Tiergarten

**Hiermit bestelle ich folgende(s)
Discussion paper(s):**

**Please send me the following
Discussion paper(s):**

Bestell-Nr. / Order no.	Autor/in, Kurztitel / Author(s) / Title(s) in brief